

200 Jahre Karl Marx das Alte im Neuen; das Neue im Alten

Heinz Sünker

Karl Marx heute. Kapitalanalyse und politisch-gesellschaftliche Perspektiven

Friedhelm Schütte

Subjektivität im Zeitalter der digitalen Maschinerie – Marx revisited

Silvia Kontos

Herrschaftsverhältnisse: Zusammenhänge von Klassenherrschaft, Sexismus, Rassismus

Horst Müller

Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation

Ulrich Duchrow

Brauchen wir eine neue oder andere Aufklärung? Oder: Was der Club of Rome von Karl Marx hätte lernen können

Tove Soiland

Soziale Reproduktion und Neue Landnahme: ein feministischer Zugang

Forum

Bianca Lenz, Thomas Verlage & Christian Kolbe

Perspektiven auf eine Jugendberufsagentur: „mehr“ als nur das Jobcenter?

Jugendzentrum Mannheim

45 Jahre JUZ – 45 Jahre extrem demokratisch!

Kronberger Kreis in Kooperation mit der Zeitschrift Widersprüche
Forum für dialogische Qualitätsentwicklung 2019. Der neue
Autoritarismus in Erziehung und Sozialer Arbeit und die
Chancen fachlicher Alternativen



Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

38. Jahrgang, Dezember 2018

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.

Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

Redaktion: Manfred Kappeler, Friedel Schütte, Arne Sprengel (Berlin); Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Anne van Rießen (Düsseldorf); Fabian Kessel (Essen); Marcus Balzereit, Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Christof Beckmann, Timm Kunstreich (V.i.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Ellen Bareis, Thomas Wagner, Kerstin Herzog (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Holger Adam, Friedemann Affolderbach, Michael May, Arne Schäfer, Marcel Schmidt (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

Widersprüche 151 „Kritische Solidaritäten?“ (März 2019)

Widersprüche 152 Trauma in Zeiten globaler Selbstoptimierung (Juni 2019)

Widersprüche 153 Die Macht von Bezeichnungen. Zur Aktualität von Etikettierungstheorien (September 2019)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00. Jahresabonnement € 42,00; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Hinweis der Redaktion: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsadresse: Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: (0 69) 67 99 84, E-Mail: widersprueche@gmx.de

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-Mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33, Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39, E-Mail: R.Eckert@prolit.de

© 2018 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Zeitschrift „Mittelweg 36“ bei.

ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-89691-020-2

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Widersprüche

150



Knochenbrüche
Z'sammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)

200 Jahre Karl Marx – das Alte im Neuen; das Neue im Alten

Zu diesem Heft.....3

Schwerpunkt

Heinz Sünker

Karl Marx heute. Kapitalanalyse und politisch-gesellschaftliche Perspektiven... 11

Friedhelm Schütte

Subjektivität im Zeitalter der digitalen Maschinerie – Marx revisited 25

Silvia Kontos

Herrschaftsverhältnisse: Zusammenhänge von Klassenherrschaft, Sexismus, Rassismus..... 43

Horst Müller

Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation 53

Ulrich Duchrow

Brauchen wir eine neue oder andere Aufklärung? Oder: Was der Club of Rome von Karl Marx hätte lernen können 71

Tove Soiland

Soziale Reproduktion und Neue Landnahme: ein feministischer Zugang 85

Forum

Bianca Lenz, Thomas Verlage & Christian Kolbe

Perspektiven auf eine Jugendberufsagentur: „mehr“ als nur das Jobcenter? 113

Rezensionen

Jörg Reitzig

Lebendige Dialektik

Über: *Richard Sorg: Dialektisch Denken* 133

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Jugendzentrum Mannheim

45 Jahre JUZ – 45 Jahre extrem demokratisch! 139

Kronberger Kreis in Kooperation mit der Zeitschrift Widersprüche

Forum für dialogische Qualitätsentwicklung 2019. Der neue Autoritarismus in Erziehung und Sozialer Arbeit und die Chancen fachlicher Alternativen . . . 147

Jahresinhaltsverzeichnis *Widersprüche*, 38. Jahrgang 2018 151

Fotoredaktion

Fotos im Innenteil aus der Serie 'Gebeutelte Ausbeutung': © Walburga Freitag, Bielefeld

Zu diesem Heft

„Eine halbwegs komplette Kenntnis des Marxismus kostet heute, wie mir ein Kollege versichert hat, zwanzigtausend bis fünfundzwanzigtausend Goldmark und ist dann ohne die Schikanen. Darunter kriegen Sie nichts Richtiges, höchstens so einen minderwertigen Marxismus ohne Hegel oder einen, wo der Ricardo fehlt usw.“
(Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche)

„Nur wenn, was ist, sich ändern läßt, ist das, was ist, nicht alles.“
(Adorno, Negative Dialektik)

„Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergisst, dass die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie muss daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als *revolutionäre Praxis* gefasst und rationell verstanden werden“ (Marx 1845: Thesen über Feuerbach, These 3; MEW Bd. 3: 5f.; Hervorhg. i.O.).

Diese These erinnert daran, dass wir unsere Geschichte selber machen, allerdings nicht aus freien Stücken, sondern im Kontext einer hochdynamischen, kapitalistischen Produktionsweise – also das, was *Bourdieu* als „Habitus“ fasst –, die alles „was fest ist“, letztlich auflöst. Versteht man die Frage nach der revolutionären emanzipatorischen Praxis als die, wie eine andere, kooperative und ökologisch nachhaltige Produktions- und Lebensweise praktisch entstehen kann, dann kann die Antwort nicht darin bestehen – gewaltsam oder durch Wahlen – die Kommandohöhen des Staates zu besetzen, sondern den Vorschein des Neuen schon im Alten – in Strukturen und Praktiken – zu suchen bzw. zu finden. Der gewaltige Überhang von Objektivität, das Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit in der globalen Welt verlangt nach einem Studium und ist zugleich Antwort und Auftrag Kritischer Theorie in *Marx'* Tradition.

Die hiermit angezeigte Spurensuche muss sich gesellschaftstheoretisch qualifizieren, das „Geflecht des Ganzen“ (Adorno) analysieren, um die Dialektik

von objektiven Missständen und subjektiver Involviertheit im historischen Gang der Menschheit zu erfassen. Der Totalität der Produktivkräfte ist demnach die politische Idee „der Assoziation freier Individuen“ sowie „eigensinniger Emanzipation“ (Negt), aber auch eine gewisse Souveränität bzw. geistige Beweglichkeit im Umgang mit den historischen und aktuellen Phänomenen gegenüberzustellen.

Die Konstitution von Subjektivität, m.a.W. das verdeckte Projekt des *Marxismus* ist damit theoretisch wie politisch adressiert. Eine Theorie der Alltagspraxis im Umgang mit Ausbeutung, Populismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, ja der Subsumtion ausnahmslos aller Lebensbereiche unter das Kapital – befeuert von Big Data und einer weltumspannenden Informationstechnologie – rückt somit ins Zentrum

Die von *Marx* formulierte Naturdialektik beansprucht deshalb – insbes. im Zusammenhang mit der schrittweisen und unwiderruflichen Zerstörung der natürlichen Grundlagen der Menschheit, der Kreaturen überhaupt – eine neue Aufmerksamkeit. Nicht nur die Subjekt-Objekt-Dialektik kommt hierbei theoretisch zum Tragen, sondern auch die hegemoniale Kraft des Kapitalismus als (zunächst) bürgerlich-europäischem Projekt.

Vor diesem Hintergrund thematisieren die Beiträge dieses Heftes, dass es bislang offensichtlich immer so war, dass die ungeheure Flexibilität und Innovationsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise jede Opposition und sogar jeden Widerstand sich einverleibte oder zerstörte (Lefebvre/Regulier), selbst mit Hilfe des bürgerlichen Strafrechts:

„Das Verbrechen, durch die stets neuen Mittel des Angriffs auf das Eigentum, ruft stets neue Verteidigungsmittel ins Leben und wirkt damit so produktiv wie strikes auf Erfindung von Maschinen. Und verlässt man die Sphäre des Privatverbrechens: ohne nationale Verbrechen, wäre je der Weltmarkt entstanden? Ja, auch nur Nationen?“ (MEW 26.1: 364)

Will man aber die Vorstellung einer befreiten Gesellschaft als Verbund „befreiter Assoziationen“ nicht aufgeben, dann ist – mit *Ernst Bloch* – das Unabgeoltene, das Latente im Alten aufzuspüren. Es ist daraufhin zu untersuchen, wie die „Dialektik der Ordnung“ (Bauman) in eine Richtung gedrängt werden kann, die das Latente sichtbar macht und die unterdrückte Möglichkeit einer anderen Welt als Utopie verteidigt. Der „Alltagsverstand“ (Gramsci) mit seinen widersprüchlichen Bewusstseinslagen wird hierbei ebenso zu decodieren sein wie die Vielfalt der Zugänge zum *Marx*' Oeuvre zu thematisieren ist, einschließlich dessen Reduktion auf die ökonomische Seite der Kapitalismusanalyse.

Deshalb sollen auch Beiträge aufgenommen werden, die die Historizität von *Marx*' Projekts in den Blick nehmen. Sowohl die „Anerkennung der historischen

Schranke“ (Negt) des *Marxismus* ist damit angesprochen als auch dessen theoretische Kontinuität bis hinein in die Kritische Theorie der bürgerlichen Gesellschaft von *Theodor W. Adorno* und *Max Horkheimer*. Es geht mit der *Marx*-Rezeption nicht um Verabschiedung – vielmehr ergeht hiermit der Aufruf zum Weiterdenken in kritischer Absicht, m.a.W. den *Marxismus* nicht „als überholten Irrtum“ (Horkheimer) abzutun.

Die Rezeption verlief (bekanntlich) sehr einseitig und als politisches Projekt in einer instrumentalisierten Variante, die Mord und Terror sowie die „Verflachung des Marxismus“ (Korsch) zur Konsequenz hatte. *Marx* ist dafür weder verantwortlich noch gibt sein, in Kooperation mit *Engels* entwickelter historisch-materialistischer Ansatz dies her. Gleichwohl hat sich die *Marx*-Rezeption der Instrumentalisierung des Marxismus eingedenk der Opfer, der Erniedrigungen und der zerstörten Wünsche zu vergewissern.

Angesichts des enormen Grades von Vergesellschaftung, die das politische Konstrukt 'Nation' und 'Heimat' erodieren lässt – der massiven Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt auf allen Kontinenten, geprägt von Ausbeutung und Unsicherheit, suchen die Beiträge dieses Heftes Antworten auf folgende Fragen:

- Wie verändert sich das Verhältnis von Produktion und Reproduktion?
- Wie verändert sich der Kampf um Hegemonie?
- Welche Veränderungen erfahren die Geschlechterverhältnisse in diesen Auseinandersetzungen?
- Welche Erfahrungen grundieren die Konstitution von Subjektivität in der Epoche der globalen Fabrik?

Wir knüpfen hiermit insoweit an die Widersprüche-Thesen zur Politik des Sozialen, „Verteidigen, überwinden und kritisieren zugleich“ (Heft 11, 1984) in der Absicht an, die „Philosophie der Praxis“ (Gramsci) auf alle gesellschaftlichen Arenen und Akteur*innen – weltweit – zu übertragen, um die „immanente Rationalität“ (Adorno) kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Diskussion zu halten. Inklusive Solidarität und grenzenloser Warenverkehr markieren weiterhin die Landmarken der kapitalistischen Weltgesellschaft. Sie verweisen damit offensichtlich auf die alte Frage nach der Rationalität dieser (Welt-)Gesellschaft.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Seit der letzten Krise des Kapitalismus, die bislang ja immer nur die vorletzte war, ist *Marx* wieder 'in' – in Feuilletons und Gesellschaftsanalysen. Bei marxistischen Analytiker*innen findet sich zudem die These, dass die Analyse von *Marx* nie zutreffender als heute war, denn jetzt lasse sich – besser denn je – erkennen, was

es mit den Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht – auch vor dem Hintergrund der These von den „varieties of capitalism“ –, auf sich habe. Wichtig dabei ist, so der Ausgangs- wie Endpunkt von *Heinz Sünker*, die Marxschen Analysen zu Philosophie, Politik und politischer Ökonomie in ihrer Gesamtheit über seine Lebensspanne, also zu Praxisphilosophie und Kritik der politischen Ökonomie, ernst zu nehmen. Dies meint, Kapitalismus als spezifische Form der Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie zu verstehen. ‘Vorgelagert’ ist dem die These vom historisch besonderen Vergesellschaftungsmodus, damit der Strukturierung des gesellschaftlichen Zusammenhangs sowie der Positionierung der Einzelnen in gesellschaftlichen Kontexten, denen die kapitalistische Formbestimmtheit eingeschrieben ist, mit Konsequenzen – in der Folge von Vermarktung und Warenförmigkeit – für Strukturen, konkrete Lebensbedingungen und Organisationen. Erkennbar wird zudem die Konsequenz des Versuchs der Kapitalisierung aller Lebensverhältnisse. Deutlich wird damit zugleich die Notwendigkeit, die Überwindung von Kapitalismus als emanzipatorisches gesellschaftliches Projekt in der Gestalt einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zu denken.

Marx in Erinnerung rufen sowie das Verhältnis von Kapital und Arbeit im Kontext einer disparaten ‘Zukunft der Arbeit’ in der ‘globalen Fabrik’ zu verorten, ist Intention des Beitrags von *Friedhelm Schütte*. Nicht die objektive Entwicklung steht im Vordergrund, sondern die subjektive – die lebendige Seite der Arbeitskraft und deren Vergesellschaftung. Um die Konstitution von Subjektivität diskursiv anzugehen und theoretisch im Marx-Diskurs einzubetten, wird als Einstieg eine Marx-Philologie vorgenommen, um die einseitige Marx-Engels-Rezeption nach dem 1. Weltkrieg zu erhellen. Im Zentrum des Beitrags steht zum einen Marx’ Maschinen-Kapitel (MEW Bd. 23), zum anderen die ‘digitale Aufrüstung’ der Welt. In den Blick gerät somit die digitale ‘Maschinerie’ auf der Basis ‘immaterieller’ Arbeit und global-gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Die Frage nach der immanenten Rationalität von Gesellschaft und Arbeitsvermögen, m.a.W. der Grenze der Konstitution von Subjektivität, wird abschließend mit einem ‘Diskurs der Wünsche’ konfrontiert.

Silvia Kontos Beitrag zielt auf den ‘Eigensinn des Reproduktionsbereichs’ in der Absicht, einen ‘Begriff vom Ineinander des Unvereinbaren’ zu diskutieren. In vier Etappen werden der Kontext von Klassenherrschaft, Sexismus und Rassismus abgeschritten und die darin eingelassenen Herrschaftsverhältnisse diskursiv aufgezeigt. In den Blick genommen wird erstens eine historische Genese des feministischen Post-68er-Diskurses und dessen einzelne Etappen, zweitens eine konzise Rezeptionsgeschichte feministischer Theoriearbeit (u.a. Hegemonie-,

Regulationstheorie), die sich im Kern des Eigensinns von Reproduktionsarbeit vergewissert und eine Kritik am Subjektbegriff impliziert. Die ‘Interferenz’ von Herrschaftsverhältnissen ist damit ebenso adressiert wie das ‘Problem einer übergreifenden Perspektive’. Im Zentrum jedoch steht drittens – historisch und tagespolitisch (Me-Too-Bewegung) grundiert – die Reflexion feministischer Begrifflichkeiten und theoretischer Zusammenhänge sowohl in der Arena der Politik als auch im Diskurs des Feminismus selbst. Die in Politik und Theorie aufscheinende Widersprüchlichkeit und Unschärfe von Geschlechterpolitik nimmt *Kontos* abschließend zum Anlass, eine strukturell neue Bündnispolitik einzuklagen.

Die Programmatik des Beitrags von *Horst Müller* wird bestimmt von Argumenten zur ‘inneren Dialektik und Zukunft der Gesellschaft’. *Müller* fokussiert hiermit den klassischen Sozialstaat, die aktuelle Sozialpolitik und in kritischer Absicht den ‘Sozialkapitalismus’. In den Mittelpunkt rücken damit die gängigen ‘Reproduktionsschemata’, aber auch Frage des ‘gesellschaftlichen Werthaushalts’ sowie namentlich das Finanz-, Steuer- und Justizsystem. Unter Rückgriff auf Marx wird eine ‘Wert-, Reproduktions- und Transformationsanalytik’ vorgestellt, die nach verborgenen Alternativen Ausschau hält. Ein interdisziplinärer Ansatz wird hierbei verfolgt. Argumentation und Thesen münden in der Forderung nach einer ‘positiv orientierten und operativen Sozioökonomie’. Diese zielt einerseits auf einen Umbau ‘sozialstaatlicher Institutionen und Leistungen’ i.S. einer Politik des Sozialen, m.a.W. auf eine weitreichende Generalüberholung des bundesdeutschen Sozialstaates und dessen disparaten Regulierungsmodi, andererseits auf neue Kooperationen, u.a. zwischen Politik und Wissenschaft zur Umsetzung eines ‘integralen praxiswissenschaftlichen Paradigmas’.

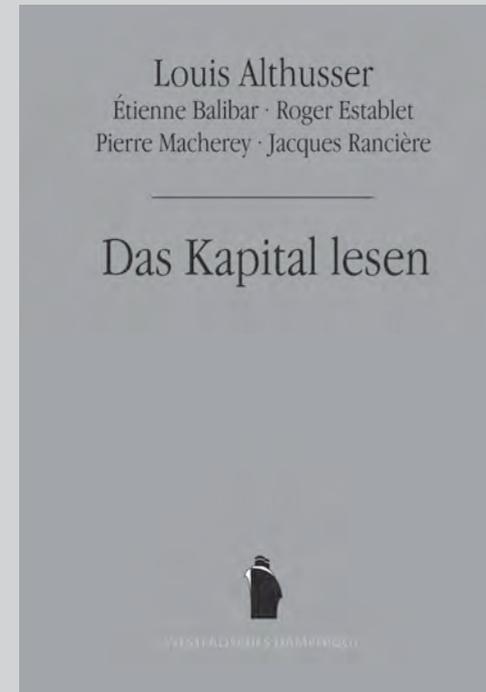
Den jüngsten Bericht des Club of Rome mit einer Kapitalismuskritik konfrontieren, ist Anspruch des Beitrags von *Ulrich Duchrow*. In zwei Schritten, die sich Marx’scher Argumente bedienen, wird der Frage nachgegangen, welche blinden Flecken der Club of Rome in seiner umfangreichen Studie übersehen resp. hinterlassen hat und wo eine Kritik anzusetzen hätte. Ausgehend vom ökologischen Zustand der Welt und einer Auseinandersetzung mit dem Gebaren des Finanzkapitalismus plädiert *Duchrow* für die ‘Überwindung des Kapitalismus’, die sich allein schon ‘aus ökologischen Gründen’ aufdrängt. Zur Beweisführung der blinden Flecken werden drei Teile des Berichts analysiert und u.a. die Wachstumsideologie, acht Prinzipien des regenerativen Kapitalismus sowie ein extrovertierter Individualismus in den Blick genommen. Der aktuelle Zustand der Welt kann somit besichtigt werden. Vor diesem Horizont wird unter Rückgriff auf Marx’ Warenanalyse, Aristoteles und Luther ein Szenario entfaltet, das die

‘Veredelungsprozesse von Menschen’ anklagt und nach Pfaden einer ‘notwendigen Transformation’ sucht.

Der Beitrag von *Tove Soiland* greift den Diskurs um die Formen ‘primitiver Akkumulation’ auf, um in Anschluss an David Harvey das ‘Theorem fortdauernder Landnahmen’ im Feld sozialer Reproduktion zu diskutieren. Erklärter Anspruch des Beitrags ist es, zum einen eine ‘Erweiterung der marxistischen Akkumulationstheorie’ vorzulegen, zum anderen die von Rosa Luxemburg angestoßene Debatte zur erweiterten Akkumulation im neuen Kontext zu theoretisieren sowie für die Externalisierung der Kosten gesellschaftlicher Reproduktion zu sensibilisieren. Zu diesem Zweck wird die jüngere Luxemburg-Rezeption vorgestellt, namentlich die Lesart der Bielefelder Soziologinnen, die Ausdehnung des Reproduktionssektors im Rahmen des Postfordismus dargelegt sowie die ‘neue Landnahme’ am Beispiel von Care-Arbeit und Care-Ökonomie (allg. personenbezogene Dienstleistungen) problematisiert und schließlich viertens ein Fazit gezogen, das Luxemburgs Imperialismustheorie mit der ‘Artikulation unterschiedlicher Produktionsweisen’ im Zentrum als theoretisch zentral erachtet und zur Basis eines feministischen Ansatzes sozialer Reproduktion erklärt.

Die Redaktion

2., korrigierte Auflage



Broschur – 2018 – 764 Seiten – 45,00 € – ISBN 978-3-89691-952-6
2., durchgesehene und korrigierte Auflage

„... eine enorme Leistung sowohl des Herausgebers und Übersetzers Frieder O. Wolf als auch des Verlags, und man muss beiden dankbar sein, dass sie sich dieser Aufgabe angenommen haben. Was die Ausgabe sehr bereichert, ist die Berücksichtigung der Textveränderungen in den zwei französischen Ausgaben von 1965 und 1968 bzw. 1973. Zudem zieht Wolf vergleichend auch die deutschen und die französischen Versionen der Texte von Marx heran, was hilft, den Althusser’schen Bezug auf sie genauer zu verstehen.“

Alex Demirovic PROKLA 180



Heinz Sünker

Karl Marx heute

Kapitalanalyse und politisch-gesellschaftliche Perspektiven

Einleitung

Eine kritische Gesellschaftstheorie nimmt ihren Ausgang mit der Analyse der Bedingungen und Formen der Vergesellschaftung der Mitglieder einer historisch-konkreten Gesellschaftsformation, handelt von deren Integrationskraft, Legitimitäts- und Loyalitätsproduktion – damit geht es also auch immer um Fragen nach dem Zusammenhalt in einer Gesellschaftsformation und deren Widersprüchen. Eingeschlossen in die Analyse der Vergesellschaftungsweise ist bei Marx die Frage nach den Konstitutionsbedingungen von Subjektivität, damit zugleich die nach Reflexionsfähigkeit, gesellschaftlicher Urteilskraft und politischer Handlungsfähigkeit von (allen) Menschen. Eingebettet ist die Marxsche Vorgehensweise in eine Darstellungslogik, die auf drei Ebenen angesiedelt ist, deren wechselseitige Vermittlung Prozesse der Konstitution von Geschichte und Gesellschaft wie Individualität ausmachen: a) Kategorial: Das Kapital im Allgemeinen/Logik des Kapitalbegriffs; b) Historisch: Durchsetzungsprozesse des Kapitalverhältnisses/Zeiten und Räume; c) Erscheinende Oberfläche: Alltagsleben/Erleben und Erfahrung in/durch Interaktionen und Aktionen.

Die Marxsche Gesellschaftstheorie wie Gesellschaftsanalyse als historischer Materialismus und Kritik der politischen Ökonomie widmet sich vor diesem Hintergrund zum einen der Aufschlüsselung der Widerspruchsstruktur des Kapital-Arbeit-Verhältnisses in seinen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Folgen; sie beansprucht zum anderen, darin eingebundene Konsequenzen für die Form von Vergesellschaftung, damit der je besonderen – klassenmäßig ihren Ausdruck findenden – Existenzbedingungen der Mitglieder der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in praxisphilosophischer Akzentuierung aufzuschlüsseln. Sie will die Verkehrlingslogik des Kapitals in allen Folgen für Gesellschaft, Geschichte und Lebensbedingungen wie -möglichkeiten darstellen und fasst, last

not least, Möglichkeiten wie Notwendigkeiten eines humanistischen Wandels von Geschichte und Gesellschaft ins Auge – ohne dies bereits auszugestalten –, mit dem aus der bisherigen Vorgeschichte eine menschliche Geschichte werden kann. Die Aktualität von Marx, seinem analytischen Vorgehen, seinen Befunden ergibt sich aus (s)einer besonderen Vermittlung von Darstellung und Kritik der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Auch wenn es entscheidend ist zu erkennen, dass die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie – insbesondere in ihrer Fassung der „Grundrisse“, die aus einer subjekttheoretischen Perspektive argumentieren (Marx o.J.) – revolutions-theoretische Implikationen enthält, dementsprechend mit Einschätzungen zur Möglichkeit bzw. Notwendigkeit der Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation arbeitet, indem unter anderem Bestimmungen über Entwicklungstendenzen von objektivierten, d.h. vor allem in Institutionen, wie subjektivierten, d.h. in den Mitgliedern dieser Gesellschaft verkörperte Elemente, Potenzen und Handlungspotenziale zu bestimmen gesucht werden, ist die Marxsche Theorie nicht als Geschichtsphilosophie mit einer teleologischen Aussage misszuverstehen. Grundlegend ist in der Positionsbestimmung von Marx – was es gleich zu Beginn herauszustellen gilt –, dass es ihm wie einer genuin marxistischen Perspektive insgesamt um eine emanzipatorische Perspektive der Freiheit und Gleichheit aller Menschen geht (vgl. Schmied-Kowarzik 2017, 2018; Vester 2013; Stedman Jones 2018). In der entscheidenden Formulierung im „Kommunistischen Manifest“ heißt es daher in aller Klarheit: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (MEW 4: 482).

Entwicklungen der unterschiedlichen Gestalten und Gestaltungen von Kapitalismus zeigen dabei, dass zeitdiagnostische wie auch gesellschaftsanalytische Bemühungen um die Gegenwart in den Konsequenzen für Gesellschaftsstrukturen wie Existenzweisen und Lebensqualitäten aufzeigen und nachweisen, wie diese emanzipatorische Perspektive im Interesse einer Sicherung des Überlebens unseres Planeten wichtiger denn je ist. Vor dem Hintergrund der Destruktionspotenziale einer globalen kapitalistischen Entwicklungsdynamik, in denen finanzkapitalistische Exzesse seit den 90ern des 20. Jahrhunderts nur eine Spitze der Profitlogik bilden – mit gewaltigen Ungleichheitsrelationen in Bezug auf alle Indikatoren von Lebensqualität und substantiellen Gefährdungen der demokratischen Inhalte bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft – formulieren paradigmatisch fünf Makrosoziologen in ihrem Buch *Stirbt der Kapitalismus?:* „Die kommenden Jahrzehnten werden überraschende Schocks und gewaltige Herausforderungen bringen. ...

Wir haben uns zu diesem ungewöhnlichen Buch zusammengefunden, weil sich etwas am Horizont abzeichnet – eine Strukturkrise weit größeren Ausmaßes als die jüngere Große Rezession, die sich rückblickend als das Vorspiel zu einer Periode noch tiefgreifender Störungen und Transformationen erweisen könnte“ (Wallerstein et al. 2014: 7).

Marxsche Kernthemen

Die Aussagen der Marxschen Analysen ergeben sich aus materialen Untersuchungen der Form wie den Gehalten historischer Verhältnisse: Demzufolge gibt es kein abstraktes Schema zur Darstellung historischer Prozesse, um zu einer Einsicht in die Historizität von Gesellschaftsentwicklung zu gelangen. Die radikale Historisierung gesellschaftlicher Prozesse in ihrer Vermittlung mit menschlicher Praxis durch Marx würde durch eine derartige Herangehensweise aufgehoben, „die Dialektik des Konkreten“ (Kosik 1967) verbliebe hinter dem Schleier der „Pseudokonkretheit“ oder würde die Bedeutung menschlicher Praxis für die Geschichtsentwicklung in verkehrter Weise darstellen (vgl. Schmied-Kowarzik 1981).

Das entscheidende Problem einer Analyse dessen, was als kapitalistische Totalität erscheint¹, verbirgt sich für Marx in dem Aufweis der Widerspruchsstruktur des Kapitalverhältnisses und seinem Begriff, die in den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auseinander zu legen ist. Das Kapital kann nur verstanden werden „in seiner *spezifischen Formbestimmtheit* als ein in sich reflektiertes *Produktionsverhältnis*“ (Marx o.J.: 216); „das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch“ (ebd.: 593); es ist gesetzt als sich „nicht nur formell erhaltender, sondern *verwertender Wert*, sich auf sich selbst als Wert beziehender Wert. Das Übergehn aus einem Moment in das andre erscheint als besondrer Prozeß, aber jeder dieser Prozess ist das Übergehn in den andren. Das Kapital ist so gesetzt als prozessierender Wert, der in jedem Moment Kapital ist.“ (ebd.:435).

In seiner Bestimmung als Wert liegen die zwei grundsätzlich widerspruchsvollen Momente des Kapitals, die seinen – allen Allgemeinheitsansprüchen widerstrebenden – beschränkten Charakter deutlich machen: Das Kapital kann als Wert zum einen als quasi-transzendentes Subjekt der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft bestimmt werden, das als solches erscheint, aber auch so gefasst wer-

1 Entscheidend für Marxsche Methodologie wie Methode ist seine Einsicht, alle Wissenschaft sei überflüssig, „wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen“ (Marx 1969a: 825).

den muss, dass es durch den Akt der Selbstsetzung ein solches ist. Diese Bestimmung beruht aber allein darauf, dass die wertbildende Arbeit als Existenzweise des Kapitals den Grund für den Schein der Selbstverwertung des Kapitals abgibt, so dass dieses den Charakter eines automatischen Subjekts erhält (Marx 1969: 169). Dieser Automatismus, von dem hier die Rede ist, aber steht im entscheidenden Widerspruch zur Bestimmung als Subjekt mit Akteurspotentialen.

Der historische, weil produzierte und damit zugleich abhängige als auch der transitorische Charakter des Kapitalverhältnisses kommt zum Vorschein, wenn man die Voraussetzungen und Perspektiven dieses Verhältnisses analysiert: Das Kapital ist zugleich destruktiv und revolutionierend, insofern es alle Bedingungen früherer Gesellschaftsepochen als nur lokale Entwicklungen in der Menschheitsgeschichte zerstört und alle Schranken, die seiner Entwicklung im Raum und Zeit im Wege stehen, durch eine permanente Umwälzung seiner eigenen Bedingungen ausräumt, bis es auf sich selbst, seine eigene Natur als unüberwindliche Schranke für sich selbst stößt (vgl. Marx o.J.: 313 f.). Marx bezeichnet es daher als „great civilising influence of capital“, wenn „das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft“ (ebd.: 113) schafft.² Unter der Voraussetzung der Universalität erweist sich das Kapital als letzte Stufe des Wertverhältnisses, innerhalb dessen die gesellschaftliche Arbeit noch in der Form des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital existiert (ebd.: 592).

Die Überwindung lokaler bornierter menschlicher Entwicklungen wie auch ihrer Naturbefangenheit durch das Kapital liegt in dessen Universalisierungstendenz begründet – ist allerdings verbunden mit der universellen Borniertheit des Kapitals: Dies findet seinen Ausdruck in der Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit aufgrund ihrer formellen bzw. reellen Subsumtion unter das Kapital, d.h. des Arbeitsprozesses unter den Verwertungsprozess. In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass der gesellschaftliche Geist der Arbeit in der Ma-

2 Entscheidend zum Verständnis dieser Argumentationsfigur ist die Geschichtstheorie von Marx: „Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf sachlicher Abhängigkeit gegründet ist die zweite Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse, und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gesellschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten“ (Marx o.J.: 75f.).

schinerie als dem objektiven Skelett des Produktionsprozesses „eine objektive Existenz außer den einzelnen Arbeitern“ erhält (ebd.: 428; vgl. Marx 1969:351).

Produktive Arbeit, als die sich einzig vergegenständlichende, ist unter den Bedingungen des Kapitalverhältnisses der einzige Gebrauchswert, der einen Gegensatz zum Kapital bilden kann (ebd.: 183), da Arbeit die „lebendige Quelle des Werts“ (203) ist. So ist das Kapital Produkt der Arbeit (ebd.: 355, 367, 416), es verkörpert zugleich den Gegensatz zum Arbeiter (ebd.: 315).

Die Konsequenz dieses gegensätzlichen Verhältnisses für die Arbeitsseite formuliert Marx in der Fortführung der Resultate seiner Analysen, wie er sie bereits 1844 in den „Pariser Manuskripten“ – mit ihrem Zentrum, der Kategorie „Entfremdung“ – vorgelegt hat: Der Arbeiter „muß sich vielmehr verarmen, ..., indem die schöpferische Kraft seiner Arbeit als die Kraft des Kapitals, als *fremde Macht* sich ihm gegenüber etabliert. Er *entäußert* sich der Arbeit als Produktivkraft des Reichtums; das Kapital eignet sie sich als solche an. Die Trennung von Arbeit und Eigentum am Produkt der Arbeit, von Arbeit und Reichtum ist daher in diesem Akt des Austauschs selbst gesetzt. Was als *Resultat* paradox erscheint, liegt schon in der Voraussetzung selbst“ (ebd.: 214). Und leitmotivisch auf den Punkt gebracht, formuliert Marx das, was auch in aktuellen gesellschaftskritischen Forschungen als entscheidend für die Machtposition der Kapitaleseite herausgestellt wird: „Dem Arbeiter gegenüber *wird* also die Produktivität seiner Arbeit eine *fremde Macht*, überhaupt seine Arbeit, soweit sie nicht *Vermögen*, sondern Bewegung, *wirkliche Arbeit* ist; das Kapital umgekehrt verwertet sich selbst durch *Aneignung fremder Arbeit*“ (214).

Treten dieser Analyse zufolge die Produktivkräfte der Arbeit – als Ausdruck des Formcharakters ihrer gesellschaftlichen Potenz – dem Arbeiter als fremde, feindliche Macht gegenüber, so stellt sich die Frage, wie dem Kapital die Etablierung und Durchsetzung seiner Herrschaft gelingt. Als Ergebnis dieses Prozesses des Zugriffs von Kapital auf Arbeit, in der Gestalt des Übergriffes toter Arbeit über lebendiges Arbeitsvermögen, fasst Marx zusammen: „Es ist nicht mehr der Arbeiter, der die Produktionsmittel anwendet, sondern es sind die Produktionsmittel, die den Arbeiter anwenden“ (1969: 129). Die historisch und systematisch entscheidende Gelenkstelle dieses Prozesses besteht im Übergang von der formellen zur reellen Subsumtion der Arbeit, einer qualitativ neuen Beherrschung des lebendigen Arbeitsvermögens durch das Kapital.

Da das Kapital in seinen historischen Anfängen Arbeit und Arbeiter in seinen Räumlichkeiten organisiert, besteht der entscheidende-produktive Entwicklungsschub in der gelungenen inhaltlichen und strukturellen Unterordnung der Arbeit unter das Kapital. Die kapitalistische Formbestimmtheit des Arbeitsprozesses, die

ihren Ausdruck in der vollendeten Subsumtion des Arbeits- unter den Verwertungsprozess findet, führt dazu, dass Arbeit, die vormals als allgemeine Produktivkraft des Reichtums, als Objektivität bestimmt ist, nun auf die Bestimmung, Moment des Kapitals zu sein, reduziert wird: „Durch den Austausch mit dem Arbeiter hat sich das Kapital die Arbeit selbst angeeignet; sie ist eins seiner Momente geworden, die nun als befruchtende Lebendigkeit auf seine nur daseiende und daher tote Gegenständlichkeit wirkt“ (Marx o.J.: 205). Dieser Prozess der Einführung und Durchsetzung qualitativ neuer Bedingungen der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit (vgl. Marx 1969: 386) geschieht aber keineswegs in einer widerspruchsfreien Weise, sondern nimmt auch in seiner historischen Formierung im Kontext von Widerstand auf der Arbeitsseite einen widersprüchlichen, durch Klassenkämpfe bestimmten Charakter an (vgl. insbesondere Thompson 1972, 1980; Vester 1970, 1970a). Denn diese Entwicklung beinhaltet eine Situation für die Arbeit „als die absolute *Armut*: die Armut, nicht als Mangel, sondern als völliges Ausschließen des gegenständlichen Reichtums“ (Marx o.J.: 203), damit Pauperisierung in einem übergreifenden Sinne.³

Gesellschaftspolitik und politische Perspektiven

Indem das Kapital nicht allein auf der kategorialen Ebene, sondern ebenso wesentlich im Prozess seiner historischen Formierung den Grund seiner Existenz in seinem Gegensatz, dem lebendigen Arbeitsvermögen, hat, ist es niemals in der Lage, seinem Begriffe, Repräsentant des allgemeinen Reichtums der Gesellschaft zu sein, völlig zu entsprechen. Damit verbindet sich eine für die Geschichtsentwicklung wesentliche Einschätzung, dass die Durchsetzungsbewegung des Kapitalverhältnisses daran gebunden sei, Potenzen der Arbeit freizusetzen, die allen Bestrebungen nach Parzellierung und Verkörperung der Ware Arbeitskraft zum Trotz historisch weitertreibende Elemente bei der Produktion realen gesellschaftlichen Reichtums, der sich in den Subjekten einer Gesellschaft zu erweisen hätte, in sich enthalten: Damit ist der systematische Ort der Relevanz der Rede von der Kolonisierung von Alltagsleben (Lefebvre; Sünker 1989: 111-132) – komplementär zu den klassischen Topoi „Subsumtion“ oder „Entfremdung“ – benannt. Dieses ist nicht zuletzt auch deshalb wichtig, weil in der Marxschen Analyse, die sich je nach der Weise der Gegenstandsorientierung schwerpunktmäßig als „objekttheoretisch“ („Grund-

3 In diesen Kontext gehört auch der Hinweis auf die Aktualität der Marxschen Klassenanalyse, s. dazu die konzeptionell bedeutsamen und empirisch gehaltvollen Studien von Vester et al. (2001) und Savage (2014).

risse“) oder „objekttheoretisch“ („Kapitalbände“) auseinanderlegen lässt, auf den ersten Blick divergente Dimensionierungen dieses Problems zu finden sind. So formuliert Marx im *Kapital*, in seiner Darstellung der Logik und Geschichte der Entwicklung des Kapitals folgend, also analytisch bezogen auf einen bestimmten historischen Zeitpunkt: „Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Überbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, *der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter*“ (Marx 1969: 765; Hervorhebung HS).

Die Bedeutung dieser Wendung vom „stummen Zwang ökonomischer Verhältnisse“ kann indessen nur richtig eingeschätzt werden, wenn dabei berücksichtigt wird, dass Marx im Rahmen seiner Überlegungen zum Verhältnis von Logik und Geschichte die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse im „Kapital“ nur insoweit darstellt, wie sie ihrem Begriff entsprechen. Damit wird zugleich zum Ausdruck gebracht, „daß der existierende Kapitalismus seinem Begriff nicht unmittelbar entsprechen muss, nicht ‘sich selbst adäquat’ sein muss, aber die Form, in der er existiert dennoch als Existenzweise begriffen werden muss, auf welche die Wertbewegung hintreibt; die gleichsam in ihr angelegt ist“ (Reichelt 1970:134f.).

Gegen jeden Versuch einer objektivistischen Lesart dieser Analyse ist dementsprechend die, wie Lefebvre später in vielen Studien am deutlichsten zeigen wird, die praxisphilosophisch begründete Vorstellung von der „Reproduktion der Produktionsverhältnisse“ (Lefebvre 1974; vgl. Marx o.J.: 600) zu setzen, mit der die durch menschliche Praxis vermittelte Produktion wie Reproduktion gesellschaftlicher Beziehungen und gesellschaftlicher Totalität, ihrer Widersprüchlichkeiten und Grenzen wie Möglichkeiten entschlüsselt wird – und mit der auch die Rede von der Bedeutung von Bildung/Erziehung wie Tradition in Haltungen wie Anpassung oder Widerstand ernst genommen wird⁴. Marx macht selber diese, auf menschliche Emanzipation, damit substantielle Freiheit, zielende Perspektive als Perspektive aller in den „Grundrissen“ deutlich, wenn er die Frage nach den

4 In diesen Kontext gehören dementsprechend unterschiedliche Ansätze und Versuche, Verhältnisse zwischen Bildung/Erziehung und Gesellschaftsformen aufzuschlüsseln, die häufig ihren Ausgang mit der dritten Feuerbach-These von Marx nehmen; s. weiter Art dazu Heydorn (1979), Sünker (2012), Sänger (2016).

Bedingungen und Möglichkeiten von „Selbstverwirklichung, Vergegenständlichung des Subjekts, daher reale Freiheit (Marx o.J.: 505) in den Vordergrund seiner Darstellung, Analyse und Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformationen stellt. Die Basis dieser Perspektive findet er in den Entwicklungstendenzen von Arbeit, eben deren Gesellschaftlichkeit. Die – wiederum für Lefebvres Perspektive entscheidende Bestimmung – von Arbeit als „travail attractif“, die den Grund für eine Selbstverwirklichung eines jeden Individuums abgeben soll, ist dadurch bestimmt, „daß 1) ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist, 2) daß sie wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft, sondern als Subjekt, das in den Produktionsprozess nicht in bloß natürlicher, naturwüchsiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint“ (ebd.).

Eine Entscheidung zwischen der These, die dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse als der herrschaftssichernden Kraft des Kapitals die Priorität einräumt und derjenigen, die von der Möglichkeit der universellen Entwicklung des Individuums handelt, die sich mit der Vorstellung einer darin eingebundenen „Universalität seiner realen und ideellen Beziehungen“ (ebd.: 440), damit Freiheit, verbindet, hat dies Spannungsverhältnis auszuloten, gegebenenfalls auszuhalten und auf die jeweiligen realhistorischen, konkret zu entziffernden Entwicklungen in Gesellschaft, Arbeitsbeziehungen und Entwicklungsdynamiken von Produktivkräften zu beziehen (ebd.).

Zur Diskussion des Gehaltes möglicher Antworten auf die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen zum Spätkapitalismus ist die Analyse in Fragen nach der Formbestimmtheit von Gesellschaft, nach Bestimmungsfaktoren des Vergesellschaftungsprozesses, die ihren Grund in der spezifischen Struktur des Widerspruchsverhältnisses von Kapital und Arbeit samt deren Konsequenzen für Bewusstseinsformen finden, aufzuschlüsseln. Eine entscheidende Dimension der Vergesellschaftungsproblematik liegt in der Entwicklung, in der der gesellschaftliche Geist der Arbeit eine objektive, damit verobjektivierte Existenz außerhalb der einzelnen Arbeiter erhält (ebd.: 428). Der Logik dieses Subsumtionsprozesses wie der daraus resultierenden Konsequenzen ist in allen Hinsichten nachzuspüren, da das Kapital in dieser Bewegung „die Subjektivität seines anderen eben bloß als Bestimmung des Negativen zu(lässt), mithin nur als unterdrückte. Nicht aus einem Rest, den die Subsumtion verschont hätte, gewinnt die revolutionäre Bewegung ihre Kraft, sondern aus dem Leiden an einem Herrschaftsapparat, der das reale Subjekt allein durch seine Verweigerung freisetzt“ (Theunissen 1974: 329).

Der Marxschen Analyse zufolge fallen Geschichte der Menschheit und Kapitalverhältnis – allen Totalisierungsbestrebungen des Kapitals zum Trotz – nicht

völlig ineinander. Doch gibt diese Differenz, deren konstitutive Bedeutung für Praxis wie Subjektivität perspektivisch nicht hoch genug veranschlagt werden kann, einen wesentlichen Grund für die Notwendigkeit von Kolonisierungsbestrebungen von Kapitaleseite aus ab und fordert so hinsichtlich der Frage nach der Form von Vergesellschaftung eine Herangehensweise, die sich auf die Konstitution der Existenz des Einzelnen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft bezieht und dabei die Form der Vermitteltheit dieser Existenz mit der anderer wie auch mit der gesellschaftlichen Totalität thematisch macht. Hierfür sind im Rahmen der Marxschen Analyse zwei Bestimmungen fundierend: Zum einen geht es um die Unterjochung von Individualität unter gesellschaftliche Bedingungen, innerhalb derer eine historisch produzierte Art individueller Freiheit identisch ist mit der völligen Aufhebung aller individuellen Freiheit. Dies bedeutet – gegen den Schein von Freiheit – die „völlige Unterjochung der Individualität unter gesellschaftliche Bedingungen, die die Form von sachlichen Mächten, der von übermächtigen Sachen – von den sich beziehenden Individuen selbst unabhängigen Sachen – annehmen (Marx o.J.: 545). Zum anderen geht es darum, dass die Individuen sich als Warenhüter als Eigentümer von Tauschwerten gegenüber treten, die „nur sachlich füreinander“ existieren und ohne diese objektive Vermittlung keine Beziehung zueinander haben (ebd.: 908).

Die dieser Beziehungslosigkeit inhärente Problematik von „possessive individualism“ (MacPherson 1962) oder „Egoismus und Gemeinwohl“ (Euchner 1973) auf der einen Seite korrespondiert auf der anderen Seite mit dem grundsätzlichen Problem bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung, die aus der Vereinzelung des Einzelnen erwächst und zur Frage nach der Möglichkeit wie Notwendigkeit von gesellschaftlichem Zusammenhang und Zusammenhalt führt.

Unter 'normalen' Bedingungen bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung mit entsprechender Staatsform bildet „Demokratie“ die Form politischer Herrschaft in Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht, um Prozesse von Legalität, Legitimität und Loyalität zu organisieren und abzusichern (vgl. Sünker 2017; Meiksins Wood 1995). Dass dieses nicht von Dauer sein muss (oder kann), erweist nicht nur die katastrophale Geschichte des 20. Jahrhunderts⁵, sondern wird auch mit Bezug auf Zukunftsszenarien deutlich. Als Alternative

5 Die Produktivität der politischen Schriften von Marx (also 18. Brumaire, Pariser Commune etc.) erweist sich insbesondere an der Fruchtbarkeit seiner Analyse des 'Bonapartismus', der im Kontext der Analyse vom Nationalsozialismus – als deutscher Gestalt von Faschismus – historisch vor allem von Trotzki und der KPO genutzt wurde; s. weiter zur darauf basierenden Debatte um die entscheidende Differenz von

erweisen sich die Vorstellung einer substantiellen Demokratisierung von Gesellschaften oder Verfallsformen und wie sie Wallerstein et al. (2014: 228) mit großer Aktualität angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen skizzieren: „Eine Katastrophe mittleren Grades ist Zerfall und Involution (das heißt, dass es im Prinzip weitergeht wie bisher, nur in verminderter, verkrüppelter und verschlimmerter Form). Eine andere abscheuliche Möglichkeit ist eine faschistoide Diktatur, die sich auf soziale Bewegungen ressentimentgeladener Bürger stützt und auf einem militärischen, hochgradig übergriffigen Polizeistaat beruht“.

Die negativen Alternativen einer gesellschaftlichen Entwicklung ergeben sich der Marxschen Analyse – wie auch der Kritik anderer kritischer Theoretiker – zufolge aus einem wesentlichen Mangel an Demokratie in der Demokratie. So formulieren die US-amerikanischen Polit-Ökonomen Bowles und Gintis in ihrer Studie *Democracy & Capitalism*, dass eine sich entwickelnde Erweiterung von Menschen ihr Leben selbst zu bestimmen wie auch ihrer Gesellschaftsgeschichte erfordere, dass die zentralen Institutionen der kapitalistischen Ökonomie – also Privateigentum an Produktionsmitteln – eliminiert würden. Denn Kapitalismus und ein Verständnis von wirklicher Demokratie passten nicht zusammen, da es keine kapitalistische Gesellschaft gebe, in der die Sicherung persönlicher Freiheit wie die gesellschaftlich verantwortliche Ausübung von Macht gewährleistet seien (1987: 3).

In einer weiteren Konkretisierung dieser Problemstellung formuliert M. Castells, dass es eine außerordentliche Kluft zwischen der technologischen Überentwicklung und der sozialen Unterentwicklung in unseren Gesellschaften gebe (1998: 359). Zur Überwindung der daraus resultierenden Gefahren für das Überleben unseres Planeten bedürfe es nicht nur verantwortlicher Regierungen, sondern verantwortlicher, gebildeter Bürgerinnen und Bürger (1998: 353).

In den Blick gerät damit eine Vorstellung von demokratischer Gesellschaftsentwicklung, die bereits vor 150 Jahren von Heinrich Heine, einem der wichtigsten Freunde von Karl Marx, brillant in der Vermittlung von Gesellschafts- und Bildungspolitik formuliert wurde: „Wenn wir es dahin bringen, dass die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Hass und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis, die Heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Misstrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend

„sozialer Basis“ und „sozialer Funktion“ des NS für die Aufrechterhaltung respektive Verteidigung der kapitalistischen Produktionsweise die Studie von Jaschke (1982).

Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Flug ihre Schwerte und Rosse, und wir erlangen Frieden und Wohlstand und Freiheit“ (Heine 1972: 368).

Um dieses als Trias für die Gegenwart zu realisieren, damit den Ansprüchen von Marx an eine dialektische Gesellschaftstheorie wie -analyse zu folgen, ist eine sozialphilosophische wie gesellschaftstheoretische Grundlegung für das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft – im Interesse aller an der Emanzipation aller – wie sie Adorno formulierte aufzunehmen. Er schrieb 1944, also inmitten der Katastrophe des Kampfes gegen den Faschismus, in einer Kritik an P. Tillich, als Perspektive für ein vernünftiges Leben: „... das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft ist durch und durch dialektisch. Sie entziehen sich der Dialektik durch das probate Mittel der Synthese, welche die Gegensätze in der Mitte zusammenbringt, anstatt eines durchs andere hindurch zu bestimmen. So kommt denn die Individualität zustande, die in eine kollektivistische Gesellschaft integriert sein soll. Vestigia terrent. Möge uns ihr Deus absconditus vor allen Weisen der Integration bewahren. Es kommt nicht auf die Versöhnung von Individuum und Gesellschaft an, sondern darauf, dass mit der Emanzipation der Gesellschaft jedes ihrer Mitglieder emanzipiert wird. Daß das ‘Arbeitsindividuum’ der wahre Mensch der Zukunft sei, macht uns schauern. Der Sozialismus muss die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf ein Minimum herabsetzen. Arbeit zum Maß des Menschen machen ist Prinzip des Kapitalismus“ (Adorno 2003:503; vgl. Theunissen 1981).⁶

Literatur

- Adorno, Th. W. 2003: Contra Paulum, in: Adorno/Horkheimer, M.: Briefwechsel 1927–1969. Bd. II: 1938 – 1944, hg. v. Ch. Gödde/H. Lonitz, Frankfurt a.M.
- Bowles, S./Gintis, H. 1987: *Capitalism & Democracy*. New York
- Castells, M. 1998: *End of Millennium*. Malden
- Euchner, W. 1973: *Egoismus und Gemeinwohl*. Frankfurt a.M.
- Heine, H. 1972: *Französische Zustände*, in: Heine, Werke und Briefe. Bd. 4, hg. v. H. Kaufmann. Berlin/Weimar
- Heydorn, H.-J. 1979: *Widerspruch von Bildung und Herrschaft*. Frankfurt a.M.

⁶ S. dazu auch: „Ob der Sozialismus eine kollektivistische Lebensform herbeiführen soll, ist uns höchst fragwürdig. Heute wird individualistisch produziert und kollektiv gelebt. Im Sozialismus wird kollektiv produziert, damit es jener schlechten, unabdingbar repressiven Kollektivität nicht mehr bedarf“ (Adorno 2003:500).

- Jaschke, H.-G. 1982: Soziale Basis und Soziale Funktion des Nationalsozialismus: Studien zur Bonapartismustheorie. Opladen
- Kosik, K. 1967: Die Dialektik des Konkreten. Frankfurt a.M.
- Lefebvre, H. 1974: Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse. München
- MacPherson, C. B. 1962: The Political Theory of Possessive Individualism. Hobbes to Locke. Oxford
- Marx, K. o.J.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857–1858. Frankfurt a.M.
- Marx, K. 1969: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin
- 1969a: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Berlin
- Marx, K./Engels, F. 1969: Das Kommunistische Manifest, in: MEW Bd. 4. Berlin
- Meiksins Wood, E. 1995: Democracy Against Capitalism. Renewing Historical Materialism. Cambridge
- Reichelt, H. 1970: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx. Frankfurt a.M.
- Sänger, Ch. 2016: Den Marxismus lebendig erhalten. Pädagogische Impulse zweier VordenkerInnen des demokratischen Sozialismus: Anna Siemsen und Alice Rühle-Gerstel, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 39 (H. 73)
- Savage, M. 2014: Social Class in the 21st Century. London
- Schmied-Kowarzik, W. 1981: Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Zur Genesis und Kernstruktur der Marxschen Theorie. Freiburg/München
- 2017: neuere Versuche, Marx wieder zu entdecken und weiterzuentwickeln, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 40 (H. 74)
- 2018: Zur Aktualität der Praxisphilosophie von Karl Marx, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 41 (H. 76)
- Stedman Jones, G. 2018: History and Nature: Marx, Engels and Darwin, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 41 (H. 76)
- Sünker, H. 1989: Bildung, Alltag und Subjektivität. Weinheim
- 2012: Historisch materialistische Ansätze in Bildungsforschung und Pädagogik, in: U. Bauer et al. (Hg.), Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden
- 2017: Demokratie, Kapitalismus, Soziale Gerechtigkeit. Gesellschaftliche und politische Perspektiven heute, in: neue praxis 47 (6)
- Theunissen, M. 1974: Krise der Macht. Thesen zur Theorie des dialektischen Widerspruchs, in: Hegel-Jahrbuch
- 1981: Selbstverwirklichung und Allgemeinheit. Zur Kritik des gegenwärtigen Bewusstseins. Berlin
- Thompson, E. P. 1972: The Making of the English Working Class. Harmondsworth
- 1980: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Frankfurt a.M.
- Vester, M. 1970: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Zur Soziologie der Arbeiterbewegung. Frankfurt a.M.

- 1970 a: Solidarisierung als historischer Lernprozess – Zukunftsperspektiven systemverändernder Praxis im neueren Kapitalismus, in: D. Kerbs (Hg.), Die hedonistische Linke. München
- 2013: Warum Marx kein Marxist war, in: R. Braches-Chyrek et al., Bildung, Gesellschaftstheorie und Soziale Arbeit. Festschrift H. Sünker. Opladen/Toronto
- Vester, M. et al. 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.
- Wallerstein, I. et al. 2014: Stirbt der Kapitalismus? Frankfurt a.M.

Heinz Sünker, Bergische Universität Wuppertal, Fachbereich G,
Gaufstraße 20, 42097 Wuppertal
E-Mail: suenker@uni-wuppertal.de

Von ungebrochener Aktualität

8. Auflage

Elmar Altvater
Das Ende des Kapitalismus,
wie wir ihn kennen
Eine radikale Kapitalismuskritik
2018 – 240 Seiten – 14,90 €
ISBN 978-3-89691-627-3

Elmar Altvater baut auf seine Kritik am Kapitalismus auf seiner tiefen Analyse auf und skizziert als Alternative die 'solare und solidarische Gesellschaft'.





Friedhelm Schütte

Subjektivität im Zeitalter der digitalen Maschinerie – Marx revisited

Prolog I – ‘im Schoß der alten Gesellschaft’

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. (...) Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind (...) und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an ihre Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind“ (Marx 1859: 8f).

Wie *Marx* in Vorwort *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* formuliert, ist die subjektive Involviertheit der Menschheit nicht vom objektiven Wandel der Epochen zu trennen.

Die sich etablierende globale Fabrik, befeuert von der janusköpfigen Produktivität der digitalen „Maschinerie“, fordert mithin die Subjektivität heraus und konfrontiert die Weltbilder mit neuen sozialen Anforderungen. Die Konstitution von Subjektivität ist mithin eine objektive Voraussetzung für die Herstellung ‘materieller Produktivkräfte’. Die in *Hegelscher* Tradition fortgeführte und im Wertgesetz eingelagerte Subjekt-Objekt-Dialektik, diskutiert die „Widersprüche des materiellen Lebens“ (ebd.: 9) im Kontext von Kapital und Arbeit. Hoffnung und Utopie, Ausweglosigkeit und Spontanität sind historisch, politisch wie analytisch, dieser Dialektik ausgeliefert. Die Ausblendung des „dialektischen Immanenzzusammenhangs“ von materiellem Leben und „indifferenter Subjektivität“ (Adorno 1982: 145, 144) mündet in Absentismus, Messianismus, nackten Individualismus und, ausgestattet mit Macht, in Terror.¹

¹ Die Frage der „Identität“ ist damit u.a. angesprochen. Erkenntnistheoretisch wird damit argumentiert, „daß Subjekt und Objekt, wie auch immer vermittelt, zusammenfallen“ (Adorno 1982: 145).

Die interkontinentale Herstellung einer digitalen Maschinerie stellt einerseits die Form der (Güter-)Produktion auf eine bislang technologisch unbekannte Basis, andererseits die Bildung von Subjektivität in Frage. Die Produktion von und die Verfügung über Subjektivität zählen noch immer zur zentralen Ressource gesellschaftlicher Dynamik – in den Ländern des Nordens gleichwie des Südens. Das von *Marx* in den Grundrissen postulierte Diktum des Zusammenhangs gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion ist nicht nur eine erkenntnistheoretische Umdeutung *Hegelscher* Philosophie, sondern *der* zentrale Baustein *Marx'scher* Gesellschaftstheorie. Gesellschaftliche Umwälzungen in kleinen und großen Formaten sind nur dialektisch und jenseits eines vordergründigen Objektivismus zu deuten.

„Die Produktion produziert nicht nur einen Gegenstand für das Subjekt, sondern auch ein Subjekt für den Gegenstand“ (Grundrisse [GR]: 594).

Diese theoretisch-methodischen Einlassungen zielen folglich nicht nur auf die objektive Welt der Lohnarbeit, m.a.W. auf die globale Güterproduktion allein, sondern *auch* auf „den Zusammenhang der Nationalökonomie mit Staat, Recht, Moral, bürgerlichem Leben.“ (Marx 1844: 467).

Kulturelle Identitäten prägen folglich die kollektiv-nationale Subjektivität eines Gemeinwesens, verleihen jeder Epoche ein historisch-kulturelles Gesicht. Die Sphäre der Reproduktion, einschließlich ihrer Institutionen (Familie, Schule, Verein usw.), bedingt mithin jene der Produktion – und zwar spezifisch in einer historischen Epoche, einem Erdteil, einer Region.

In der Epoche der Digitalisierung der Welt, des Zusammenspiels von Informationstechnologie und Datenökonomie ist der Hinweis auf die der Menschheit eigentümliche Naturdialektik in Erinnerung zu rufen, in der Absicht, die Bildung 'der Welt' als menschliches Resultat von Generationen zu betrachten. „Die Natur baut keine Maschinen, keine Lokomotiven, Eisenbahnen, electric telegraphs, selfacting mules etc. Sie sind Produkte der menschlichen Industrie; natürliches Material verwandelt in Organe des menschlichen Willens über die Natur oder seiner Betätigung in der Natur. *Sie sind von der menschlichen Hand geschaffene Organe des menschlichen Hirns; vergegenständlichte Wissenskraft*“ (GR: 594).

Auf diesem Hintergrund dient im Folgenden das von *Marx* hinterlassene, in einem methodischen „Leitfaden“ skizzierte Forschungsprogramm zur Entzauberung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Folie sowohl die 'digitale Maschinerie' als auch die 'lebendige Arbeit' – m. a. W. die Konstitution von Subjektivität – zu thematisieren.

Unvermeidlich ist deshalb mit dem begonnenen Prolog (I) fortzufahren und Rekurs zu nehmen auf die Marx-Philologie, um die Rezeptionsgeschichte des

Marxismus zwischen 1918 und 1934 einzuholen (Prolog II).² Die Instrumentalisierung der *Marx'schen* Theorie steht im Vordergrund. In den Blick geraten Lesarten des Bolschewismus, Faschismus und die Deformation von *Marx'scher* Dialektik. Ferner sind aktuelle Marx-Rezeptionen zu prüfen, die sich der Frage stellen: Wie konstituieren sich Arbeitsvermögen im Zeitalter der globalen Fabrik unter den Bedingungen 'immaterieller' Güterproduktion (Negt 1996; Gorz 2005; Hardt/Negri 2003, 2018; Pfeifer 2010)?

Die Rezeptionsgeschichte nimmt Einlassungen von *Rosa Luxemburg* (1871–1919), *Georg Lukács* (1885–1971), *Antonio Gramsci* (1891–1937), *Karl Korsch* (1886–1976) und *Max Horkheimer* (1895–1973) zum Anlass, die Instrumentalisierung des *Marx'schen* Denkens einzuholen. Eine einseitige Rezeption und theoretische Leerstelle soll besichtigt werden. Die Vernachlässigung der subjektiven Seite und die theoretische Relevanz der Kategorie 'Klassenbewusstsein' rückt somit ins Zentrum.

Dem *Prolog* (I u. II) folgt der *Erste Akt*. Er konzentriert sich auf das *Marx'sche* Maschinen-Manuskript des ersten Kapitalbandes und diverse Einlassungen aus den Grundrissen. Der *Zweite Akt* thematisiert die digitale 'Maschinerie' – die objektive Seite der globalen Fabrik. Der *Dritte Akt* zielt auf den Arbeitsgegenstand immaterieller Arbeit und die 'Schranke' der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Im *Epilog* wird nach der immanenten Rationalität von Kapital und Arbeit einerseits, nach Alternativen i.S. eines 'Diskurses der Wünsche' (Niko Diemer) andererseits gefragt.

Prolog II – den ganzen Marx lesen

Luxemburgs politisches Statement an die Adresse der Bolschewiki vom Sommer 1918, Demokratie und Spontaneität Raum zu geben, blieb bekanntlich ungehört. „Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen“ (Luxemburg 1922: 116). Und, die Frage der Diktatur des Proletariats beantwortend, fügt sie hinzu: „Aber diese Diktatur besteht in der *Art der Verwendung der Demokratie*, nicht in ihrer *Abschaffung*, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen lässt“ (ebd.: 116f.).

2 Siehe dazu u.a.: Schmidt 1970; Negt 1974; Jaeggi/Honneth 1977.

Luxemburgs Forderung, der „lebendigen Bewegung der Masse“ (ebd.: 103) eine zentrale Bedeutung beizumessen, neben den objektiven revolutionären Gegebenheiten die Erwartungen und Wünsche der Subjekte anzuerkennen, gründet auf der Erkenntnis, dass im ‘Schoß der alten Gesellschaft’ nicht nur die materiellen Bedingungen für die Etablierung der Rätedemokratie gegeben sein müssen, sondern auch die subjektiven Voraussetzungen zu den wesentlichen Tatsachen zählen. Deshalb seien demokratische Verfahren und Institutionen unabdingbar. Deren Beseitigung versiegele vielmehr „den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angebotenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können“ (ebd.: 103). Die sich im ‘materiellen Leben’ der Subjekte spiegelnden Widersprüche und Weltbilder fixiert *Luxemburg* als politische Ressource für eine sich entfaltende sozialistische Politik. Die Perspektive auf die Subjekte der Russischen Revolution war damit gewahrt, aber auch die Anschlussfähigkeit an *Marx’sches* Denken unter Beweis gestellt.

Lukács’ (1981) Kritik an *Luxemburgs* Thesen liefert vordergründig eine Verteidigung bolschewistischer Politik. Sachzwanglogik und Objektivismus prägen die subtile Antikritik. *Lukács* relativiert das „Problem von Freiheit und Demokratie“ mit Verweis auf die globale Bedeutung der Russischen Revolution. Die politische Pointe, die *Luxemburg* mit der „Verteidigung der Freiheitsrechte“ hervorhebt, wird von *Lukács* banalisiert, subjekttheoretisch relativiert. Erst 1967 wird er selbstkritisch einräumen, „die Beziehungen der Theorie zur Praxis, des Subjekts zum Objekt“ völlig vernachlässigt zu haben (ebd.: 20). Ganz offensichtlich verkennt *Lukács* mit seinem „Messianismus“ die Bedeutung demokratischer Öffentlichkeit und die soziale Dynamik von Klassen.

Ganz anders verläuft die Marx-Rezeption von *Gramsci*. Als Mitglied des Exekutivkomités der Komintern und Verfechter einer breiten Bündnispolitik unter Einbeziehung aller sozialen Schichten Italiens, insbesondere der Kleinbauern des Südens, konzentriert sich *Gramscis* Marx-Engels-Rezeption – u.a. in Abgrenzung zur Politik der Bolschewiki³ – auf die subjektiven Aspekte der Klassenfrage. *Gramsci* war nicht nur von einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit überzeugt, sondern vor allem an der Eroberung des Staates durch eine flexible Bündnispolitik interessiert. ‘In keinem [europäischen, F.S.] Land ist das Proletariat in der Lage, allein die Macht zu erobern und aus eigener Kraft zu behaupten. Es muß sich also Verbündete schaffen’ (Gramsci 1967: 29ff.). Vor allem *Gramscis* Theorie des Stellungs- und Bewegungskrieges, die die Frage der Hegemonie ins

3 Insbesondere *Nikolai Bucharins* Studie *Theorie des Historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch*, Hamburg 1921, kritisiert *Gramsci* scharf.

politische Zentrum rückt, offenbart seine Lesart der Subjekt-Objekt-Dialektik „Es ist absurd zu behaupten, daß es keinen Unterschied zwischen einer demokratischen und einer reaktionären Situation gäbe, ja daß es in einer demokratischen Situation schwieriger sei, die Massen zu gewinnen“ (ebd.: 44).

Mit diesem Statement geht *Gramsci* einerseits auf Distanz zur Strategie der Bolschewiki und deren Kaderpolitik, andererseits fokussiert er die politische Kunst, Hegemonie auf Dauer zu stellen. In den Blick gerät die Analyse politischer Hegemonie, in dessen Zentrum erkenntnis-theoretisch die Subjekt-Objekt-Dialektik, praktisch das Studium des spannungsreichen Verhältnisses von ‘Basis und Überbau’ steht. „Basis und Überbau bilden einen ‘historischen Block’, d.h. das komplexe, widersprüchliche und ungleiche Ganze der Überbauten ist der Reflex der gesamten gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse“ (Gramsci 1967: 163). Diese Marx-Rezeption führt nicht nur indirekt *Luxemburgs* Gedanken weiter, sie leitet zunächst eine Abkehr vom ökonomischen Determinismus der Zweiten Internationale ein und öffnet die Tür für eine Renaissance der Marx-Rezeption. Den ‘historischen Block’ historisch deuten und untersuchen, „als das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die wirklichen Menschen sich bewegen und wirken, als Ensemble objektiver Bedingungen“, so lautete *Gramscis* Credo mit der kulturtheoretischen Analyse des ‘Alltagsverstandes’ im Zentrum (Gramsci 1994: 1241, 1415).

Die von *Korsch* (1886–1976) unmittelbar nach dem russischen Bürgerkrieg formulierte Frage, warum die soziale Revolution⁴ ins Stocken gerät und der „Mißbrauch des Marxismus als ideologische Verschleierung“ die Tagespolitik und die Parteiarbeit sowohl der Komintern als auch der angegliederten Parteien beherrscht, steht in einer Linie mit der Marx-Rezeption von *Luxemburg* und *Gramsci* (Korsch 1974: 253). Sein Beitrag zur *Geschichte der marxistischen Ideologie in Russland* rechnet nicht nur scharf mit dem ‘Aufbau des Sozialismus in einem Lande’ ab, sondern wendet sich vielmehr dem „merkwürdige(n) Schauspiel“ bzw. dem „Prozeß der ideologischen Entartung der marxistischen Theorie“ zu (ebd.: 254). Die „Entartung der ursprünglich revolutionären Theorie von Marx und Engels zu einer förmlichen Staatsreligion“ (ebd.: 256) im Osten, die Umwandlung einer „revolutionären Theorie und Praxis“ zu einer „bloße(n) Ideologie“ (ebd.: 256) im Westen, führt *Korsch* zu einem Marx-Rethinking (Korsch 1975). – *Marx* auf den Marxismus anwenden, so lautet *Korsch*s Credo.

4 Zur sozialen Revolution neuerdings: Aust 2017, 15ff.; klassisch: Geyer 1977, 118ff.

Obschon *Korsch* die objektive Seite gesellschaftlicher Verhältnisse in den Mittelpunkt der Analyse stellt, zielt seine Kritik indirekt auch auf die Ausblendung der subjektiven Bedürfnisse der proletarischen Klasse. Gegen die Vereinfacher des *Marx'* Anspruchs argumentierend, hebt *Korsch* den Kern „materialistischer Dialektik“ hervor (ebd.: 171ff.): „Mit der Änderung dieser geschichtlichen Wirklichkeit und Praxis ändern sich auch die Denkbestimmungen und alle ihre Zusammenhänge“ (ebd.: 177). *Korsch* tritt damit sowohl der theoretischen Erstarrung als auch der Ideologisierung des Marxismus entgegen.

Für die Auseinandersetzung mit den Phänomenen des 'Überbaus' und der „Wiederherstellung“ des „dialektisch-materialistischen Prinzips“ lässt *Korsch* sich von der Frage nach dem „Verhältnis zwischen dem Bewußtsein und dem Gegenstand“ leiten (ebd.: 122). Die Antwort auf die „Verflachung des Marxismus“ (ebd.: 122) lautet: „Terminologisch ist vor allem festzustellen, daß es Marx und Engels nie eingefallen ist, das gesellschaftliche Bewußtsein, den geistigen Lebensprozeß, schlechthin als eine Ideologie zu bezeichnen“ (ebd.: 123). Theoretisch bewegt sich *Korsch* hiermit auf Augenhöhe mit *Luxemburg* und *Gramsci*.

In seiner Studie zur „Ohnmacht der deutschen Arbeiterklasse“ stellt *Horkheimer* am Vorabend des Nationalsozialismus die soziale Geschlossenheit des Proletariats in Frage (Horkheimer 1987: 373ff.). Die homogene Klassenlage, die seit der Russischen Revolution von allen sozialistischen Lagern theoretisch beschworen wird, zweifelt *Horkheimer* mit Hinweisen auf die soziale Dynamik der Weimarer Republik an. Er erkennt eine Spaltung der deutschen 'Arbeiterklasse' aufgrund von Arbeitsteilung und Qualifikation. Mangelnde „Bildungsfähigkeit und Organisierbarkeit“ charakterisiere den Status quo sowie das „Klassenbewußtsein“ (ebd.: 375). Die „Masse ist schwankend“ und den Jugendlichen fehle „bei allem Glauben das Verständnis der Theorie“ (ebd.). Dieser ernüchternden Bilanz fügt *Horkheimer* den Hinweis an, dass der theoretische Absentismus einerseits „den Marxismus ärgerlich als überholten Irrtum abtut“, andererseits einen „geist- und inhaltslosen Buchstaben- und Personenkult“ pflegt (ebd.: 376, 378). Die Ohnmacht der Arbeiterklasse sei folgerichtig das Ergebnis. Der Ausverkauf marxistischer Kategorien, die „formalisiert und akademisch hergerichtet“ werden (ebd.: 377) auf der einen Seite, die Orientierung der Eliten an Tagespolitik auf der anderen, führt *Horkheimer* zur Analyse von Bewusstseinsinformationen. Im Zentrum der Studie⁵ steht ein doppelt konnotierter Ideologiebegriff, der zwischen einem lebensgeschichtlich bedingten Bewusstsein und wissenschaftlich

5 Angeregt durch das Erscheinen der *Deutschen Ideologie* (1928) sowie in Auseinandersetzung mit *Karl Mannheims* Schrift *Ideologie und Utopie* (1929).

angeleiteter Ideologiekritik differenziert (ebd.: 464). Sich des Basis-Überbau-Phänomens theoretisch zu stellen, es als „Differenz von Wahrheit und Schein“ resp. von „Wissenschaft und Ideologie“ zu studieren, gründet das Interesse (ebd.).

Mit *Gramsci* verbindet *Horkheimer*, den „Lebensprozeß des gesellschaftlichen Körpers“, theoretisch zu fassen – die handelnden Subjekte zum Gegenstand von Gesellschaftstheorie zu erklären (Horkheimer 1987: 233). Verstanden als 'interdisziplinärer Marxismus' wird die Subjekt-Objekt-Dialektik neu auf- und eine Erweiterung des Marxismus vorgelegt. Die historischen Aufgaben, so *Horkheimer*, werden von „handelnden Menschen“ formuliert, „eingespannt in geschichtliche Bildungen, die ihre eigene Dynamik haben“ (Horkheimer 1988: 54).

Erster Akt – Marx revisited

„Darwin hat das Interesse auf die Geschichte der natürlichen Technologie gelenkt, d.h. auf die Bildung der Pflanzen- und Tierorgane als Produktionsinstrumente für das Leben der Pflanzen und Tiere. Verdient die *Bildungsgeschichte der produktiven Organe des Gesellschafts-menschen, der materiellen Basis jeder besonderen* Gesellschaftsorganisation, nicht gleiche Aufmerksamkeit“ (MEW 23: 392)? Mit dieser Analogie adressiert *Marx* zum einen die Naturdialektik als 'negative Ontologie' (Schmidt 1978: 74ff.), zum anderen die Konstitution der Menschheitsgeschichte.⁶ *Marx* spricht in diesem Zusammenhang von „Technologie“ als einem zu rekonstruierenden Prozess der Naturaneignung. „Die *Technologie* enthüllt das aktive Verhalten des Menschen zur Natur, *den unmittelbaren Produktionsprozeß seines Lebens*, damit *auch* seine gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen entquellenden *geistigen Vorstellungen*“ (MEW 23: 392; Hervorhg. F.S.). Der Stoffwechsel mit der Natur produziert sowohl Güter als auch individuelles Bewusstsein, Subjektivität. „Die Arbeit produziert nicht nur Waren; sie produziert sich selbst und den Arbeiter als eine Ware, und zwar in dem Verhältnis, in welchem sie überhaupt Waren produziert“ (Marx 1844: 511). Die Aneignung der äußeren Natur ist folglich ein doppelseitiger Bildungsprozess: Waren- und Bewusstseinsproduktion zugleich.

Durch die Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses, „die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in *nur gemeinsam* verwendbare Arbeitsmittel, *die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel* kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die *Verschlingung*

6 Zur Marx' Darwin-Rezeption neuerdings: Jones 2018. Zu Marx' Vita und Werk: Korsch 1967; Schmidt 1976, 1978a; Negt 1996; neuerdings: Jones 2017.

aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes“, endet der kapitalistische Akkumulationsprozess in einer „Vergesellschaftung der Arbeit“ (MEW 23: 790; Hervorhg. F.S.).

Die Vereinnahmung der lebendigen Arbeit durch die ‘Maschinerie’ ist sowohl Ausdruck von Kapitalakkumulation und Marktkonzentration als auch vergesellschafteter Arbeit. „Im Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommen, durchläuft das Arbeitsmittel aber verschiedene Metamorphosen, deren letzte die Maschine ist oder vielmehr ein *automatisches System der Maschinerie* (...) in Bewegung gesetzt durch einen Automaten, bewegende Kraft, die sich selbst bewegt; dieser Automat bestehend aus zahlreichen mechanischen und intellektuellen Organen, so daß die Arbeiter selbst nur *bewußte Glieder* desselben bestimmt sind“ (GR: 584; Hervorhg. F.S.). Mit der Subsumption des menschlichen Arbeitsvermögens unter das Kapital erscheint das angehäufte Wissen der Menschheit als Abstraktion. Das Wissen, unabhängig vom konkreten Inhalt, ist einerseits Voraussetzung für die Produktion, andererseits individuell beliebig und nur in seiner Konkretion von Interesse. „Das Wissen erscheint in der Maschinerie als Fremdes außer ihm; und die lebendige Arbeit subsumiert unter die selbständig wirkende vergegenständlichte [Arbeit, F.S.]. Der Arbeiter erscheint als überflüssig, soweit seine Aktion nicht bedingt ist durch das Bedürfnis [des Kapitals, F.S.]“ (GR: 586).

Der technologische Stand der Produktivkräfte prägt mithin die Form der Arbeit und das individuelle Arbeitsvermögen. „Die Akkumulation des Wissens und des Geschicks, der allgemeinen Produktivkräfte des gesellschaftlichen Hirns, ist so der Arbeit gegenüber absorbiert in dem Kapital und erscheint daher als Eigenschaft des Kapitals (...) soweit es als eigentliches Produktionsmittel in den Produktionsprozess eintritt. Die *Maschinerie* erscheint also als die adäquateste Form des *capital fixe* und das *capital fixe*, soweit das Kapital in seiner Beziehung auf sich selbst betrachtet wird, als die *adäquateste Form des Kapitals überhaupt*“ (GR: 586). – M.a.W.: Was vormals Subjekt des Arbeitsprozesses war, verwandelt sich, wird Objekt: „In der *Maschinerie* tritt die vergegenständlichte Arbeit der lebendigen Arbeit im Arbeitsprozeß selbst als die sie beherrschende Macht gegenüber, die das Kapital als Aneignung der lebendigen Arbeit seiner Form nach ist. Das Aufnehmen des Arbeitsprozesses als bloßes Moment des Verwertungsprozesses des Kapitals ist auch der stofflichen Seite nach gesetzt durch die *Verwandlung des Arbeitsmittels in Maschinerie* (Hervorhg. F.S.) und der lebendigen Arbeit in bloßes lebendiges Zubehör dieser Maschinerie; als Mittel ihrer Aktion“ (GR: 585). Individuelles Arbeitsvermögen ist demnach nicht nur substantieller Bestandteil der globalen ‘Fabrik’, sondern hat tote Arbeit immer zur Voraussetzung. Die immaterielle Arbeit, die Gorz (2005) sowie Hardt und Negri (2018: 172; 2003:

300ff.) als neue Stufe kapitalistischer Ökonomie exponieren, ist davon nicht ausgenommen.

Zweiter Akt – digitale Aufrüstung der Welt

Die digitale Vermessung der Welt nimmt Fahrt auf. An den Kontenpunkten der digitalen Ökonomie kann die zukünftige Welt bereits bestaunt werden. Roboter und die datenanalytisch agierenden Bots sind weltweit bereits Realität. „Who owns the robots rules the world“, formuliert der Harvard-Ökonom R. B. Freeman und spricht von einem neuen Feudalismus (<https://wol.iza.org/search/6.8.2015>). Vergleichsweise neu an der Datenökonomie ist die stille Finanzierung des Projekts durch die Konsumenten. Die großen Player (Apple, Microsoft, Alphabet, Instagram, Amazon, Myspace, Facebook u.a.) nutzen die Informationssucht und die persönliche Daten-Generierung der User zur Implementierung einer Datentopographie im Privatbereich – und der Arbeitswelt bescheinigen die britischen Ökonomen Frey und Osborne (2013) einen massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen.⁷ Durch die Etablierung der globalen Fabrik wird in den kommenden zwei Dekaden nicht nur die klassische (technische) Fach- und die (kaufmännische) Sacharbeit obsolet, sondern auch 50% der aktuellen Programmierstätigkeit (Schütte 2018). Bullshit-Jobs der vermeintlich kreativen ‘Fach- und Sacharbeiter’ (Berater, Coaches, Lobbyisten, Unternehmensanwält*innen) lassen das neue Gesicht der Arbeitswelt erkennen (Graeber 2018). Auf der anderen Seite hocken gestresste Funktionselemente (z.B. Systemadministrator*innen usw.), Netz-Junkies und hochdekorierte Sicherheitsexpert*innen.

Dabei hat mit der Erfindung der Suchmaschine durch Larry Page und Sergey Brin eine rasante technische Ära begonnen, deren Ende vollkommen offen ist (Isaacson 2018: 521ff.). Das PageRanking der Erfinder ermöglicht eine Hierarchisierung der Daten bei der Suche nach Informationen mit der Konsequenz, dass das Suchergebnis mit der Bedeutung der gewählten Seiten korrespondiert und dessen Relevanz unter Ausblendung des inhaltlichen Kontextes festlegt. Datenanalytische Prognosetechnik führt zum Ergebnis. Die Herstellung von Wissen und die Verbreitung von Informationen erreichen ein gänzlich neues Niveau – unabhängig vom Ort. Die digitale Maschinerie kennt weder Grenzen, folglich auch keine Nationalstaaten, noch eine bürgerliche Privatsphäre (Boyd

7 Zum Vergleich BRD und USA auf der empirischen Basis von Frey & Osborne: BMAS 2015.

2018; Zuboff 2018). Die Totalität der Technologie und der Schwarmgeist der User befeuern die Lebensart.

Die Info-Tec-Giganten erzielen nicht nur astronomische Gewinne, sie generieren weltweit auch neue Märkte. Google allein bspw. beantwortet täglich rund 5,5 Mrd. Anfragen und erzielte 2017 über 12 Mrd. US-Dollar Gewinn mit der Muttergesellschaft Alphabet. Apple hat derzeit einen Börsenwert von einer Billionen US-Dollar erreicht. Bis 2025 soll das Big-Data-Volumen weltweit auf die unvorstellbare Zahl von rund 163 Zettabyte (10^{21}) ansteigen. Auf Youtube werden derzeit pro Minute 400 Stunden Videomaterial hochgeladen. *Shenzhen*, im Süden Chinas, ist der Prototyp von Stadtentwicklung weltweit. Auf Basis von Big Data, KI und Start-up-Unternehmen werden neue Tec-Märkte erschlossen und Absolvent*innen von renommierten Universitäten aus China und den USA angelockt.⁸

Die Marktkonzentration geht einher mit einer gigantischen Datensammlung in den Händen weniger (Zuboff 2018, S. 219ff.). Google, Amazon, Facebook u.a. herrschen über einen 'Schatz', der ironischer Weise von den Nutzern rund um die Uhr in Ost und West, Süd und Nord aufgefüllt wird. Die Nutzer sind zwar Produzenten, jedoch nicht Eigner ihre individuellen Daten.

Ob Geldanlage via „Robo-Advisors“, die Fertigung von Autozubehörteilen, ob Parkplatzsuche oder das Ranking wissenschaftlicher Forschung – immer arbeiten Algorithmen an einer Lösung. Für jede technische Herausforderung (u.a. Applikationen) ist ein guter Algorithmus erforderlich. „Die Analytische Maschine hingegen ist nicht nur in der Lage, die Ergebnisse einer einzelnen speziellen [mathematischen, F.S.] Funktion zu errechnen, sondern vermag jede beliebige Funktion zu entwickeln und zu tabellieren“ (Isaacson 2018: 44). Was einst für die Nautik und für Webautomaten wichtig war, Rechenoperationen in beliebigen Umfang unabhängig vom Gegenstand durchzuführen, ist heute in Form von Computerprogrammen in alle gesellschaftlichen Sphären eingedrungen. Die objektive Welt belagert engmaschig die subjektive.

Risiken dieser 'brave new world' und deren Auswirkungen auf Produktion, Konsumtion und Nähe-Beziehungen sind damit adressiert. Der Komplex Cambridge Analytica vom Frühjahr 2018, in dessen Zentrum umfangreiche Wahlmanipulationen in den USA standen, wirft grundsätzliche Fragen nach Sicherheit, Öffentlichkeit und Privatheit auf.⁹ Handeln in Unsicherheit ist fraglos

8 Zur KI-Politik der Bundesregierung neuerdings: „Eckpunkte der Bundesregierung für eine Strategie Künstliche Intelligenz vom 18.7.2018: www.bmwi.de.

9 Die neue „Datenschutz-Grundverordnung“ der EU und deren Allg. Geschäftsbedingungen (AGB) vom 25. Mai 2018 sind ein Spiegelbild der objektiven Verhältnisse

ein, wenn nicht das Signum der Zeit. Das Vertrauen erodiert – die Lage wird komplexer, unübersichtlicher. Unsicherheiten prägen in dem Maße den Alltag, wie Datenökonomie und Informationstechnologie das Leben determinieren und datenanalytische Prognosetechniken (Modelle) die Welt 'interpretieren'. Obwohl Sicherheitstechnik und die angewandte Kryptografie stetig neue Produkte auf den Markt bringen und neue Gewinnmargen mit den 'Sicherheitslücken' generieren, werden die Kosten digitaler Sicherheit via Umlage finanziert. Die (All-)Macht der Algorithmen kennt weder Tabus noch juristische Grenzen bei der Produktion und Akkumulation von Daten. Durch digitale Manipulation via Ausspähung und Fehlmeldungen lassen sich Konkurrenten sowie private Haushalte systematisch in die Irre führen (Beck/Stützle 2018; Boyd 2018).

Die digitale Maschinerie produziert nicht nur Unsicherheit im öffentlichen Raum via Fake news und technologische Intransparenz, sie treibt die Entfremdung auf ein bislang nicht gekanntes menschliches Niveau. Was *Marx* ehemals der Lohnarbeit zugeordnet, trifft heute die Sphäre der sozialen Reproduktion ebenfalls. Konsum wird zu einer Chimäre. Der beliebige Umgang mit Daten produziert einen Mythos, der zum einen die Macht der toten Arbeit über die lebendige demonstriert resp. verschleiert, zum anderen der Konstitution von Subjektivität neue Grenzen zieht. Die datenanalytische Egalisierung materieller und immaterieller Güter einerseits, die Totalität der digitalen Maschinerie andererseits, stellt die kapitalistische Produktionsweise epochal in Frage und führt die Subjektkonstitution in eine Sackgasse. Privatleben und Erwerbsarbeit werden technisch verbunden und instrumentalisiert. Das Zusammenspiel von Entfremdung und Entgrenzung befördert unmittelbar Unsicherheit, die an den tragenden Säulen der bürgerlichen Gesellschaft nagt (Böhle/Wehrich 2009; Baecker 2018). Die digitale Maschinerie verlässt mithin die ortsgebundene 'Fabrik' und greift nach der Privatsphäre. Individualität wird somit zur neuen Produktivkraft, die weltweit als lebendiger Rohstoff mit unterschiedlichen Mitteln auf disparaten Wegen medial auf allen Kanälen mobil macht. Die Produktionsmittel der globalen Fabrik liefert die mathematisch aufgerüstete Informationstechnologie.

Dritter Akt – immaterielle Arbeit und die Schranke der Arbeitsteilung

Die digitale Maschinerie rückt die Kontinente ökonomisch aneinander, vermengt Kulturen, Lebensweisen und trainiert die Menschheit zur Leistungsbereitschaft

und subjektiven Befindlichkeiten, die „Transparenz“ verspricht, für das Sammeln von Daten jedoch keine einheitlichen Richtlinien formuliert.

und Konsumfreude. Die alte, westlich geprägte Welt verliert nicht nur ihr (uns) vertrautes, bürgerliches Gesicht, die herrschenden Produktivkräfte liefern gleichzeitig die materiellen und ideellen Bedingungen für eine humane Produktion und Konsumtion weltweit. Die Ausdifferenzierung beruflicher Tätigkeiten und deren schrittweise Verlagerung in die Privatsphäre hat eine historische Hausse erreicht, die mit der Digitalisierung des Produktions- und Reproduktionssektors neue Formen der Integration von 'Arbeit' und 'Leben' gebiert. Crowdsourcing, Co-Working, Start-ups und das Einwerben von Risikokapital eröffnen den Blick auf eine neue 'Lebenswelt', geprägt von wechselnden Tätigkeiten, Arbeitsorten, Unsicherheiten und beispielloser Entgrenzung des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit (Hoffmann/Bogedan 2015). Die klassische Schranke der Arbeitsteilung wird hiermit einerseits aufgehoben, indem eine Entmischung der Sphären mit all ihren negativen Begleiterscheinungen erfolgt, andererseits erfahren die Formen der 'grenzenlosen' Zusammenarbeit neue Freiheiten. Durch die Delegation manueller Tätigkeiten an Roboter erlangen 'geistige' Tätigkeit, Kommunikation und Wissensakkumulation einen neuen, universellen Charakter. Individualität und geistige Flexibilität werden zur zentralen Ressource des Kapitals und anfällig für Manipulationen sowie Widerstand aller Art.

Obschon der „Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel“ (MEW 23: 742) im „digitalen Kapitalismus“ (Gorz 2005: 85ff.) keineswegs aufgehoben ist, eröffnet die immaterielle Arbeit auf der Basis von Datenökonomie und Informationstechnologie neben einer formalen Höherqualifizierung eine qualitativ neue Stufe der Arbeitssouveränität. Sie hat u.a. die Einbeziehung menschlicher Einzigartigkeit zur Voraussetzung. Der aktuelle Diskurs um Kreativität – egal ob sie menschliches Thema ist oder im Kontext von KI adressiert wird – lässt die Relevanz der Ressource Individualität im Verhältnis von Kapital und Arbeit erkennen. Die Produktion immaterieller Güter wie bspw. Algorithmen, bildgebende Verfahren, Börsenindexe, Shows usf. basiert nachgerade auf der Ausbeutung von Subjektivität (Hardt/Negri 2018: 172).

Jede Art immaterieller Arbeit ist rückgebunden an vorangegangene Arbeit, ist Resultat vormals herrschender gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Die Rücknahme der Arbeitsteilung ist insofern eine notwendige Bedingung für die Konstitution von Subjektivität auf neuer gesellschaftlicher Basis. Lebendige Arbeit setzt Gestaltungsfreiheit ebenso voraus wie soziale Orte der Erprobung. „Lebendiges Wissen ist vor allem eine praktische Fähigkeit, ein Können, das nicht zwangsläufig formalisierbare und systematisch erfassbare Kenntnisse beinhaltet“ (Gorz 2005: 41). Die Form der Arbeit, der Prozess an sich, ist wesentlich sowohl für die Eröffnung neuer Perspektiven als auch für neue Restriktionen. Die digitale

Maschinerie fordert Individualität als Rohstoff und schafft hinter dem Rücken der Subjekte fraglos neue Abhängigkeiten. Die Möglichkeiten zur 'Selbstproduktion', die qualitative Substanz des Arbeitsprozesses, d.h. die individuelle Verfügung über Zeit und Raum entscheidet zukünftig darüber, „daß Arbeit und wirkliches Leben identisch“ werden (Negt/Kluge 1981: 106). Lebendiges Wissen resp. 'lebendige Arbeit', eingelagert im 'Alltagsverstand' und verwaltet als kulturelles Erbe kann der digitalen Fabrik neue Seiten abgewinnen und neue hinzufügen (Gorz 2005: 79ff.; Hardt/Negri 2018: 172f.). Die individuelle Erfahrung weltweiter Produktion und Kooperation holt die verdrängte Naturdialektik ins Bewusstsein der Menschheit zurück und rückt das Ganze der Weltgemeinschaft in den Vordergrund. Produktion und Reproduktion bilden eine unhintergehbare Totalität.

„Die Produktion im Allgemeinen ist eine Abstraktion“ – sie hält den Gedanken fest, dass „das Subjekt, die Menschheit, und das Objekt, die Natur' dieselben“ sind, die historische Organisation der Gesellschaft hingegen „wesentliche Verschiedenheit“ aufweist (GR: 7). Marx folgert deshalb: „Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setzt eine *sehr entwickelte Totalität* wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die alles beherrschende ist“ (GR: 25; Hervorhg. F.S.). – Die digitale Maschinerie verpasst den 'Berufen', Jobs etc., bezahlter und unbezahlter Arbeit, ein neues Gesicht. In der Egalität der 'digitalen' Arbeit scheint nicht nur eine bizarre Gleichgültigkeit gegenüber der Warenproduktion durch, sondern auch die Option ganzheitlicher Kooperation. Die Produktion von Subjektivität lebt nachgerade von einer Überwindung der vielfältigen Formen der Arbeitsteilung und insofern der historischen Trennung von Arbeits- und Lebenswelt.

„Die Hauptproduktivkraft Wissen ist ein Produkt, das größtenteils aus einer kollektiven, unbezahlten Aktivität hervorgeht, nämlich der 'Selbstproduktion' und 'Produktion von Subjektivität'. Es ist zu großen Teilen 'allgemeine Intelligenz', Alltagskultur, lebendiges und gelebtes Wissen. Es hat keinen Tauschwert“ (Gorz 2005: 48). Die immaterielle Arbeit ist allerdings nur eine Variante, eine neue Form vorangegangener materieller Arbeit. Und insofern markiert der „kognitive Kapitalismus“ mit seinen neuen Produktionsmitteln nicht „die Krise“ des Kapitalismus (ebd.: 57), sondern nur eine weitere Episode im Verhältnis von Arbeit und Kapital. Nicht das (technologische) Wissen, m.a.W. tote Arbeit, treibt die digitale Maschinerie an und etabliert die globale Fabrik, vielmehr ist es die lebendige Arbeitskraft die das Produktionsverhältnis prägt.

Epilog – ‘Diskurs der Wünsche’

Der ungeheure Überhang von Objektivität liefert einerseits dem Populismus in unterschiedlichen Varianten einen ideologischen Nährboden (s. Heft 147), andererseits – theoretisch – lenkt er den Blick auf die „immanente Rationalität“ der (Welt-)Gesellschaft, m.a.W. auf die „Irrationalität des Ganzen“ (Adorno 2011: 197ff.). Fällt die bürgerliche Gesellschaft hinter ihre eigene Rationalität zurück, dessen Zerfall und Erosion augenscheinlich ist, dann brechen nicht nur ganze ‘Kulturen’ nebst ‘Nationen’ und etablierte ‘Sozialstaaten’ zusammen, sondern auch die Ideen von Hospitalität, Solidarität und Egalität verkommen zu einer instrumentellen Chimäre. Sie zielen auf merkantile Aufmerksamkeit, nicht auf formlose Anerkennung von Subjektivität. Die „Krise der Theoriebildung“ (ebd.: 200) – einschließlich der marxistischen – erweist sich als Spiegelbild eines blühenden Neoliberalismus, eines ‘kognitiven Kapitalismus’ – der Wirkungsmacht der globalen Fabrik.

Die Erosion der europäischen Gesellschaft schleift nicht nur deren Institutionen und ideologischen Tempel, sie zeigt auch auf die kategoriale Schwäche des theoretischen Arsenal. Rationalität im Irrationalen aufspüren nötigt einen geistigen Kraftakt – erfordert kollektive Anstrengung und belastbare Interaktion resp. Kommunikationsverhältnisse. Der Gebrauchswert von Wissen (nicht Information!), nicht dessen Tauschwert ist zu prüfen, anzuwenden und zu kommunizieren. Der gängige Nominalismus resp. Positivismus, wie ihn derzeit bspw. die Wirtschaftswissenschaften und die Psychologie pflegen, verschattet die notwendige Begriffsarbeit und damit die Differenz von Begriff und Gegenstand. Nur diese Differenzierung erlaubt die in Begriffe eingewanderte Ideologie als historische, ideologische aufzudecken, m.a.W. die begriffliche Fassade zu hinterfragen, und zum Kern des Phänomens vorzudringen.

Das hat eine „gewisse Souveränität und Unabhängigkeit“ (ebd.: 213) im Denken zur Voraussetzung, impliziert Kooperation, aber auch eine „Treue“ zu den Fakten und ein „Mißtrauen gegenüber dem abstrakten, den Dingen bloß vorgeordneten und fragwürdigen Begriff“ (ebd.: 213). Daraus folgt nachgerade, „sich eine gewisse Freiheit des Gedankens zu erhalten“ (ebd.: 216) und einen „Diskurs der Wünsche“ (Niko Diemer) in die globale Arena einzubringen. Verstanden als Prozess ist hier die Nutzung sowohl aller subjektiven Ressourcen als auch objektiv vorhandener Produktionsmittel – einschließlich digitaler Tools – Thema und nicht die „Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen“ (Diemer).

Utopisches Denken sowie das Formulieren von Alternativen stoßen naturgemäß auf Grenzen – verschieben diese aber auch zwangsläufig! Die subjektiven und

objektiven Differenzen produktiver Arbeit gleich welcher Art sind offensichtlich, sie korrespondieren mit den eingesetzten Produktionsmitteln. Als „Wertquelle“ des Kapitals (MEW 23: 203) wird die konkrete Differenz der Tätigkeit unsichtbar, Arbeit vom Kapital angeeignet. Sie ist folglich „eins seiner Momente geworden, die nun als befruchtende Lebendigkeit auf seine nur daseiende und daher tote Gegenständlichkeit wirkt“ (GR: 205). Die ‘Lebendigkeit’ produktiver Arbeit sowie die individuellen Arbeitsvermögen stellen mithin die materiellen Ressourcen sowohl für eine alternative Vergesellschaftung als auch für die Wiedergewinnung der Arbeit als „nicht-vergegenständlichte, also ungegenständliche, i.e. subjektive Existenz der Arbeit selbst“ (GR: 203). Das stellt die konstituierte Arbeitsteilung zwischen Kontinenten, Nationen sowie Geschlechtern bzw. die Vergesellschaftung von Arbeit radikal in Frage und die immanente Rationalität von Arbeitsvermögen ins Zentrum der Theoriebildung.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1982: Negative Dialektik. 3. Aufl. Frankfurt a.M.
 – 2011: Philosophie und Soziologie. Nachgelassene Schriften Abt. IV, Vorlesungen, Bd. 6. Berlin
- Aust, Martin 2017: Die russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium. München
- Baecker, Dirk 2018: 4.0 oder die Lücke die der Rechner lässt. Leipzig
- BMAS 2015: Übertragung der Studie von Frey/Osborne auf Deutschland – Endbericht. Berlin
- Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.) 2018: Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump und Co. verstehen. Berlin
- Böhle, Fritz/Wehrich, Margit (Hrsg.) 2009: Handeln unter Unsicherheit. Wiesbaden
- Boyd, Danah 2018: Die Macht der Algorithmen. Teil I u. II. In: Blätter 63. Jg. H. 8, 80-90, H. 9, 113-120
- Flechtheim, Ossip K. 1991: Vergangenheit im Zeugenstand der Zukunft 1937–1974. Berlin
- Frey, C./Osborne, M.A. 2013: The Future of Employment. How Susceptible are Jobs to Computerization? Oxford/GB
- Geyer, Dietrich 1977: Die Russische Revolution. Göttingen
- Gorz, André 2005: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Zürich
- Graeber, David 2018: Bullshit-Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit. Stuttgart
- Gramsci, Antonio 1967: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hrsg. v. Christian Riechers. Frankfurt a.M.
 – 1992: Briefe 1908–1926. Eine Auswahl. Hrsg. v. Antonio A. Santucci. Wien/Zürich

- 1994: Gefängnishefte Bd. 6. Hamburg
- Hardt, Michael/Negri, Antonio 2003: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt a.M.
- 2018: Assembly. Die neue demokratische Ordnung. Frankfurt a.M.
- Hoffmann, Reiner/Bogedan, Claudia (Hrsg.) 2015: Arbeit der Zukunft. Frankfurt a.M.
- Horkheimer Max 1937: Traditionelle und kritische Theorie. In: Ders.: Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze. Frankfurt a.M. 1984, 12-56
- 1987: Dämmerung. Notizen in Deutschland. In: Ders. Gesammelte Schriften. Bd. 2: Philosophische Frühschriften 1922–1932. Frankfurt a.M., 312-453
- 1988: Geschichte und Psychologie. In: Ders. Gesammelte Schriften. Bd. 3. Frankfurt a.M., 48-69
- Isaacson, Walter (2018): The Innovators. München
- Jaeggi, Urs/Honneth, Axel (Hrsg.) 1977: Theorien des Historischen Materialismus. Frankfurt a.M.
- Jones, Gareth 2017: Karl Marx. Die Biographie. Frankfurt a.M.
- 2018: History and Nature: Marx, Engels and Darwin. In: SLR 41. Jg. H. 76, 85-94
- Korsch Karl 1967: Karl Marx. Frankfurt a.M./Wien
- 1974: Politische Texte, hrsg. von E. Gerlach und J. Seifert. Frankfurt M./Köln
- 1975: Marxismus und Philosophie. 6. Aufl. Frankfurt a.M./Köln
- Lukács, Georg 1981: Kritische Bemerkungen über Rosa Luxemburgs 'Kritik der russischen Revolution'. In: Ders.: Geschichte und Klassenbewußtsein. 7. Aufl. Darmstadt/Neuwied, 422-451
- Luxemburg, Rosa 1922: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. (Aus dem Nachlass) Mit einem Vorwort von Paul Levi. o.O. [Berlin]
- 1975: Politische Schriften III, hrsg. und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim. Frankfurt a.M.
- Marx, Karl 1844: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844 (Pariser Manuskripte). MEW Ergänzungsband. Berlin 1981, 465-588
- 1857/1958: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie – Rohentwurf. Berlin 1974
- 1859: Zur Kritik der Politischen Ökonomie – Vorwort. MEW Bd. 13. Berlin 1978, 7-11
- 1869: Das Kapital. Erster Band. MEW Bd. 23. Berlin 1977
- 1867: Instruktionen für die Delegierten des provisorischen Zentralrats. MEW Bd. 16. Berlin 1975, 190-199
- Marx, Karl/Engels, Friedrich 1845/46: Die deutsche Ideologie. MEW Bd. 3. Berlin 1978, 9-77
- Moldaschl, Manfred/Stehr, Nico (Hrsg.) 2010: Wissensökonomie und Innovation. Beiträge zur Ökonomie der Wissensgesellschaft. Marburg
- Negt, Oskar 1974: 50 Jahre Institut für Sozialforschung – eine Rede. In: Kluge, Alexander/Negt, Oskar: Kritische Theorie und Marxismus. Radikalität ist keine Sache des Willens, sondern der Erfahrung. s'Gravenhage/NL, 115-129
- 1996: Marx. München

- Negt, Oskar/Kluge, Alexander 1981: Geschichte und Eigensinn. Frankfurt a.M.
- Pfeifer, Sabine 2010: Wissen, Information und lebendige Arbeit in der Wissensökonomie. In: Moldaschl/Stehr, 614-642
- Schmidt, Alfred (Hrsg.) 1970: Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie. 2. Aufl. Frankfurt a.M.
- 1976: Rekurs auf Marx und Engels – Einheit und Differenz historischen Erkennens in Geschichtswissenschaft und politischer Ökonomie. In: Ders. Die Kritische Theorie als Geschichtsphilosophie. München, 62-65
- 1978: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. 3. Aufl. Frankfurt a.M.
- 1978a: Geschichte und Struktur. Fragen einer marxistischen Historik. Frankfurt a.M./Berlin
- Schütte, Friedhelm 2018: „Digitale Fabrik“ – Konsequenzen für die Lehrkräftebildung. Vortrag, 14. Juni 2018 im Rahmen der Berliner GEW-Fachtagung „Digitalisierung – Arbeit 4.0“
- Zuboff, Shoshana 2018: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt a.M.

*Friedhelm Schütte, Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre (IBBA) FG,
TU Berlin, Marchstr. 23, 10587 Berlin
E-Mail: friedhelm.schuette@tu-berlin.de*

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

2., korrigierte und erweiterte Auflage

Hans-Günter Thien Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland

2018 – 235 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-782-9

Liest man die Texte, wird deutlich, wie sehr die Fragen, die aktuell in der Debatte um »neue Klassenpolitik« versucht werden zu beantworten, auch schon zu anderen Zeit die Diskussion um den Begriff, seine Rolle als analytische Kategorie, die damit (oder gerade nicht) zusammenhängenden Politiken geprägt haben.

Tom Strohschneider – oxiblog





Silvia Kontos

Herrschaftsverhältnisse: Zusammenhänge von Klassenherrschaft, Sexismus, Rassismus¹

1.

Der Bezug der nach 1968 entstandenen Frauenbewegung auf die marxistische Theorie war zunächst in erster Linie der einer politischen Kritik, denn die Wiederentdeckung der Marxschen Theorie in Folge der studentischen Protestbewegung kam zunächst vergleichsweise orthodox daher, eben als 'Wiederaneignung'. In einem solchen Szenario hatten die 'überschüssigen' Elemente der Studentenbewegung, die Revolutionierung des Alltags, der Geschlechterverhältnisse und Versuche einer politischen Praxis, die einen unverstellten Zugang zu den veränderten Klassenverhältnissen suchten, wenig Raum.

Das Problem der politischen Re-Traditionalisierung linker Politik nach „68“ war auch nicht, dass die neuen Themen gänzlich wieder verschwunden wären, sondern dass mit der 'Wiederaneignung der Theorie' auch ein Gutteil der alten politischen Konzepte wieder aufgeköchelt wurde – von den diversen Parteigründungen bis zum Straßenkampf – in denen eine romantisierte Sicht auf die Klassenkämpfe der 1920er und 1930er Jahre zutage trat. Diese gingen an den neuen politischen Problemstellungen und Krisentendenzen vorbei, denn dem Zerfall der Volksparteien, Gewerkschaften und des traditionellen linken Milieus war nicht mit neuen Parteigründungen beizukommen, sondern eher mit der Entwicklung einer Politik, die der neu entstandenen Vielfalt und Widersprüchlichkeit Raum gibt.

Die neue Frauenbewegung hat sich dieser Re-Traditionalisierung linker Politik aus vier Gründen entzogen:

Sie begann bekanntlich als antiautoritärer Aufstand gegen die führenden 'Genossen', und zwar nicht nur gegen deren Macho- und Imponiergehabe und die

¹ Beitrag zum Panel: „Herrschaftsverhältnisse: Zusammenhänge von Klassenherrschaft, Sexismus, Rassismus“ bei der Tagung „Marx in Hessen“ 21./22. April 2018

informellen Hierarchien der Studentenbewegung, sondern auch schon gegen die latente Abwertung der Frauenthemen aus dem Reproduktionsbereich (Kinder- versorgung: Helke Sander, Sexualität), die mit der 'Aktualität der Revolution' begründet wurde. Die Atemlosigkeit der damaligen linken Politik ist in den Dutschke-Reden noch gut zu hören.

Der zweite Grund war zumal in Frankfurt der theoretische Hintergrund der kritischen Theorie und der Psychoanalyse, die beide in ihrer Herrschaftskritik Distanz zur Marxschen Theorie, vor allem in ihren ökonomistischen Verkürzungen wahrten und für die feministischen Debatten zwar nicht unmittelbar anschlussfähig waren, aber in ihren Verklärungen und Naturalisierungen zum Fokus einer differenzierten Kritik wurden.

Der dritte Grund war der Politikimport aus den USA, deren politische Szenerie sehr viel weniger durch linke Politiktraditionen geprägt war und deshalb mehr Raum für neue Schwerpunkte bot. Für die entstehende Frauenbewegung war das die Problematisierung der Verhäuslichung und Privatisierung von Frauen im *american way of life* sowie die Politisierung von Themen, die sich unter dem Stichwort 'Körperpolitik' zusammenfassen lassen, einschließlich einer Politik *des* Körpers. Denn sie umfasste auch die Naturalisierung der Geschlechterverhältnisse über den Körper, ein Thema, das die feministische Debatte immer weiter radikalisierte und bis heute beschäftigt.

Der vierte Grund ergibt sich aus den Besonderheiten des Gegenstandsbereichs einer so erweiterten Frauenpolitik, die nicht nur ihre eigenen Grundkategorien in Frage stellt, sondern auch andere Formen von Politik einfordert, die den traditionellen Formen der Artikulation und Repräsentation, und erst recht einer Re-Traditionalisierung von Politik im Sinne der 1920er Jahre entgegenstanden. Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

2.

Diese Resistenz schlug sich dann auch in der Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie nieder als vielfältige und auch sehr disparate Versuche, Problemen der Reproduktion in einer linken Gesellschaftstheorie stärkeres Gewicht zu verleihen und Reproduktion nicht auf die Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu reduzieren, sondern sie auf gesellschaftliche Reproduktion in weitem Sinne zu beziehen.

Für diese Versuche finden sich gerade in Frankfurt zahlreiche Beispiele: etwa die Studien am Institut für Sozialforschung (IfS) zur Frauenerwerbsarbeit (Christel Eckart, Ursula Jaerisch, Helgard Kramer, Karin Walser), auch Ulrike Prokops Formulierung eines 'weiblichen Lebenszusammenhangs', oder – die nach Hanno-

ver ausgewanderten mitgezählt: die These von der doppelten Vergesellschaftung von Frauen (Regina Becker-Schmidt, Gudrun-Axeli Knapp eingemeindet nach Frankfurt), die Hausarbeitstheorie, und weiter über den Frankfurter Tellerrand hinaus der Münchner Ansatz zum 'weiblichen Arbeitsvermögen', die Bielefelder Analyse der internationalen Arbeitsteilung, die Erweiterung der Sozialstaatsanalyse durch Ilona Ostner/Jensen, um nur einige der älteren Texte zu nennen: alle hoch kontrovers diskutiert, aber immer ging es darum, das Spannungsverhältnis zwischen Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit, als Vereinigung des Unvereinbaren zu thematisieren und diese Erfahrung von Frauen nicht als politische Behinderung sondern als den Reichtum divergenter Erfahrungen zu sehen. Und die Debatte setzte sich fort mit der Rezeption der Hegemonietheorie und des Regulationsansatzes und dem Versuch einer ganzen Generation junger Genderforscherinnen, diese mit den dekonstruktivistischen Debatten zu verknüpfen. Wieder näher an der Reproduktionsarbeit sind die aktuellen Untersuchungen transnationaler Versorgungsketten, oder eben auch das, was heute unter dem Stichwort einer 'Krise der Reproduktion' diskutiert wird. Bei allen theoretischen Differenzen, die sich, soweit ich das sehen kann, vor allem auf den Grad der Eigendynamik der Geschlechterverhältnisse (im weitesten Sinn) gegenüber der des Kapitalismus beziehen, also um dual-system-Theorien einerseits und einem unmittelbaren Bezug der Reproduktionspolitik auf die Verwertung des lebendigen Arbeitsvermögens andererseits und alles dazwischen, geht es letztlich immer noch um dasselbe Problem: Wie kann das Verhältnis von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und anderen heterogenen Herrschaftsverhältnissen so bestimmt werden, dass diese als konstitutive Elemente der gesellschaftlichen Reproduktion gesehen werden können und die heterogene Vielfalt nicht in eine politische Hierarchisierung umgesetzt wird, wie sie von der Metapher Basis/Überbau ebenso evoziert wird wie von der Rede von den vorkapitalistischen oder den nicht-kapitalistischen Verhältnissen im Kapitalismus, die von diesem 'zertrümmert' werden. Das Bestehen der feministischen Ansätze auf dem Eigensinn des Reproduktionsbereichs waren frühe Versuche, sich einen Begriff vom Ineinander des Unvereinbaren zu machen. Und das ist nicht nur ein Problem der feministischen Theorie.

Die Kompromissformel in der marxistischen Debatte, auf dem Verwertungsprozess als 'letzter Instanz' zu bestehen, ist da noch nicht wirklich überzeugend. Auch darin steckt noch eine Hierarchisierung von Kategorien, die sich eher konfligierenden Perspektiven zu stellen hätten. Gesellschaft ist keine Einheit, weder festgezurrert durch die Zwänge der Kapitalverwertung, eines überhistorischen Patriarchats oder eines ubiquitären Rassismus, sondern ein von vielfältigen Konflikten und Bewegungen durchzogenes Feld, für die sich eher so etwas wie

politische *Konjunkturen* ergeben, und zwar aus ihrem Zusammenspiel wie aus ihren Eigenlogiken und nicht zuletzt aus den Schwächen der hegemonialen Konstellation. Die Frauenbewegung nach „68“ ist für solche Konjunkturen ein gutes Beispiel, denn es ging eben nicht nur um Modernisierungsbestrebungen am Ende des Fordismus, sondern *gleichermaßen* um die Emanzipation der Frauen aus der männlichen Patronage in allen ihren Dimensionen *und* immer auch schon um die Kritik an den Subjektbegriffen, die den herrschenden Gesellschaftstheorien ebenso zugrunde lagen wie den politischen Gegenentwürfen.

Im Hinblick auf die Interferenz mit anderen Herrschaftsverhältnissen litt dieser Feminismus der 1970/1980er Jahre zweifellos ebenfalls an blinden Flecken, vor allem hinsichtlich der Klassendimension und der internationalen Verknüpfungen. Die Kritik am weißen, heterosexuellen Mittelschichtfeminismus war ebenso legendär wie berechtigt und die Schwierigkeiten, die verschiedenen Perspektiven und Interventionen zu vereinbaren und zu verallgemeinern, hat nicht wenig zum Abschwung der neuen Frauenbewegung beigetragen, und sie verweisen auf die Grenzen, *aller* Emanzipationsbewegungen und damit auf das Problem einer übergreifenden Perspektive.

Ein solches Gefüge von heterogenen Herrschaftsverhältnissen ist auch mit dem intersektionalen Mantra von Klasse, Rasse und Geschlecht nicht abgedeckt, denn die Reihung lässt das Verhältnis der verschiedenen Dimensionen zueinander und ihre Gewichtung undiskutiert und schließt die Reihe oder setzt sie ins Unendliche fort, während sowohl die Frage der relevanten Dimensionen wie ihr Verhältnis zueinander nach wie vor ungeklärt ist und vielleicht auch prinzipiell offen bleiben sollte.

Die feministische Theorie ist seit den 1970er Jahren einen weiten Weg gegangen. Ihre Dekonstruktion grundlegender Kategorien mag manchem als Umweg erscheinen. Ich bin nicht dieser Meinung, denn sie hat mit ihrer radikalen Kritik eine Öffnung der feministischen Theorie provoziert, mit der sie von der Seite der Geschlechterverhältnisse her genau den offenen Raum schafft, den die Theoretisierung eines heterogenen und beweglichen Herrschaftsgefüges braucht.

3.

Die Frage nach dem Ineinander von Unvereinbarem stellt sich jedoch noch auf einer anderen Ebene. Lassen sie mich deshalb zum Schluss noch auf die politischen Schwierigkeiten einer solchen integrativen Perspektive eingehen. Ein genauerer Blick auf die Reproduktionsverhältnisse zeigt, dass die Struktur von Geschlechterherrschaft eine andere ist als die Ausbeutung der Natur und ebenfalls eine andere

als die der lebendigen Arbeitskraft. Menschen hervorzubringen folgt einer anderen Handlungslogik als Waren oder Dienstleistungen zu produzieren, und sie enthält, weil sie gleichzeitig auf den Verkauf der Arbeitskraft bezogen ist, eine eigene Widerspruchsstruktur: Es gibt in der Reproduktionspolitik – und zwar umso deutlicher, je mehr sie von der Öffentlichkeit abgewandt ist – kaum klare Fronten, selten einen identifizierbaren Gegner, eine beständige Vermischung von gemeinsamen und gegensätzlichen Interessen, einen andauernden Zwang zur Selbstreflexion sowie einen hohen Grad an Verletzlichkeit durch die Nähe der Beziehungen und die Intimität der Themen und deshalb unzählige Ambivalenzen und innere Widersprüche. Veränderungen sind dementsprechend risikoreich und langwierig. Ein solches Feld schafft völlig andere politische Handlungsbedingungen als etwa ein Betrieb, öffentliche Rededuelle oder Demonstrationen und Straßen‘schlachten’. Die mehr oder weniger offenen Bürgerkriegsmetaphern, die den politischen Jargon gerade der Linken bestimmen, sind hier offensichtlich unangemessen. Selbst der Begriff des ‘Kampfes’, also der Geschlechterkampf, ist nicht stimmig, wird im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse auch nur pejorativ verwendet und eher von außen herangetragen. Auch der Streik, den die Spanierinnen vor kurzem ausgerufen haben, wurde von ihnen selbst zurecht als symbolischer Akt bezeichnet, der Sichtbarkeit demonstrieren sollte, aber nicht wirklich die Verweigerung von Arbeit. Denn ein Streik der unbezahlten Reproduktionsarbeit trifft unmittelbar die eigene Person und beeinträchtigt Nahbeziehungen. Selbst ein Streik in den bezahlten Sektoren der reproduktiven Dienstleistungen wird von dem Problem unklarer Grenzen erfasst, wovon Verdi ein Lied singen kann.

Dass die Kriegsmetaphern auch in der Frauenbewegungsliteratur nicht unbekannt sind, zeigt Susan Faludis Klassiker von 1993 über den ‘Gegenschlag’ der Männer gegen die feministische ‘Offensive’ der 1970/1980er Jahre. Auch das trifft den spezifischen Charakter eines zentralen Bereichs der Frauenbewegung in vielerlei Hinsicht genau nicht, denn Schlag/Gegenschlag evozieren das Bild von Frontlinien und martialischen Blöcken, Vorstößen und Rückzug, während wir es eher mit beweglichen und verschwimmenden Linien und mit Zonen unübersichtlicher Auseinandersetzung, also mit politischen Unschärfen zu tun haben, in denen Initiativen nicht einfach zurückgeschlagen, sondern sehr viel eher aufgegriffen und transformiert werden. „68“, aber auch die Frauenbewegung sind Paradebeispiele für diese politische Flexibilität und solche Transformationsprozesse, denn ein guter Teil ihrer Initiativen wurde als Modernisierungsschub genutzt, und ein anderer Teil marginalisiert.

Die autonome Frauenbewegung hat in ihrer politischen Praxis dieser Unschärfe und Beweglichkeit der Geschlechterpolitik durch den Verzicht auf formalisierte

Strukturen entsprochen: Es gab keine Sprecherinnen, keine Delegierten, natürlich auch keine Rädelsführerinnen, und schon gar keine Ikonen, obwohl ihr die immer wieder angedient wurden. Natürlich gab es dennoch Hierarchien, aber weniger über Positionen, sondern eher solche, die sich über den Zuschnitt der Politik herstellten, also weiß, Mittelschicht. Aber die Kette der Auseinandersetzungen zeigt an, dass sie nah an ihren inneren und äußeren Widersprüchen blieb. Ebenso wenig gab es Standpunkte, gar Programme, es wurde keine Partei gegründet, die Bewegung blieb lange Zeit im Fluss und auch die Konjunktur immer neuer Theorieangebote zeigt, dass da nichts abgeschlossen war und bis heute nicht ist.

Mit Foucault lässt sich diese Fluidität und Widersprüchlichkeit von Politik besser begreifen als mit einer Klassentheorie, die vor allem Frontlinien im Blick hat und der es zumindest historisch immer darum ging, die Einheit der Klasse herzustellen. Aber auch Foucault denkt noch in den Modi von Kampf, Strategien und Taktik, während es mir vor allem auf die Beweglichkeit und Prozesshaftigkeit des Heterogenen ankommt, auf die beständigen Amalgamierungen, Verschiebungen von Bewegungen gegeneinander und vor allem auf den langen Atem, den eine so verstandene Geschlechterpolitik erfordert.

Wie lang dieser Atem sein muss, will ich abschließend am aktuellen Beispiel von 'Me-Too' erläutern:

1976, also vor 42 Jahren, gab es hier in Frankfurt den ersten internationalen Kongress gegen Gewalt an Frauen, dessen wichtigstes Ergebnis im Rückblick nicht die verabschiedeten Resolutionen waren, sondern die zahllosen Projekte gegen Gewalt an Frauen, also die Gründung von Frauenhäusern und Beratungsstellen gegen sexuelle Gewalt in Deutschland, Europa und seit einiger Jahren auch weltweit. Sie sind eine der Erfolgsgeschichten der Frauenbewegung, obwohl sie nicht unbedingt das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen reduziert haben. Wohl aber die Hilflosigkeit, in der sich die betroffenen Frauen befinden. Sie haben allerdings in Westeuropa einen langen und dornigen Weg in das Geflecht sozialstaatlicher Dienstleistungen hinter sich, der es schwer macht, sie noch als politische Projekte im ursprünglichen Sinn zu verstehen. Als professionalisierte Sozialarbeit mit feministischer Zielsetzung schien das Politikfeld 'sexualisierte Gewalt an Frauen' eingemeindet und entpolitisiert. Und dann taucht eine Bewegung gegen Gewalt und sexuelle Übergriffe an einem geradezu unwirklichen Ort auf, ausgerechnet in Hollywood, breitet sich schnell weltweit aus und bringt völlig neue soziale Gruppen, Handlungsfelder und Artikulationen des Problems auf die Agenda. Offensichtlich ist da unterirdisch ein komplexer Transformationsprozess wirksam geworden und hat eine ganz eigene politische Dynamik in Gang gesetzt. Mich überzeugt die Metapher von den Rhizomen in der Subjekttheorie nach wie vor

nicht so recht, aber in einer Theorie sozialer Bewegungen, scheint sie sehr am Platz zu sein.

Und es ginge bei dem Bild der Rhizomstruktur ja nicht nur um die weite Verzweigung und das überraschende Auftauchen feministischer Initiativen an unvorhergesehenen Orten, sondern auch um die Wurzelstruktur selbst, in der sich die Unübersichtlichkeit, die Transformationen, Schleifen und Wechselwirkungen der Geschlechterverhältnisse niederschlagen. Und eine Minimalvoraussetzung, um diese Komplexität aufzugreifen, wäre im aktuellen Fall, dass das Problem sexualisierter Gewalt endlich in *Geschlechterverhältnissen* gedacht und die latente politische Arbeitsteilung auch in der Linken aufgehoben wird, nach der die Probleme der Geschlechterverhältnisse in die Abteilung Frauen verschoben werden, auch wenn diese um sexuelle Orientierung, Transsexualität und einiges mehr erweitert wird. Männer scheinen politisch nach wie vor nicht wirklich betroffen zu sein.

Solidaritätsadressen sind da jedenfalls nicht genug, schon gar keine wohlfeile Distanzierung von Weinstein und Wedel, ja, nicht einmal, sich im eigenen Privatbereich solidarisch und fair zu verhalten. Und der eilige Verweis auf die Unschuldsvermutung und die Gefahr von Vorverurteilungen schiebt das Problem schon wieder den Frauen zu. Ein großer Teil der Geschlechterverhältnisse ist nicht justiziabel und insofern ist das Produktivste an der Me-Too-Bewegung aus meiner Sicht die Verunsicherung, die sie mit sich gebracht hat, die bange Frage, was darf ich denn nun noch?, die aber schon wieder an Frauen adressiert ist, anstatt dass Männer endlich sich selbst darüber befragen, inwiefern ihre Vorstellungen von Frauen, Liebe und Sexualität den Boden für Gewaltbeziehungen bereiten und diese Selbstreflexion als eine dringliche politische Praxis begreifen. Frauen sind bei dieser Form der Politik ziemlich weit in Vorlage gegangen – auch wenn eine neue Selbstbefragungsrunde darüber, wie weit junge Frauen für einen guten Job gehen wollen, nichts schaden würde. Aber wenn es nicht gelingt, Geschlechterpolitik endlich auf alle, oder zumindest auf beide Geschlechter auszuweiten, dann führt die Me-Too-Bewegung zu so absurden Konsequenzen wie beim schwedischen Nobelpreiskomitee, dass bei einem begründeten Verdacht auf sexuelle Übergriffe durch einen Mann zwei Frauen geschasst werden. Aber vielleicht haben wir ja in weiteren 42 Jahren (langer Atem) nicht einmal mehr Männerhäuser und Selbsthilfegruppen für Prostitutionskunden nötig, weil in unserem revolutionierten Alltag Männer ganz selbstverständlich gegen Übergriffe einschreiten.

Eine solche politische Praxis ist wenig spektakulär und bringt wenig Ruhm und Ehre. Sie fördert auch nicht unbedingt die akademische Karriere, aber sie würde dazu beitragen, einer Theorie der Geschlechterverhältnisse und einer po-

litischen Praxis auf die Sprünge zu helfen, die den Komplexitäten ihres Themas gewachsen ist.

4.

Die Idee eines linken Bündnisses ist – wenn man sie aus der Parteipolitik herauslöst, in der sie formuliert wurde – angesichts der destruktiven Dynamik des gegenwärtigen Kapitalismus durchaus eine Debatte wert, wird aber im Hinblick auf die Struktur feministischer Politik, die ich angesprochen habe, schwierig werden. In diesem Sinne sind wir Alice Weidel durchaus zu Dank verpflichtet: Eine Lesbe in der Führungsriege der AfD ist im Umkehrschluss eine Chance, allzu einfach gestrickte Vorstellungen von der Linken als Sammlungsbewegung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten ad acta zu legen. Hinter die Widersprüchlichkeit und Unschärfe von Geschlechterpolitik, auf die Intersektionalitätstheorie abzielt, gibt es kein Zurück und ebenso wenig hinter die Absage an eine Politik, die ihre inneren Widersprüche hinter den großen Entwürfen und der linken Einheit verschwinden lässt. Für ein übergreifendes Bündnis, das das Spektrum linker Politik nicht nur thematisch erweitert, sondern auch in die Struktur von Politik geht, müssen deshalb demokratische Formen für den Zusammenschluss von Heterogenem erst noch gefunden werden.

Soviel zu 'Marx in Hessen'.

Silvia Kontos

E-Mail: silvia.kontos@bs-rm.de

Erich Fromm

Das Menschenbild bei Marx

Mit den wichtigsten Teilen der Frühschriften von Karl Marx

Aus dem Amerikanischen von Renate Müller-Isenburg und C. Barry,
überarbeitet von Rainer Funk · 267 Seiten · Broschur · € 24,90

ISBN 978-3-8379-2825-9



»Das Buch ist einer der wichtigsten Schlüssel zur Erkenntnis von Marx.«

Die Zeit, 14/1964

Kaum ein Denker wurde so missverstanden wie Karl Marx. Und kaum eine Idee wurde so missbraucht wie die des Sozialismus. In diesem Buch, das in der DDR auf dem Index stand, führt der Psychoanalytiker Erich Fromm ausführlich in das Denken des jungen, humanistischen Philosophen ein. Fromm zeigt, dass Marx einen Menschen im Blick hatte, der seine Erfüllung in der Befreiung von gesellschaftlichen Zwängen findet. Die Frühschriften von Marx zeichnen eine humanistische Realität, die kaum schon immer hätte pervertiert werden können als im real existierenden Sozialismus.

Mit der englischen Originalausgabe machte Fromm 1961 die Frühschriften von Marx erstmals in englischer Sprache der amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich. In der Einleitung zitiert Fromm viele Missverständnisse und Fehleutungen von Marx auf und rückt dessen Aussagen und Wertvorstellungen bezüglich des Menschenbildes ins rechte Licht. Sie sind wichtig, um die jüngere Geschichte von Ost und West zu verstehen, und haben angesichts der heutigen Konflikte von ihrer Aktualität kaum etwas eingebüßt.



Horst Müller

Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation

Vorbemerkungen

Die Zeitschrift *Widersprüche* hat sich einer kritisch-konstruktiven Theorie und Politik des Sozialen im Hinblick auf eine alternative gesellschaftliche Praxis verschrieben. Die Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang ist freilich, wie denn ein solches Konzept über die immer wieder nötigen kurativen oder eher defensiven Initiativen und Auseinandersetzungen in einer kapitalistischen Gesellschaft hinausführen könnte.

Überblickt man die kritischen und um Alternativen ringenden Ansätze, so wird man bei aller Rührigkeit feststellen müssen, dass der Problemknoten nicht gelöst ist: Grüner Kapitalismus ist offenkundig eine Illusion, und den weiter drängenden Postwachstumsbewegungen mangelt es an politisch-ökonomischer Fundierung. Deren Experten verbohren sich vor allem in negatorische Kritik, und die mit Blick auf historische Vorläufer (Polanyi 1997) so oder so anvisierte „Transformation“ ist noch ohne wirklich konkreten Zielinhalt.

Ich kann hier nicht ausführen, inwiefern dahinter Fragen einer Krise und Erneuerung des Marxismus stehen, die seit gut einhundert Jahren anhängig, nicht wirklich beantwortet und so auch für immer neue Niederlagen der gesellschaftlichen Linken mitverantwortlich sind. Der Stand der Dinge ist jedenfalls so, dass ohne eine Neuordnung des theoretischen Feldes und echte „Fortentwicklung“ (Bloch 1978: 196) gewohnter Denkansätze auch kein wirkliches Fortkommen möglich ist.

Aus dieser Sicht kommt es darauf an, eine Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation politisch-ökonomisch tiefergehend zu fundieren und im gesellschaftlich-geschichtlichen Gesamtzusammenhang zu begreifen. Ich hoffe, im nötigen schrittweisen Fortgang der Argumentation zu zeigen, dass eben das zu

einer Praxis führen kann, die der aus dem Zerfall der alten Ordnung genährten Rechten eine konkreter fassbare, positive Alternative entgegensetzt.

1. Die sozialwirtschaftlichen Dienste und der Sozialkapitalismus

1.1 Zur ökonomischen Form der gesellschaftlichen Infrastrukturen

Ein weiterführender Ansatz liegt im Grundgedanken einer Sozialpolitik, die das Fundament des Sozialen in einer „Sozialen Infrastruktur“ erkennt und auf deren Entfaltung orientiert (Hirsch 2013; Mattert 2017). Was ist darunter aber genauer zu verstehen, und wie wäre die letztlich nötige massive Investition in solche „Infrastruktur“ zu finanzieren? Ein Rückgriff auf keynesianische Konzepte ist am Ende kein Schritt nach vorne. Oder soll die heute bereits hoch riskante Staatsverschuldung noch weitergetrieben werden?

In diesen Tagen ist ein bemerkenswertes Werk erschienen (van Laak 2018), das sich vor allem auf die enorme Bedeutung der „materiellen“ Infrastrukturen des Verkehrs, der Kommunikation und der Ver- und Entsorgung konzentriert. In der Beispielführung wird immer wieder auch die sonstige soziale Infrastruktur angesprochen. Das Ganze verweist mehr auf Ambivalenzen als die hier im Folgenden gezogenen Konsequenzen:

Die weiterführende Perspektive liegt in einer eingehenden politisch-ökonomischen Analytik zur Rolle der gesellschaftlichen Infrastrukturen, die theoriegeschichtlich vorbereitet ist. So verweist beispielsweise O'Connor (1974: 125 ff.) auf „das Anwachsen der Investitionen in konstantes Sozialkapital“ und entsprechende Finanzprobleme des Staates. Die Konsequenz von alledem sehe ich so:

Die materiellen, sozialen und informatischen, ökologischen und überhaupt gesellschaftlichen Infrastrukturen stellen eine im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion andere, komplementäre „ökonomische Form“ (Marx) dar. Sie sind insofern nicht einfach beispielhaft, etwa dinglich oder im Hinblick auf einen Subjekt- oder Sorgebezug fassbar. Und ihre Instituierung als solche ist wesentlich eine Frage gesellschaftlicher Entscheidungen.

Der von mir eingeführte Begriff „sozialwirtschaftliche Dienste“ bezieht sich auf einen umfassenden Begriff jener Infrastrukturen als eigene ökonomische Formbildung. So gesehen oder aus der Perspektiver der „Infrastruktur-Gesellschaft“ (van Laak: 278) ist es also heute nur die halbe Wahrheit, dass „der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht“, als „eine ungeheure Warensammlung“ erscheint (MEW 23: 49).

Die Praxis jener Dienste bildet vielmehr die Grundlage oder das zivilisatorische Gehäuse der modernen Gesellschaftlichkeit *und ihrer ganzen sonstigen Ökonomie*.

Man kann also nicht mehr einfach vom klassischen industriekapitalistischen Reproduktionsszenario ausgehen. Mit der doppelt dimensionierten Reproduktionsstruktur geht auch unabdingbar die zentrale, vermittelnde Rolle des modernen Steuer-, Rechts- und Sozialstaats einher. Das alles stellt im Grunde ein höheres Niveau realer Vergesellschaftung dar:

Es bietet sich das Bild einer „dreigliedrigen“ Reproduktionsformierung als elementare Konfiguration moderner Wirtschaftsgesellschaften. Deren Staatlichkeit hat sich als durchdringende, föderale und subsidiäre Strukturierung von den höchsten Institutionen bis auf die Ebene der kommunal verfassten und sozusagen regierten urbanen Praxis ausgefaltet. Der „lokale Staat“ (Hentschel 2017) bildet so auch die Basis und den Raum für die Entfaltung des individuellen, zivilen und eines möglichen demokratischen Lebens vor Ort.

1.2 Der Sozialkapitalismus und die formationelle Widersprüchlichkeit

Diese Neuordnung der Verhältnisse hat sich erst im Fortgang des 20. Jahrhunderts eingestellt. Marx konnte davon nichts wissen, hat aber gleichwohl, aufgrund des intrinsischen Akkumulations- und Wachstumswangs der Kapitalwirtschaft, die letztendliche Herausbildung des Weltmarkts antizipiert. Worin besteht aber der Formwandel im historischen Raum nach dem Industriekapitalismus und bis zur heutigen Weltökonomie?

Die Theorien eines sozial- oder wohlfahrtsstaatlichen „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2015) oder einer fordistischen Periode sowie eines Monopol-, Spät- oder neoliberalen Finanzkapitalismus bilden jene dreigliedrige, national-ökonomisch grundierte Formierung moderner Industrie- und Infrastrukturgeellschaften nicht ab. Wie diese mit den Verhältnissen des „Weltmarkts“ (MEW 42: 95) oder kapitalistischen „Weltsystems“ (Wallerstein 2002: 17) verbunden sind und was sich in dieser Dimension abspielt, wirft wiederum weitergehende Fragen auf.

Ich habe für die elementare Formierung moderner Wirtschaftsgesellschaften den Begriff „Sozialkapitalismus“ gewählt und eigens spezifiziert: 150 Jahre nach und ganz im Sinne von Marx ist davon auszugehen, dass die in der kapitalistischen Wachstums- und „Ungleichheitsspirale“ (Piketty 2014: 627; vgl. MEW 42: 520) entwickelten Produktiv- und Formierungskräfte im 21. Jahrhundert ausreichen, um eine entsprechende sozial-ökonomische Politik-Alternative ins Feld zu führen.

Um diese Ansicht zu präzisieren, kann an ein heutzutage zumeist unterschlagenes, aber einschlagendes Statement erinnert werden: „Es ist zu bedenken, dass die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich nicht aus *Nichts*

entwickeln noch aus der Luft, noch aus dem Schoß der sich selbst setzenden Idee; sondern *innerhalb und gegensätzlich* (Hervorhebung – H. M.) gegen vorhandne Entwicklung der Produktion und überlieferte, traditionelle Eigentumsverhältnisse“ (MEW 42: 203).

Ein praxisanalytischer Begriff für diese reale Anlage eines Neuen ist „Latenz“ (Müller 2018b). Wir haben also mit einer zwei- oder mehrdimensionalen, „widersprüchlichen“ Realität zu tun, indem sich „im Schoße“ des Gegebenen bereits eine Alterität oder Alternative kristallisiert.¹ Konsequenterweise muss jetzt auch von einer „formationellen“ Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Praxis ausgegangen werden.²

1.3 Eine positive Perspektive in der Krisen- und Übergangsperiode

Marx hat im Hinblick auf die Herausbildung des Weltmarkts und sich innerlich bereits kristallisierende neue Verhältnisse von der Eröffnung eines gesellschaftsgeschichtlichen „Übergangs“ gesprochen, in der buchstäblich „alle“ Widersprüche der Sozialformierung akut werden (MEW 42: 154).³ Diese Entwicklung erlebten wir – nachdem das Sowjetreich zusammengebrochen ist und China sich reformiert und zur Weltökonomie geöffnet hat – als neoliberale Globalisierung.

Offenkundig ist die Instabilität und Chaotisierung der Weltzustände, sind die multiplen Krisenerscheinungen wie auch die allenthalben rührigen Alternativstrebungen ein Reflex der gesellschaftsgeschichtlichen Übergangssituation und auch des „foreshadowing der Zukunft“ (MEW 42: 373) oder Vorscheins des Neuen. Dieses ist anhängig, aber eben noch nicht wirklich begriffen: Der Zusammenbruch der staatsplanwirtschaftlichen Experimente hat dieses Noch-Nicht katastrophisch zum Ausdruck gebracht.

-
- 1 „Gibt es also einen impliziten Sozialismus im Kapitalismus“, der nicht als „irreale Alternative“, sondern als darin als „integraler Faktor“ zu verstehen ist, fragt ein Kommentator ahnungsvoll (Andreas Zielcke im SZ/Feuilleton S. 13, am 9. Oktober 2018).
 - 2 „Widersprüchlichkeit“ ist ein konstitutiver Grundzug der Wirklichkeit und Grundbegriff einer dialektischen Praxisanalytik. Im eindimensionalen, liberalistischen und praktizistischen, teils bereits idiotisierten Wirtschaftsdenken liegt derartiges, wie die Dialektik und überhaupt die „konkrete Utopie“, völlig außerhalb der Denkbareit.
 - 3 Marx hat immer auf eine gesellschaftliche Alternative orientiert. Das Kapitalwerk war ein *zunächst* notwendiger Grundschrift auf diesem Weg und erhielt so den Titel „*Kritik der politischen Ökonomie*“. Schon darin geht es aber immer wieder schon um Fragen eines „Übergangs“ und des Wohin.

Gerade deswegen ist aber das Bewusstsein, nicht nur auf Abgründe zuzurasen, sondern in einer mit neuen Möglichkeiten und einer andrängenden Systemalternative schwanger gehenden Übergangs- und Entscheidungszeit (Wallerstein 2002: 43 ff.) angekommen zu sein, von grundlegender Bedeutung. Es handelt es sich um die Strecke einer ganzen historischen Periode. Dass dabei weiterhin ein Absturz der zivilisierten Menschheit möglich ist, verstärkt noch die Notwendigkeit der Wende. Wie kann man da weiterkommen?

2. Eine Wert-, Reproduktions- und Transformationsanalytik

2.1 Grundlegende Erkenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie

Der Schwierigkeitsgrad der aufgeworfenen Fragen kann nicht verleugnet oder rücksichtsvoll übergangen werden. Es stellen sich im Grunde sogar noch viel weitergehende, kollektiv zu bearbeitende Forschungsaufgaben, als hier angedeutet werden kann. Aber so viel scheint gut 150 Jahre nach Marx klar: Der Weg führt nicht an der Kapitaltheorie vorbei und dadurch auf das Feld unzureichend grundlegender Wirtschafts- und Weltverbesserungsideen.

Es ist unumgänglich, die überkommenen „Reproduktionsschemata“ zu überschreiten, das heute maßgebliche Reproduktionsszenario zu modellieren und daran mit einer Wert-, Reproduktions- und Transformationsanalytik neu anzusetzen. Dabei bestätigen sich zunächst grundlegende Erkenntnisse der „Kritik der politischen Ökonomie“, welche die Natur des ökonomischen Werts, die ökonomischen Formbildungen und die Tendenzen der Kapitalwirtschaft sowie damit verbundene Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse betreffen.⁴

Von zentralster Bedeutung fürs Ganze ist das Verwertungskalkül dieser Ökonomie. Es impliziert den unaufhebbaren, ständig neu einsetzenden Zwang und Trieb zu Rationalisierung, Akkumulation, Wachstum und Expansion, eingeschlossen ständige Produktivitätssteigerungen, die Einspannung gesellschaftlicher Arbeit ins Joch oder auch deren Ausspannung, immer neue Pressionen auf Löhne, Sozialversorgung und Renten sowie die Vernutzung oder Zerstörung der Naturgrundlagen des Lebens.

Solche Naturgrundlagen bilden eine an sich ohne ökonomischen Wert vorausliegende und so gerne einverleibte *ökologische Infrastruktur*: Deren Schutz, Regenerierung oder Verbesserung ist heute als eminenten Aufgabenbereich sozi-

-
- 4 Das Ganze impliziert eine Renaissance der marxischen Konzeption des ökonomischen Werts, exakt von da aus auch eine nötige Fundamental- und Praxiskritik an den herrschenden Paradigmen.

alwirtschaftlicher Dienste zu fassen, der exorbitant wachsende Mittel benötigte: „Vom Markt“ werden diese sicher nicht bereit gestellt. Schließlich werden ohne die hier erforderliche Kehre überhaupt neue Verhältnisse zwischen Mensch und Natur (Schmied-Kowarzik 2018) nicht erreichbar sein.

Die realen sozial-ökologischen Auswirkungen und Kostenbelastungen durch das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe verweisen darauf, dass es sich um Systemprobleme handelt, die so nicht vernünftig regulierbar sind. Wollte man der Wirtschaft, beispielsweise der Automobilindustrie, ihre externalisierten Kosten unmittelbar aufbürden, so würden an Stelle der heute deutlichen Wachstumsschwächen und der säkularen Tendenz zu schwindenden Verwertungsmöglichkeiten sofortige Zusammenbrüche treten.

Eine bloße Politik der sozial-ökologischen Konversion und irgendwie gerechten Verteilung wird auf jedem einmal erreichten Niveau wieder überholt werden durch immer neue Problem- und Krisenproduktionen einer Wirtschaftsweise, die keiner praktischen Vernunft gehorcht. Aber selbst wenn die Mehrheit das inzwischen spürt oder halbwegs begriffen hat: Nur eine erkennbare und so weit vertrauenswürdige Alternative kann aus der Malaise herausführen.

2.2 Eine neu ansetzende Wert- und Reproduktionsanalytik

Die Frage nach der Alternative verweist auf eminente Fragen des gesellschaftlichen Wertehaushalts und der ganzen Reproduktionsformierung. Hier führen genauere Nachfragen auf die Spur einer verhängnisvollen Fehlorientierung, die auch noch für die heutigen Wirtschaftswissenschaften und Sozialproduktrechnungen gilt: Bereits Marx war auf „Smith's Fehler“ oder Dogma gestoßen (MEW 26.1: 69 ff.), wonach sich „der ganze Wert des gesellschaftlichen Produkts“ in Einkommen auflöst.

Diese grundfalsche Sichtweise beruht auf der Verkennung der Form und Funktion des „konstanten Kapitals“ im Wertehaushalt der Gesellschaft. „Die Kreislaufstatistiker lassen das konstante Kapital weg, weil es in der Stufenfolge der Gesamtwirtschaft verrechnet werden könnte“ (Fiehler 2000: 204). Durch diese Operation scheint sich der produzierte Gesamtwert in Einkommen aufzulösen, „sein Kapitalcharakter – erst des konstanten, dann des variablen Kapitals – ist verschwunden (Krüger 2012: 127; Müller, Eva 2005: 43, 156).

Eine durchschlagende Bedeutung gewinnt dies erst, wenn die sozialwirtschaftlichen Dienste wirtschaftsgeschichtlich eine hinlängliche Ausdehnung als komplementäre Wirtschaftsabteilung und eine vergleichbare „organische Zusammensetzung“ aufweisen, also wie die Industrie hoch gerüstet mit „konstantem Kapital“ sind: Genau das ist der sozioökonomische Befund für das Stadium der

Automatisierung, schließlich Digitalisierung und den Sozialkapitalismus, in dem der Staat, ersichtlich an der „Staatsquote“ (Müller 2001), als zentrale politisch-ökonomische Vermittlungsinstanz wirkt.

Jetzt muss das „konstante Kapital“, das auf Seiten der sozialwirtschaftlichen Dienste fungiert, *realwirtschaftlich* in der anderen Abteilung produziert werden. Der nötige Transfer von da zur *umfassenden*, erheblich investiven Ausstattung des „Öffentlichen“ kann aber nur durch eine entsprechende Besteuerung zustande kommen. Ohne dieses zwingt das bestehende halbherzige, primär einkommensorientierte und chaotische Steuersystem das Gemeinwesen zu sozialer Austerität und in immer weitergehende Verschuldung, wenn es seine genuinen Aufgaben halbwegs erfüllen will.

Um den Steuer-, Rechts- und Sozialstaat aus der Verschuldungsfalle, aus den Zwingfesseln der Kapitalwirtschaft zu befreien und die Emanzipation der öffentlichen, sozial-infrastrukturellen Dienste, das heißt eine durchschlagende „Politik des Sozialen“ zu ermöglichen, ist daher die Einführung einer Kapital(transfer)steuer unabdingbar. Dem gegenüber bleibt alle „Umverteilung“ kapitalwirtschaftlicher Erträge und Vermögen noch weitgehend auf dem Boden des Bestehenden oder ist so ohnehin illusionär.

2.3 Die Kapital(transfer)steuer im gesellschaftlichen Wertehaushalt

In bisherigen Debatten ist die Frage einer Mitbesteuerung des Kapitals als Maschinensteuer (Wagner 1984), Investitionssteuer, Wertschöpfungsabgabe (Ortner 2015) oder auch Robotersteuer angesprochen und heftig abgewehrt worden: Den ahnungsvollen Ansätzen fehlte eine stichhaltige Erklärung. Hier hilft weiter, das Augenmerk einmal nicht auf die *Folgekosten* und *Folgewirkungen* der herrschenden Wirtschaftsweise zu richten, sondern auf deren gesellschaftliche *Vorauskosten* und *Vorausbedingungen*:

Die sozialwirtschaftlichen Dienste produzieren die „allgemeinen, gemeinsamen, gesellschaftlichen“ (MEW 25: 274, 456 f.) Reproduktionsbedingungen, die Grundlagen oder das zivilisatorische Gehäuse der Gesellschaft. Sie stellen definitiv eine ökonomische *Vorleistung* für die Kapitalwirtschaft dar. Diese kann normalerweise nicht unmittelbar vergütet werden, wie bei Kanalgebühren oder einer Autobahnmaut. Die Kapital(transfer)steuer setzt daher im Grunde nur eine gesellschaftliche Vorleistung seitens der Sozialwirtschaft in Rechnung, um deren Ausrüstung zu garantieren.

Die in den gegenwärtigen, verklausulierten Verhältnissen angelegte, eminent sozial- und wertproduktive Funktion der sozialwirtschaftlichen Dienste wird

überspielt und negiert, indem sie in der kapitalwirtschaftlichen Praxisperspektive als Sozialkostenballast rangieren. Die Kapitaltransfersteuer bewirkt dagegen eine überfällige, praktische *Inwertsetzung* der sozialwirtschaftlichen Dienste und stellt damit eine ganz anders gestimmte und regulierbare, endlich wertökonomisch und haushälterisch durchsichtige volkswirtschaftliche Konfiguration her.⁵

Die dagegen aufgebotenen Argumente und dumpfe Ablehnung halten keiner Prüfung stand. Den Kapitalwirten wird durch das neue Steuerkonzept nicht die Lust an der Investition vergehen: Zunächst, weil sie von sich aus immer dazu gezwungen sind, und sodann, weil die Kapital(transfer)steuer als zahlungskräftige Nachfrage zu ihnen zurückkommt. Das Ganze impliziert in dieser Hinsicht eine Umwertung oder Umpreisung und mündet vor allem in eine höchst wünschenswerte Stärkung des inländisch konfigurierten Wirtschaftspotentials.

Solange der Staat allerdings die Reproduktion des konstanten Kapitals der Industriewirtschaft ungeschoren lässt, befestigt und verstärkt dieses Potential deren Übermacht: Der gegenwärtige, politisch gedeckte massenhafte Sozialbetrug und Umweltskandal der Automobilindustrie ist exemplarisch. Schließlich wandern die entsprechenden relativen Überproduktionen der Industrie in Exportüberschüsse und Auslandsinvestitionen, wenn nicht in die Okkupation des Öffentlichen.

Warum die ökonomischen Potentiale also nicht in die sozialwirtschaftlichen Dienste umlenken? Die Kapitalsteuer rührt dabei in der Tat an einen „Knotenpunkt der Systemverhältnisse“ (Müller 2018b). Sie ist insofern etwas völlig anderes als eine „Umverteilung“. Das Postulat wird daher, wie bei jedem entsprechenden Streit seit 1867, entschiedene Gegner auf Seiten der akkommodierten Wissenschaften auf den Plan rufen. Jedoch scheint ebendieser Eingriff geeignet, die gesellschaftlichen und politischen Möglichkeiten beträchtlich zu erweitern.

3. Zur Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation

3.1 Entschuldung des Staats und contra Privatisierung des Öffentlichen

Einer der ersten Programmpunkte einer konsequenten „Politik des Sozialen“ oder gesellschaftlicher Emanzipation wäre die Forderung beziehungsweise Einführung einer Kapital(transfer)steuer und deren volkswirtschaftlich proportionale und

5 Die erheblichen systemischen Konsequenzen sind im „Konzept PRAXIS“ unter der Überschrift „Transformationsanalyse und Kernstruktur der Alternative“ ausgeführt (Müller 2015: 477-498). Es gilt: „Sobald das Leben eine gegebene Entwicklungsperiode überlebt hat, aus einem gegebenen Stadium in ein andres übertritt, beginnt es auch durch andre Gesetze gelenkt zu werden.“ (MEW 23: 26).

soziale Neujustierung zusammen mit den Einkommensteuern: Man könnte es eine regelrechte „Fiskalrevolution“ nennen (vgl. Goldscheid 1976: 280; Piketty 2014: 662).

Es wäre ein längst überfälliger Grundschrift zur Wiedererlangung der fiskalischen Handlungsfähigkeit und Ermächtigung des Sozialstaates: Wie gezeigt, liegt in der grundsätzlichen Fehlstellung des heutigen, einkommensorientierten Steuersystems ein wesentlicher Grund für die chronische Staatsverschuldung und die im „Weiter so“ niemals behebbaren Mangelzustände des Öffentlichen.

Es ist dabei notwendig, über den Horizont der liberalistischen wie keynesianischen, das heißt im Prinzip kapitalökonomischen Kategorien und Konzepte hinauszugehen. So kann endlich eine tragfähige Antwort auf die Frage gefunden werden, was die „aufgelaufenen Investitionsrückstände von ca. 120 Milliarden“, die „Ursache des skandalösen Verfalls unserer Infrastruktur“ (Flassbeck 2018: 361) bedeuten und wie grundsätzlich Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Keynesianer meint dazu: „Mit einer wachsenden Volkswirtschaft gehen daher in der Regel eben auch steigende Staatschulden einher. Problematisch ist daran per se absolut nichts.“ (Flassbeck 2018: 267). Das ist allerdings naiv und nimmt nur die Antwort vorweg, wie denn die dann angeforderten öffentlichen Investitionen und die „Daseinsvorsorge“ von Staats wegen gewährleistet werden sollen: Gewiss durch mehr Schulden, indem „alle Schuldenbremsen“ sofort gelöst werden (Flassbeck 2018: 267, 354, 360).⁶

Auf diese Weise möchte man den Kapitalismus in seinem prekären, „finalisierenden Aggregatzustand“ (Müller 1015: 450 ff.) wieder in eine sozialstaatlich moderierte Form bringen und so vor dem neoliberalen Furor retten. Weiterweisend ist dabei die Idee von einer „Renaissance des Staates“. Aber diese dürfte – ohne eine einschneidende Steuer- und Finanzreform, die gegen die Staatsverschuldung und so auch gegen die Übermacht und die Spekulationen der internationalen Finanzwelt angeht – auf eine noch verschärfte „Krise des Steuerstaats“ (Schumpeter 1976) hinauslaufen.

Ein zentrales Element dieser Krise ist heute die Privatisierung des Öffentlichen bzw. der sozialwirtschaftlichen Dienste: Deren adäquate Grundverfassung ist, abgesehen von praktisch möglichen und im konkreten Fall auch nützlichen Mischformen, grundsätzlich nicht privat- oder kapitalwirtschaftlich, sondern

6 „Als Spätfolge der Finanzkrise sind die privaten und staatlichen Schulden in der Welt so hoch wie noch nie in der Geschichte“ und die steigenden Zinsen beschleunigen einen bevorstehenden „ökonomischen Wetterumschwung“ (SZ/Wirtschaft am 8. Oktober 2018).

gemeinnützig und gemeinwirtschaftlich. Sie gehören unter sozialstaatliche, insofern auch kommunale Oberaufsicht und gegebenenfalls rekommunalisiert: Es geht bei ihnen prinzipiell „ums Ganze“ und nicht um marktgängige Leistungen.

Ein kapitalökonomischer Betrieb ist hier in menschlicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht buchstäblich abartig. So rücken auch die „Defizite und begrenzten Vorteile“ öffentlich-privater Partnerschaften⁷ immer mehr in den Fokus der Kritik: Die vom gegängelten und kurzgehaltenen Sozialstaat nicht leistbaren Dienste werden gerne übernommen. Die „Effizienz“ des Betriebs misst sich dann jedoch an den Erfolgskriterien der Rationalisierung und Akkumulation, des Wachstums und der Expansion, was dem Sinn und Zweck dieser sozialen Praxen grundsätzlich widerspricht.

Der gegenwärtige Parteivorsitzende der britischen Labour Party fand dafür treffende Worte: „Privatisierung und Outsourcing haben sich zu einer nationalen Katastrophe ausgewachsen“, und es kommt darauf an „dieser Gaunerei ein Ende zu bereiten.“ In der Tat braucht es einen „radikalen Plan“ gegen die „Schockdoktrin der freien Marktwirtschaft“ und „verheerende Einschnitte“, um die „öffentlichen Dienstleistungen wieder auszubauen“ und die Wirtschaft und Gesellschaft „für das 21. Jahrhundert um(zu)bauen und um(zu)gestalten“. (Corbyn 2018).⁸

3.2 Das Sozialwirtschaftliche im Kontext gesellschaftlicher Praxis

Entscheidend ist, dass es sich bei den sozialwirtschaftlichen Diensten im strikten Sinne um eine eigene ökonomische Formbildung und darüber hinaus um eine Hauptabteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Reproduktion handelt.⁹ Diese „Form“ bildet die Einheit einer ansonsten nicht enden wollenden Varietät von wirklichen oder möglichen „öffentlichen“ Aufgaben. Die betreffenden Regulierungen, Interventionen, Subventionen, Institutionen und Betriebe betreffen alle Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit und Praxis.

Eine ausführlicheres Tableau erscheint mir an dieser Stelle notwendig, um einmal das Bild, das man sich von „der Wirtschaft“ macht, aus dem ideologischen

7 Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs Nr. 09/2018. Unter <https://www.ecca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=45153>. Aufruf am 09.10.2018.

8 Ein entsprechendes, unmittelbar nach dem Krieg vorgelegtes, konsequentes Programm skizziert Stephane Hessel in seiner Streitschrift „Empört Euch“ (Hessel 2011: 8).

9 Persönliche Dienstleistungen wie auch die hauswirtschaftliche Reproduktion im Kontext der familialen Praxis bilden im Verhältnis zu den sozialwirtschaftlichen Diensten eigene Kategorien.

Zerrspiegel herauszunehmen, gehörig zurechtzurücken und schließlich Felder und Einsatzstellen einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation deutlicher zu benennen:

Es geht um Familienarbeit, Erziehung und Jugendpflege sowie Genderfragen; Schulwesen, berufliche Aus- und Fortbildung, Erwachsenenbildung; Studium und Hochschulen; Wissenschaft und Forschung; Wehrwesen und Zivildienst; Gemeinschafts- und Freiwilligendienste aller Art; staatliche Regie, Verwaltung und Finanzwesen, gesellschaftliche Körperschaften auf allen Ebenen; Rechtspflege und Gerichtswesen.

Dazu kommen Gestaltungsaufgaben aller wirtschaftlichen Bereiche, insbesondere des Geld-, Bank- und Finanzwesens, Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung sowie Gewerbe- und Wirtschaftskontrolle, Unternehmungen und Wirtschaftsbereiche mit gesellschaftlichem Auftrag, Außenwirtschaft; Arbeitsverwaltung, Arbeitsförderung und berufliche Rehabilitation; Sozialversicherung aller Zweige und deren soziale Dienste, Versorgungswesen.

Auf lokaler Ebene geht es um kommunale Verwaltung und lokale Demokratie, öffentliche Sicherheit und Ordnung, kommunale Betriebe und Zweckverbände; Verbraucherdienste, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Umweltschutz; Mieterhilfen, Wohnungsbau und Stadterneuerung; Tierschutz, Natur- und Landschaftspflege; Mobilität und öffentlicher Verkehr, Straßenbau; Bildungsförderung, Medien, Kommunikationsinfrastruktur; Sportwesen und öffentliche Freizeit- und Erholungseinrichtungen; Kulturpflege in gesellschaftlicher Verantwortung für alle Sparten und Gruppen, Integrationsaufgaben; Umwelt- und Naturschutz.

Unabdingbar sind schließlich gesellschaftliche Notdienste; allgemeine Wohlfahrtspflege und spezielle sozialpflegerische Aufgaben von sozialen Hilfestellungen über Integrationsaufgaben bis zur Resozialisierung; allgemeine Gesundheitsversorgung, Krankenhauswesen, Psychosoziale Dienste; Rehabilitation behinderter Menschen, Selbsthilfeförderung; Seniorenförderung und -hilfen bis hin zu Wohnungen und Pflegeeinrichtungen; Ordnungs- und Integrationsaufgaben bezüglich Nationalitäten, Flüchtlingen und Minderheiten; alle möglichen internationalen Aufgaben und Hilfen.¹⁰

10 Dieses praxiswissenschaftlich reflektierte, umgreifende und geordnete Tableau geht zurück auf den von mir 1986–2010 für die Stadt Nürnberg verfassten „Stadtwegweiser“, in letzter Druckauflage 2010 (886 S.). Dessen Gesamtsystematik siehe unter http://www.praxisphilosophie.de/sozial_atlas.pdf.

Die genannten Aspekte verweisen zusammen mit der nötigen finanzpolitischen Neuordnung des sozial-ökonomischen Wertehaushalts nicht nur sehr konkret auf die „gesellschaftliche(n) Bedingtheit des öffentlichen Haushalts und seine die Gesellschaftsentwicklung bedingenden Funktion“ (Goldscheid 1976: 254 f.), sondern auch auf das Element sozialen Schwachsinn in der neoliberalen Doktrin und Denkschranken im Keynesianismus.

3.3 Sozial-politische Ansatzpunkte und Grundorientierung

Die Probleme der sozial- und rechtsstaatlichen Institutionen und darauf verwiesenen sozialwirtschaftlichen Praxen machen sich auf allen Gebieten bemerkbar, ganz besonders auf der kommunalen Ebene und im Alltagsleben. Doch konzentriert sich die persönliche oder mediale Aufmerksamkeit meist auf einzelne, akute Aspekte, so dass der innere Zusammenhang und die ökonomisch-politischen Wurzeln nicht in den Blick kommen.

Immerhin sollte durch den Blick auf die fundamentale Steuerproblematik, den Sozialstaat im latenzhaltigen Sozialkapitalismus und die Rolle der sozialwirtschaftlichen Dienste eine Grundlage für die weitere Erforschung der Lage und für die Diskussion über Handlungsansätze geschaffen sein. Wie das vorstehende Tableau dazu anregen kann, mögen einige Schlaglichter verdeutlichen:

Es geht um ein Ausfeilen der kapitalwirtschaftlichen Vereinnahmung sozialstaatlicher Institutionen und Leistungen, um einen wissensbasierten, wirkmächtigen Rechts- und Sozialstaat an der Spitze, mit gesellschaftlich geteilter Verantwortung und einer demokratischen Infrastruktur; um weitgehende Regulierungen des Geld- und Finanzwesens, eine Kapitalsteuer und soziale Neujustierung des Steuersystems, die Sicherstellung der Steuererhebung und der Betriebsprüfungen; um die Entwicklung partizipativer und gesellschaftlich verantwortlicher Formen von Eigentum und Gemeinwirtschaft; um gemeinwohlorientierte Marktordnungen, um die Beendigung der Vorzugsstellung kapitalintensiver Betriebe auch durch die direkte Besteuerung des Kapitals, einen Schlussstrich unter die Massentierhaltung und andere agrarindustrielle Perversionen; um eine allgemeine sozialwirtschaftliche Basierung der Rente und des Gesundheitswesens; um eine wesentliche Stärkung der rechtlichen und finanzpolitischen Rolle der kommunalen Selbstverwaltung; um entschiedene lebensmittel- und produktpolitische Interventionen; um eine Bodenreform und eine massive Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, um den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wie des nationalen Bahnnetzes mit niedrigen Nutzungsbeiträgen; um die Beendigung der mangelhaften Personalausstattung und

im Verhältnis zur Industriewirtschaft chronisch disparitätischen Einkommen in Bereichen wie Kindeswohl, Erziehung, Schule, Bildung, Gesundheit, Sozialarbeit, nicht zuletzt Seniorendienste und Pflege; um den Ausbau von informatischen, medialen und kommunikativen Institutionen, besonders von Social Media in öffentlicher Verantwortung; um eine Freisetzung gesellschaftlichen Wissens im Sinne von Open Access und ein Ende korrumpierender Fremdfinanzierung der Wissenschaft und Forschung; um Beiträge in der Form sozialwirtschaftlicher Dienste zur allseitigen Organisation des Schutzes natürlicher Lebensgrundlagen und nötigen ökologischen Wende; schließlich überhaupt um die Behauptung der demokratischen nationalen Souveränität des Gemeinwesens im gemeinsamen Entwicklungsraum Europa und in der Welt.

Das alles bleibt genauer zu erforschen, und mit einiger sozialen Phantasie kann entwickelt werden, was für Möglichkeiten sich auf der Grundlage der fiskalischen Ermächtigung des Steuer-, Rechts- und Sozialstaats, ganz besonders für entsprechend berechtigte und ausgestattete Kommunen und die Bürger auf ihrem lokalen sozialen Experimentierfeld ergeben.

Dabei sind natürlich sind alle Interventionen und Initiativen in der Perspektive individueller und gesellschaftlicher Emanzipation auch gebunden nach Maßgabe des Produktivkraftniveaus und der Kräfteverhältnisse der je gegebenen Gesellschaft. Das gesellschaftlich Mögliche und Sinnvolle muss jeweils eruiert werden, wie die Diskussionen über „Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit“ zeigen (Butterwegge 2007).

3.4 Zur selbstbezüglichen Konstitution moderner Wirtschaftsgesellschaften

Eine weitreichende Schlussfolgerung ergibt sich schließlich daraus, dass die sozialwirtschaftlichen Dienste keinen potentiell internationalen Warenmarkt bedienen, sondern die Grundlagen oder das Gehäuse des stets sozialräumlich situierten Gemeinwesens erzeugen: Daraus folgt, dass moderne Gesellschaften als wesentlich selbstbezügliche, nationalökonomische Reproduktionsformierungen konstituiert sind, wie immer sie als solche in größeren Wirtschaftsräumen oder mit der Weltökonomie verflochten sein mögen. Das Prinzip der nationalen Souveränität und der demokratischen Selbstbestimmung des Souveräns (vgl. Wahl 2017) hat daher nicht nur juristische und ideelle Grundlagen, sondern ist auch sozioökonomisch fundiert.

Die auf ihre Art internationalistische, kosmopolitische Tendenz der global ausreifenden Kapital- und Finanzwirtschaft widerspricht diesem Kern gesellschaftlicher Existenz oder droht ihn gar zu zersetzen. Von den Gipfeln ihrer

technologisch-informatischen Wunderwerke und im Höhenrausch des Konsums gerät außer Sicht, wie talwärts „die Erde und der Arbeiter“ (MEW 23: 528 ff.) und nach und nach die Zukunft ruiniert werden. In dieser Grundsituation müssen die liberalistischen Doktrinen und Praktiken sogenannter freier Märkte zurückgewiesen werden, und eine souveräne finanz- und außenwirtschaftlichen Regulierung ist unabdingbar.

Das geschichtlich Mögliche liegt im Horizont einer relativen Konsolidierung der Wirtschaftsgesellschaft im kapitalistischen Weltsystem, dies auf dem Weg einer Geburtshilfe und Ausfaltung der darin noch mehr oder weniger latent angelegten Alternative. Damit ist einer Politik des Sozialen und der gesellschaftlichen Emanzipation der nächstliegende Bezugsrahmen und die hinreichend konkrete, vertrauenswürdige Grundorientierung gegeben.

Schlussbemerkungen

Die Untersuchungen über das Steuersystem, den Sozialstaat im Sozialkapitalismus, die Rolle des Öffentlichen und die Überlegungen zur inneren Dialektik und Zukunft der Gesellschaft zeigen, dass traditionelle fachliche Trennungen obsolet sind und es eines integralen praxiswissenschaftlichen Paradigmas bedarf (Müller 2018a). Auf dem Boden moderner „Übergangsgesellschaften“ sind Trennungen zwischen Staatswissenschaft, politischer Ökonomie und Soziologie oder auch Sozialpsychologie anachronistisch.

In diesem Zusammenhang muss sich eine Politik des Sozialen und der gesellschaftlichen Emanzipation auf ein neues wirtschaftstheoretisches Paradigma stützen. Das führt definitiv jenseits des werttheoretisch kenntnislosen und kapitalaffinen Liberalismus und eines auf halbem Wege abgelenkten Keynesianismus. Es geht um die Entwicklung des Paradigmas einer positiv orientierten und operativen Sozioökonomie, in der die traditionelle Kritik der politischen Ökonomie aufgehoben ist.

Das derart nötige Bündnis zwischen Wissenschaft und Politik und das skizzierte Tableau der Handlungsansätze zeigen beispielhaft, dass diejenigen Kräfte aus *allen* Feldern und Dimensionen der gesellschaftlichen Praxis zusammenfinden müssen, die sich positiv auf eine real anhängige Alternative beziehen können. Dabei werden Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit überlagert durch den Widerspruch zwischen der alten und der darin bereits andrängenden, möglichen, höheren gesellschaftlichen Praxisformierung. Die entscheidenden Kräfte können aber nicht zusammengehen und konsequent handeln, wenn jene nicht halbwegs konkret fassbar ist.

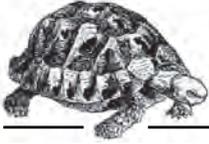
Literatur

- Bloch, Ernst 1977: Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. Frankfurt a.M.
 – 1978: Über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie. In: Tendenz – Latenz – Utopie. Ergänzungsband zur Gesamtausgabe, 194-209. Frankfurt a.M.
 Butterwegge, Christoph 2007: Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 51-52, 2007. <http://www.bpb.de/apuz/30034/grundeinkommen-und-soziale-gerechtigkeit?p>. Abruf: 14.10.2018
 Flassbeck, Heiner/Steinhardt, Paul 2018: Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates. Berlin
 Fiehler, Fritz 2000: Genesis der nachklassischen Geld- und Einkommenstheorie. Das Smith'sche Dogma. In: Marx' Ökonomiekritik im Kapital. Hamburg, 197-211
 Goldscheid, Rudolf 1976: Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt am Main, 253-316
 Hentschel, Armin/Hopfenmüller, Julian 2017: Der lokale Staat. Vier Perioden der Soziogenese deutscher Städte. Marburg
 Hessel, Stephane 2011: Empört Euch. Berlin
 Hirsch, Joachim/Brüchert, Oliver/Krampe, Maria u.a. 2013: Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hrsg. von der AG links-netz, Hamburg
 Krüger, Stephan 2012: Keynes & Marx. Hamburg
 Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band. MEW Bd. 23. Berlin (DDR)
 – 1983: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW Bd. 42. Berlin
 Marx, Karl; Engels, Friedrich: Das Kapital. Dritter Band. MEW Bd. 25. Berlin (DDR)
 Mattern, Jana u.a. 2017: Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe: Öffentliche Infrastrukturen zwischen Daseinsvorsorge und Finanzmärkten. Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung. (<https://www.boell.de/de/2017/06/22/gemeinwohl-zukunftsaufgabe-oeffentliche-infrastrukturen-daseinsvorsorge-finanzmaerkte>) Abruf: 24.02.2018
 Müller, Eva 2005: Marx'sche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hamburg
 Müller, Horst 2001: Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001, 909-924, unter: <http://www.rosalux.de/publication/16154/die-staatsquote-und-transformationstendenzen-in-wirtschaft-und-gesellschaft.html>
 – 2015: Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. Norderstedt
 – 2018a: Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaft im 21. Jahrhundert. In: Akel, Alexander/Novkovic, Dominik/(Hrsg.): Karl Marx – Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marx'schen Theorie. Kassel, 31-62.
 – 2018b: Transformationsforschung als dialektische Praxisanalytik. Mit Marx und Bloch zur konkreten Systemalternative. In: Ernst-Bloch-Assoziation (Hg.): Der Zukunft auf der Spur – Transformation aus der Perspektive Ernst Blochs. Nürnberg

- O'Connor, James 1974: Die Finanzkrise des Staates. Frankfurt a.M.
- Ortner, Georg 2015: Wertschöpfungsabgabe: Eine Alternative zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Unter <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wertschoepfungsabgabe/>. Abruf am 10.10.2018
- Piketty, Thomas 2014: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München
- Polanyi, Karl 1997: The Great Transformation. Frankfurt a.M.
- Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich 2018: Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Freiburg/München
- Schumpeter, Joseph 1976: Die Krise des Steuerstaats. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt a.M., 329-379
- Streeck, Wolfgang 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin
- Van Laak, Dirk 2018: Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur. Frankfurt a.M.
- Wagner, Adolf 1984: Volkswirtschaftliche Aspekte einer Maschinensteuer. In: Marburger Arbeitskreis für Sozialrecht und Sozialpolitik (Hrsg.): Maschinensteuer – Ausweg aus der Finanzkrise der Sozialversicherung? Köln, 89-129
- Wahl, Peter 2017: Die Linke, der Nationalstaat und der Internationalismus. Theorieblog von attac Deutschland, am 10. Februar 2017. (<http://theorieblog.attac.de/2017/02/die-linke-der-nationalstaat-und-der-internationalismus>). Abruf: 24.02.2018
- Wallerstein, Immanuel 2002: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien

*Horst Müller, Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft,
Meuschelstr. 30, 90408 Nürnberg
E-Mail: dr.borst.mueller@t-online.de
Webseite: <https://www.praxisphilosophie.de>*

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Problelesen?!
Kostentrees
Exemplar per mail oder
Telefon bestellen

Ausgabe 11/18 u.a.:

- Torsten Bewernitz: »Wenn Frauen streiken...« – Dienstleistungsleistung, Prekarisierung, Feminisierung
- Holger Balodis, Dagmar Hühne: »So geht Rente – ein Masterplan«
- Klaus Weber: »Lernen statt Bildung« – Radikalität statt Anpassung
- Griechenlandkomitee Köln: »Weiterhin Putz« – Zwangsversteigerungstermin bei Vio.me erneut gescheitert
- Birgit Daiber: »Trotz aller Schwächen« – Ein Gespräch mit Luciana Castellina und Filippo Rignolu über die italienische Linke
- Netzwerk Gerechter Welthandel: »JEFTA-Abkommen nicht ratifizieren« – Offener Brief an die deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments



Foto: Stephan Guerra

Schwerpunkt Nr. 433, November:
Unteilbar gegen Rassismus

„Die Anarcho-Postille kämpft seit 1972 für die
Abschaffung UNSERES Staates.“ (BILD, 18.9.2018)
Jetzt bestellen: graswurzel.net



Ulrich Duchrow

Brauchen wir eine neue oder andere Aufklärung? Oder: Was der Club of Rome von Karl Marx hätte lernen können

Der neue Bericht des Club of Rome hat den Titel: *Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen. Eine neue Aufklärung für eine volle Welt* (2017). Eine neue Aufklärung. Was soll das bedeuten? Zur Beantwortung dieser Frage stelle ich in einem ersten Teil kurz das genannte Buch vor. Daraus ergibt sich die Frage: Welche Vernunft kann einen Beitrag zur Befreiung leisten? Welche ist so kritisch, dass sie auch die verdeckten Logiken und Mechanismen aufdeckt? Kurz: Hätte der Club of Rome Karl Marx lesen sollen?

1. Der Zustand der Welt und die Antwort des Club of Rome

„Wir sind dran!“ hat drei Teile: I. Die heutigen Trends sind überhaupt nicht nachhaltig; II. Auf dem Weg zu einer neuen Aufklärung; III. Eine spannende Reise zur Nachhaltigkeit.

Teil I beginnt mit den schockierenden Zahlen der ökologischen Krise: „Fast die Hälfte der fruchtbaren Böden der Erde ist in den letzten 150 Jahren verschwunden; fast 90% der Fischbestände sind entweder überfischt oder einfach weg. Die Klimastabilität ist in echter Gefahr ...; und die Erde erlebt gerade das sechste große Artensterben ihrer Geschichte“ (S. 20). Gleichzeitig wird auf die wachsenden Ungleichheiten zwischen arm und reich hingewiesen und den irrationalen Glauben, die Wirtschaft könne physisch endlos wachsen. Das Ergebnis ist eine multiple ökologische, soziale, politische, kulturelle und moralische Krise (21). Das bedeutet „auch eine Krise des globalen Kapitalismus“, weil sich die Marktwirtschaft seit etwa 1980 zu einem „neuartigen und kurzfristig operierenden Finanzkapitalismus“, gekennzeichnet durch Gewinnmaximierung und Spekulation, entwickelt hat (22) – kurz, was man als Neoliberalismus bezeichnet. Dadurch verursachte Abstiegsängste der Mittelklasse erklären auch den Aufstieg des Rechtspopulismus,

der sich angesichts der vielen Flüchtlinge bildete (22ff.). Die zentrale Ursache für all dies ist danach die Finanzialisierung der Wirtschaft.

Die Aufklärung kam zu einer Zeit der *leeren Welt*. Jetzt aber ist die Welt so voll, dass sie längst an ihre Grenzen stößt. Wir brauchen also eine neue Aufklärung für eine *volle Welt*. Sie muss speziell die Grenzen des Wachstums als Rahmenbedingung für ihr Denken akzeptieren. Einen zentralen Beitrag dazu hat bereits Papst Franziskus mit seiner Enzyklika *Laudato si* geleistet. Die volle Welt ist besonders gekennzeichnet durch folgende Grenzen (39ff.):

- Ressourcenknappheit
- Nahrungsmittel pro Person
- industrielle Produktion pro Person
- Umweltverschmutzung
- Bevölkerungszahl

Sie betreffen alle neun „planetarischen Lebenserhaltungssysteme“ (44f.) (Stratosphärischer Ozonabbau, Verlust der Biodiversität und Artensterben, chemische Verschmutzung und Freisetzung neuartiger Verbindungen, Klimawandel, Ozeanversauerung, Landnutzung, Süßwasserverbrauch und der globale hydrologische Kreislauf, Stickstoff und Phosphor fließen in die Biosphäre und Ozeane, Atmosphärische Aerosolbelastung). Diese Situation begründet den Begriff Anthropozän für das gegenwärtige Erdzeitalter (46f.). Speziell die Klimaveränderung ist dramatisch und läuft nach dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung auf plus 3 Grad hinaus – mit unabsehbar katastrophalen Folgen (49ff.). Die Studie fordert einen Crashplan, wobei sie allerdings vor den unkalkulierbaren Folgen von Geo-Engineering warnt (52f.).

Außerdem gibt es weitere außergewöhnliche Bedrohungen (58ff.):

- Synthetisch-biologische Herstellung von Viren und Bakterien mit hoher Infektuosität und Mortalität
- Geoengineering
- künstliche Intelligenz.

Aber vor allem (62ff.) sind es die bekannten Gefahren der industriellen Landwirtschaft, der biologischen Waffen, der Atomwaffen, des Bevölkerungswachstums und der fortschreitenden Urbanisierung, die bewältigt werden müssen. Dabei hat besonders die industrielle Landwirtschaft schwere ökologische und soziale Folgen (77). Aber auch der Freihandel mit den Hauptakteuren der Transnationalen Konzerne (TNCs), inklusive der WTO-Regeln hat negative Auswirkungen für Umwelt- und Verbraucherschutz (83ff.). Die Sustainable Development Goals (SDGs) der UNO sind sehr zu begrüßen, aber ohne eine fundamentale Veränderung der Wirtschaftsweise treten die sozio-ökonomischen und ökologischen

SDGs in unauflösbare Widersprüche (89ff.). Sie können also nur als harmonisches Ganzes gelingen. Ebenso wird die Digitalisierung die negativen Trends nur verstärken, wenn nicht fundamentale Veränderungen der Wirtschaftsweise vorgenommen werden (99ff.).

In der vollen Welt gibt es keine Externalitäten mehr (110ff.). Das heißt, die Schäden schlagen unmittelbar auf Menschen und Umwelt zurück. Trotzdem werden sie aber immer noch nicht in die Kosten der Produktion eingerechnet. Damit verschieben die privaten Eigentümer der Produktion einen wesentlichen Teil von deren Kosten auf die Allgemeinheit. Das wird wesentlich erreicht über die Messeinheit der volkswirtschaftlichen Prozesse, das Bruttoinlandprodukt (BIP), welches nur den Umsatz in Geldeinheit misst, nicht aber die realen Wohlfahrtsgewinne und -verluste (115ff.). All dies signalisiert eine tiefe „philosophische Krise“. Sie wird in Teil II behandelt.

Teil II ist betitelt „*Auf dem Weg zu einer neuen Aufklärung*“. Er beginnt mit einer Éloge an Papst Franziskus, der mit seiner Enzyklika „*Laudato si*“ das notwendige neue Denken bereits verkörpert (124ff.). Hierbei ist es sehr interessant, dass die den Bericht herausgebenden Naturwissenschaftler gerade folgenden, hochtheologischen Satz wörtlich zitieren: „Die Natur wird gewöhnlich als ein System verstanden, das man analysiert, versteht und handhabt, doch die Schöpfung kann nur als ein Geschenk begriffen werden ...“. Der Bericht entwickelt daraus die Unterscheidung von zwei Grundhaltungen: „Bescheidenheit und Respekt“ versus „Arroganz und Macht“. Dies wird mit der Enzyklika am Beispiel der „kurzfristigen Wirtschaftslogik“ demonstriert, nach der Gewinne angestrebt werden, ohne die wirklichen Kosten für Menschheit und Erde einzukalkulieren. Dadurch gerät die Menschheit auf eine „selbstmörderische Bahn“. Der Bericht erwähnt sodann, dass die Kirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) bereits seit den 1980er Jahren im *Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* die neu formulierten Einsichten des Papstes vorweggenommen haben¹ und dass auch die *Islamische Erklärung zum Globalen Klimawandel 2015* die Haushalterschaft, das heißt Verantwortung der Menschheit für die Erde, betont.² Das heißt, dass alle klassischen Weltreligionen Verbündete für das neue Denken sind.

1 Vgl. die Beschlüsse der Vollversammlungen des Lutherischen Weltbunds (LWB 2003), des Reformierten Weltbunds (RWB 2004) und des ÖRK, 2013: in KAIROS Europa (Hg.) 2005 und 2013.

2 <http://www.ifees.org.uk/wp-content/uploads/2017/08/ICCD-German-Full.pdf>.

In einem Bericht an den Club of Rome hat der US-amerikanische Entwicklungsökonom David Korten vorgeschlagen, die klassische Erzählung der europäischen Zivilisation durch eine neue zu ersetzen – oder jedenfalls die alte so zu modifizieren, dass sie der Situation unserer vollen Welt gerecht wird (131f.). Er setzt dabei am Gottesbegriff selbst an. Er sieht in den abrahamischen Religionen einen „fernen Patriarchen“ als Leitfigur, die dazu führt, dass auf militärische Macht vertraut wird, Frauen diskriminiert und unterdrückt werden und eine lernunfähige Dogmatik regiert. Es gab zwar Gegenbewegungen, die aber selbst diese Logik spiegelten wie z.B. die europäische Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts. Ihre Große Erzählung erfand die Erzählung der „großen Maschine“, in der das Geld einen heiligen Charakter bekam – bis hin zu unserer Zeit, in der die Welt von „geldgierigen Robotern“ beherrscht wird (Duchrow 2013, Scheidler 2015).

Dem stellt Korten die neue Erzählung und Kosmologie „vom Heiligen Leben und der Lebendigen Erde“ entgegen und sieht schon viele Bewegungen zu einer „Lebenden Wirtschaft“ – die Kairos Europa seit langem „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“ nennt.³ Damit braucht eine Antwort auf die Herausforderungen offenbar eine „spirituelle Dimension“ (132).

Es folgt eine Auseinandersetzung mit dem *Kapitalismus* (135ff.) – allerdings in einem Verständnis, auf das wir später zurückkommen müssen. Es geht von der Vorstellung aus, nach dem 2. Weltkrieg habe es eine „soziale Marktwirtschaft“ (kursiv im Original) gegeben, nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus 1989 – vorbereitet durch Pinochet, Thatcher und Reagan – sei der Kapitalismus dann „frech“ geworden (an anderer Stelle „arrogant“). Bei dieser Globalisierung sei das Verhältnis Märkte-Staat ins Ungleichgewicht geraten. Die Lösung wird dann so anvisiert:

„Die Wiederherstellung eines Gleichgewichts zwischen öffentlichen und privaten Gütern kann eine ganze Generation, also etwa dreißig Jahre dauern. Wir gehen davon aus, dass weder die puristische Marktideologie noch die puristische Staatsherrschaft akzeptabel sein werden, sondern dass große Synergien zwischen den beiden aus einer geeigneten und ausgewogenen Arbeitsteilung entstehen. Dies wird nur mit einer engagierten Bürgerschaft möglich sein, die den öffentlichen und privatwirtschaftlichen Führungskräften auf die Finger schaut“ (138f.).

Auch die Vorgeschichte des neoliberalen Marktdogmas, insbesondere die Rolle der Mont Pèlerin Society mit den Protagonisten Friedrich A. Hayek und Milton Friedman, ist zu beachten (140ff.), wenn man die heutige Herrschaft der Finanzmärkte über Spekulation und Steueroasen verstehen will. Dabei zeigt

3 Vgl. die in Anmerkung 1 genannte Hefreihe.

sich nach Ansicht des Berichts, dass die originalen Konzeptionen der Vertreter des klassischen Liberalismus verändert und dadurch destruktiv wurden. Adam Smith's Verständnis des Marktes als „unsichtbarer Hand“ wurde danach aus dessen Rahmenbedingungen (Moral und Staat) herausgelöst (149ff.). David Ricardos „komparative Kostenvorteile“ beim internationalen Handel funktionieren nur, wenn das Kapital nur national operiert, nicht aber global mobil ist und so alle Akteure gegeneinander ausspielen kann (151ff.). Und Charles Darwin meinte lokale Konkurrenz, nicht globalen Handel (155ff.).

Philosophisch gesehen, geht es in der Moderne um methodischen *Reduktionismus* (163ff.). Die klassische und neoklassische Ökonomie funktioniert nach den reduktionistischen und mechanistischen Vorstellungen von Descartes und Newton. Aber seit Heisenberg und Niels Bohr wurde mit der Entdeckung der Unschärferelation und der Komplementarität in der Physik dem mechanistischen Reduktionismus die Basis entzogen (164). Damit wurde der Boden bereitet für eine neue Lebensphilosophie der offenen Systeme, wie sie von Gregory Bateson, Fritjof Capra und Pier Luigi Luisi entwickelt wurde (168ff.). Sie entdeckten die asiatischen Religionen, Philosophien und Spiritualität als Quelle für unser Suchen nach einer Balance zwischen den scheinbaren Gegensätzen. Damit lässt sich das Weltbild überwinden, alles – insbesondere Wissenschaft, Technologie und Management – folge den Gesetzen der Maschine mit seinen desaströsen Folgen für Menschheit und Erde. Die reduktionistische Philosophie hat auch zu einer Trennung zwischen Wissen, Bildung und Gesellschaft geführt (173ff.). So ist der Blick aufs Ganze verloren gegangen., Wichtig wäre, eine neue internationale Rechts- und Regelordnung unter Führung der UNO zu gewinnen.

Dazu braucht es eine *neue Aufklärung* in einer vollen Welt (179ff.) – aber gerade nicht einen neuen Rationalismus mit seinem uneingeschränkten Individualismus – ganz in der Linie von Papst Franziskus, der in seiner Enzyklika „Laudato si“ die „suizidale(n) Merkmale des modernen Kapitalismus“ erkannt hat. Sie wird nicht europazentriert sein, sondern besonders von indigenen und asiatischen Kulturen lernen müssen. Dazu gehören die Konzepte der Komplementarität und der Balance (Yin und Yang) zwischen Mensch und Natur, kurz- und langfristig, Geschwindigkeit und Stabilität, privat und öffentlich, Frauen und Männern, Gleichheit und Leistungsanreiz, Staat und Religion. Hilfreich kann dabei auch die Dialektik Hegels sein.⁴ Aus einem solchen Ansatz heraus muss dringend prak-

4 Interessanterweise wird dabei Karl Marx nicht genannt, worauf später zurückzukommen ist.

tisch gehandelt werden, was im abschließenden III. Teil mit vielen praktischen Beispielen ausgeführt wird.

Teil III ist betitelt: Eine spannende Reise zur Nachhaltigkeit. Sie beginnt mit den Sätzen: „Es eilt sehr. Ein Systemkollaps ist eine reale Gefahr“. Zentral ist die Wiedergewinnung einer „regenerativen Wirtschaft“, die die Wachstumsideologie im Sinn der Erdcharta überwindet (194ff.). Was heißt das? „In Disziplinen wie der positiven Psychologie und dem humanistischen Management hört man von führenden Geschäftsleuten, die von blühendem und bewussten Kapitalismus, *natürlichem* Kapitalismus, regenerativem Kapitalismus und von der Notwendigkeit eines großen Wendepunkts sprechen“ (197). Der Übergang zum Neuen wird Naturkapitalismus genannt und hat mehrere Kennzeichen (199f.):

1. „Nutze alle Ressourcen drastisch produktiver“;
2. „neu zu organisieren und zu gestalten, woher wir die Energie beziehen, wie wir uns ernähren und welche Dienstleistungen, die der Befriedigung unserer Bedürfnisse dienen, mittels solcher Ansätze wie der Biomikry⁵ und der Kreislaufwirtschaft erbracht werden“;
3. „alle Institutionen so umzustellen, dass das menschliche und natürliche Kapital regeneriert wird“ (200f.).

Dieser „regenerative Kapitalismus“ hat acht Prinzipien:

1. Richtige Beziehung
2. Innovativ, anpassungsfähig und reaktionsfähig
3. Ganzheitlicher Wohlstand
4. Teilhabe
5. Kreislaufwirtschaft
6. Ränder (von Ökosystemen)-Effekt-Reichtum
7. Streben nach Balance
8. Ehrung von Gemeinschaft und Ort.

Als Beispiel hierfür kann regenerative Landwirtschaft dienen (203ff.), etwa in Indien, wenn nach Gandhimethoden gearbeitet wird. Ein anderes Beispiel ist Günther Paulis „Blue Economy“ mit seinen 21 Prinzipien (216ff.). Dabei bedeutet der Ansatz im Kern, dass Wirtschaft sich auf die Grundbedürfnisse konzentrieren muss. Eine weitere Möglichkeit und Notwendigkeit des Abschieds von fossiler Energie ist die dezentrale Produktion von ökologischer Energie (224ff.). Auch

5 Prinzipien, die der Natur abgeschaut werden.

weitere ökologisch-landwirtschaftliche Erfolgsgeschichten gibt es zu erzählen (235ff.) ebenso wie solche der regenerativen Urbanisierung nach dem Modell der Ecopolis (243ff.). Auch im Blick auf die Verhinderung einer Klimakatastrophe gibt es schon gute Neuigkeiten (CO₂-Budgets etc. 252ff.).

Das alternative Wirtschaftskonzept heißt *Kreislaufwirtschaft* (265ff.). Im Einzelnen geht es um: fünffache Ressourcenproduktivität, Steuerung der IT-Revolution in die richtige Richtung, mit Bit-Steuer die staatliche Interventionsmacht stärken, Reform und stärkere Besteuerung des Finanzsektors (286ff.), Reform des Wirtschaftssystems (Donut-Ökonomie/298ff., Gemeinwohlökonomie/310ff., nachhaltige Investitionen/315ff., Messung des Wohlergehens statt BIP/328ff.), die stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft und collective leadership, weltweite Regeln (348ff.), die guten Beispiele China und Bhutan (359).

Zentral ist die Bildung für eine nachhaltige Zivilisation (369). Darum folgt als Fazit die Einladung an alle gesellschaftlichen Gruppen, sich auf den Weg zu machen. Denn – „Wir alle sind dran“.

2. Es geht nicht ohne fundamentale Kapitalismuskritik

Der hier in Kürze dargestellte neue Bericht des Club of Rome ist ein guter Beitrag, um den – besonders ökologischen – Zustand der Welt wahrzunehmen, Ansätze des Umdenkens und bereits gelingende Beispiele alternativer Strukturen und Handlungsmöglichkeiten kennenzulernen. Es ist aber unerklärlich, warum der Bericht ein Tabu aufrechterhält: die Weigerung, eine grundlegende Kritik des Kapitalismus vorzunehmen. Zwar wird der Kapitalismus oft als Ursache der Probleme angesprochen. Aber faktisch geht es dann nur um eine Kritik des „frech“ oder „arrogant“ gewordenen Kapitalismus, zumeist in der Form des Finanzkapitalismus. Ausgenommen wird offenbar die „Soziale Marktwirtschaft“. Dadurch wird die Vorstellung geweckt, diese sei kein Kapitalismus. Sie ist aber natürlich Kapitalismus mit Zwang zu maximaler Rendite, nur unter besonderen historischen Bedingungen, wozu gehören:

- die Nötigung, wegen der Konkurrenz des sozialistischen Lagers einige soziale Zugeständnisse zu machen;
- die Stärke der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften) wegen der fordistischen Wirtschaftsweise, die wegen der Angewiesenheit auf Massenkonsum höhere Löhne als Kaufkraft zahlen muss;
- Die Möglichkeit maximalen Wachstums ohne ökologische Rücksicht.

Darum kann die klassische „Soziale Marktwirtschaft“ faktisch kein Vorbild mehr sein, weil alle diese historischen Bedingungen nicht mehr existieren. Ich bin der

Überzeugung, dass, wenn es der Menschheit nicht gelingt, den Kapitalismus als solchen zu überwinden, sie ihre eigenen Lebensgrundlagen zunehmend zerstört, wie der Club of Rome ja selbst sagt. Der Grund ist einfach zu verstehen: *Kapitalismus schafft Wachstumszwang für die Wirtschaft*. Denn *Kapital muss wachsen*. Das ist sein Wesen. Kapital – im Unterschied zu Geld, das auch als reines Instrument organisiert werden kann – zielt auf Akkumulation, und nicht nur der Finanzkapitalismus. Erwirtschafteter Profit muss sofort wieder investiert werden, um mehr Profit zu erwirtschaften usw. „*Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!*“, kommentiert Karl Marx (MEW 23: 621).

In einer industrialisierten Wirtschaft bedeutet dieser kapitalistische und nicht nur der finanzkapitalistische Wachstumszwang aber *unbegrenzten Verbrauch von Ressourcen und Energie* sowie unbegrenzte Möglichkeiten, Verschmutzung, Vergiftung, Absorption von CO₂ usw. zu verkraften. Und genau dies kann eine begrenzte Erde nicht schaffen. Die Klimakatastrophe ist der eindeutige Beleg für diese Tatsache (Schellnhuber 2015). Daraus folgt: Wenn Leben auf dieser Erde auf Dauer möglich sein soll, muss der Kapitalismus als solcher überwunden werden, nicht nur der arrogant gewordene Finanzkapitalismus.

Diese Aufgabe ist nicht ein rein ökonomisches Problem. Denn die genannten Zwänge haben die Menschen verinnerlicht. Sie betreffen auch Bewusstseinszustände und psychische Zwänge. In jedem Fall handelt es sich beim *Kapitalismus* um *ein umfassendes zivilisatorisches System, ja, um die herrschende Religion* – also auch die Dimensionen von Mentalität und Spiritualität umfassend. Und diese Zivilisation ist fast 3000 Jahre alt. Das ergibt sich aus neueren Forschungen, die ich in meinem Buch *Gieriges Geld* aufgegriffen habe. Schon allein aus diesem Grund kann die Überwindung des Kapitalismus nur *als langfristige Perspektive* gelten, die dann allerdings auf kurz- und mittelfristige Schritte bezogen werden muss. Ein Zivilisationswandel vollzieht sich über einen längeren Zeitraum hin. Gleichzeitig bleibt zur Abwendung der Klimakatastrophe nur wenig Zeit. Es geht also um die Jahrhundertfrage einer grundlegenden Zivilisationstransformation in der Balance von Zeitdruck und komplexer Dynamik.

Bei dieser kritischen Aufgabe kann uns *Karl Marx* helfen, der beim Club of Rome ignoriert wird, der aber die fundamentalste Kapitalismuskritik im Zeitalter der Industrialisierung durchgeführt hat. Seine Ansichten sind keineswegs identisch mit dem, was später als Realsozialismus praktiziert wurde, worauf später zurückzukommen ist.

Die industrielle Revolution vertiefte die Arbeitsteilung und vergrößerte die Kluft zwischen den Klassen. Die Arbeitsteilung drang nun in den Bereich der Produktion selbst vor. In der Fabrikproduktion produzieren nach Marx die Arbei-

tenden nur einen kleinen Teil des Produkts für sich selbst, den Rest als *Mehrwert* für die Eigentümer der Produktionsmittel. Der Kern dieser Produktionsweise und dieses Produktionsverhältnisses ist das Drücken der Material- und Arbeitskosten, um einen möglichst hohen Gewinn für die Kapitaleigner zu erzielen. Diesem Ziel wird alles untergeordnet, insbesondere das Wohl der arbeitenden Menschen und der Natur. So entsteht zunächst der „Manchester-Kapitalismus“, dessen ursprüngliches Kapital wesentlich aus dem Raub der Reichtümer Amerikas und Indiens sowie aus den Gewinnen des Sklavenhandels in Liverpool akkumuliert wurde. Soziale und ökologische Zerstörung begleitet diese Art von Marktkoordination der Arbeitsteilung. Karl Marx bringt die Folgen der industriell-kapitalistischen Produktionsweise auf den Punkt, wenn er schreibt:

„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“⁶

Karl Marx ist nach Aristoteles mit Abstand der genaueste Analytiker des „gierigen Geldes“, des Kapitals, nun allerdings auf der fortgeschrittenen Stufe der marktförmigen Geld-Privateigentums-Wirtschaft, nämlich dem Industrie- und späteren Finanzkapitalismus. Er entwickelt deren seither gültige *Formeln*:

- Die Relationen Ware–Ware (W–W) und Ware–Geld–Ware (W–G–W) in der Versorgungswirtschaft werden zu
- Geld–Ware–(mehr)Geld (G–W–G¹) im kommerziellen Handels- und produktiven Industriekapitalismus sowie zu
- Geld–(mehr) Geld (G–G¹) im Wucherkapitalismus und schließlich im Finanzkapitalismus.

Die Relationen Ware–Ware (W–W) und Ware–Geld–Ware (W–G–W) nennt *Aristoteles* die natürliche Wirtschaft (vgl. Duchrow 1994, 20ff.). Hier geht es um die Gebrauchswerte zur Bedarfsdeckung. Das heißt, *Geld kann auch in einem nichtkapitalistischen Sinn* verwendet werden als einfache Berechnungseinheit, als Tausch- und Kaufmittel für Gebrauchswerte oder für zinslose Kredite. Sobald aber Geld im Handels- oder Industriekapitalismus in Ware investiert wird, um damit mehr Geld zu gewinnen, oder im Finanzkapitalismus seinem Wesen nach aus Geld mehr Geld gemacht wird, mutiert es von Geld zu Kapital, das auf Akkumulation drängt. Die Vorform davon nennt *Aristoteles* Chremastik, Geld aus einem Mittel zum Zweck machen. Schon dies hätte den Club of Rome daran hindern müssen, den unsinnigen Begriff „natürlicher Kapitalismus“ zu benutzen. Chremastik und

6 Marx, Das Kapital, MEW 23, 529f.

Kapitalismus sind der direkte Gegensatz zu „Natürlich“. Die Chremastik zerstört nach Aristoteles die Gemeinschaft, darum muss die Institutionalisierung der Gier, der Zins, von der Polis verboten werden – ebenso wie die Monopolbildung als Ergebnis der Akkumulation. Ganz Ähnliches findet sich in der Bibel.

Karl Marx entschlüsselt den Mechanismus der Geldvermehrung, das „*Geheimnis der Plusmacherei*“, wie er es nennt, in der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum industriellen Kapitalismus durch drei fundamentale Erkenntnisse:

1. Er macht die Vergewaltigung der Wirklichkeit durch die Abstraktion des Geldvermehrungsmechanismus verstehbar durch seine Analyse des *Waren-, Geld- und Kapitalfetischismus*: Alle Regeln und Institutionen dieses Systems, die unsichtbar bleiben, die aber über Leben und Tod der Menschen und der Erde entscheiden, dienen letztlich der Kapitalakkumulation und gelten als solche sakrosankt, tabu.
2. Dabei verfeinert Marx die aristotelische Unterscheidung zwischen Geld als Geld (im Sinn des Tauschmittels für den Gebrauchswert von Waren zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse in der Konsumtion) und Geld als Kapital (im Sinn der grenzen- und maßlosen Vermehrung des Geldes als Wert um seiner selbst willen).
3. Auch liefert er die grundlegende Analyse für die schon bei Luther angedeutete Erkenntnis, dass die Vermehrung, Akkumulation des Kapitals als Kaufmannskapital oder als industrielles oder als zinstragendes Kapital, also der Mehrwert, durch ausgebeutete Arbeit zustande kommt. (Heute wäre die ebenfalls von Marx angedeutete Ausbeutung der Natur als grundlegend weiter zu entfalten). Dabei sieht er im Anschluss an Adam Smith, dass nur gerade so viel des Ertrags in die Reproduktion der Arbeitskraft fließt, als zu ihrer minimalen Erhaltung nötig ist. Die Menschen und menschlichen Bedürfnisse, die über die Reproduktion der Arbeitskraft hinausgehen, sowie die Erde interessieren das sich selbst vermehrende Kapital nicht – der Grund für die Verelendungsprozesse von Menschen und für die Zerstörungsprozesse der Natur.

Es ist nicht möglich, die *Fetischismusanalyse*, die Marx im „Kapital“ vorgelegt hat, hier vollständig zu entfalten (vgl. Duchrow 2017: 102ff.). Er analysiert die Regeln, Institutionen und Herrschaftsverhältnisse, nach denen sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Verteilung der Güter ordnen. Insbesondere in der kapitalistischen Gesellschaft werden diese Regeln unsichtbar gehalten, weil sie sich in den Warenbeziehungen verstecken.

Diese Erkenntnis zielt bei Marx darauf, dass in der neuzeitlichen bürgerlichen Geldvermehrungsmarktgesellschaft in umfassender Form herauskommt – allerdings verschleiert -, dass der Mehrwert in der Bewegung von Geld über Ware zu

mehr Geld ausgebeutete Arbeitskraft ist. Die für Lohn Arbeitenden können nicht mehr ihre in einem Produkt vergegenständlichte Arbeitskraft als Ware zu Markte tragen, sondern sie müssen ihre Arbeitskraft, ihre „Haut“, sich selbst zu Markte tragen. Denn der Kapitaleigner hat die Produktionsmittel, Maschinen usw. in der Hand. Er ist damit auch Eigentümer der Produkte, also auch der Lebensmittel für alle Nicht-Kapitaleigner, einschließlich der Bauern ohne Land, der Erwerbslosen und anderer Randgruppen (Marginalisierte).

Das Kapital – seinem Wesen nach Geldvermehrung um seiner selbst willen – sichert nur das Leben derjenigen Arbeiter, die für seinen (des Kapitals) eigenen Lebensprozess notwendig sind. Das Elend der Erwerbslosigkeit z.B. hat keinen Platz im Kalkül des Kapitals – ebenso wenig wie einst Kinderarbeit –, solange die Gegenkräfte nicht stark genug sind. Das Kapital seinerseits erweckt den Schein, als sei es die Quelle alles Produktiven. Sein zerstörerischer Selbstvermehrungsmechanismus wird als die Quelle des Lebens dargestellt, ist aber in Wahrheit Quelle des Todes.

„Im zinstragenden Kapital erreicht das Kapitalverhältnis seine äußerlichste und fetischartigste Form ... Das Kapital erscheint als mysteriöse und selbstschöpferische Quelle des Zinses, seiner eigenen Vermehrung. Das *Ding* (Geld, Ware, Wert) ist nun als bloßes Ding schon Kapital, und das Kapital erscheint als bloßes Ding; das Resultat des gesamten Reproduktionsprozesses erscheint als eine einem Ding von selbst zukommende Eigenschaft: ... *Im zinstragenden Kapital ist daher dieser automatische Fetisch rein herausgearbeitet*, der sich selbst verwertende Wert, Geld heckendes Geld, und trägt es in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr“ (MEW, Bd. 25, 404f.).

Marx konzentriert sich also vor allem auf die *mörderischen Konsequenzen des Fetischismus für die arbeitenden Menschen*. Der Fetisch erheischt Menschenopfer. Marx versteht, dass der Wert der Waren und des Geldes Arbeitszeit ist, und das heißt präzise: *Arbeits-Lebenszeit*, die um des Mehrwerts willen ausgesaugt und sogar zerstört wird. Er sagt: „*Der Konsumtionsprozess der Arbeitskraft ist zugleich der Produktionsprozess von Ware und von Mehrwert*“ (MEW, Bd. 23, 189). In Ländern und Zeiten mit schrumpfender Wirtschaft wird Hunger und Tod die unteren Schichten heimsuchen, bis die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder steigt. „Auf solche Art reguliert die Nachfrage nach Arbeitskräften, *wie bei jeder anderen Ware* das Wachstum der Bevölkerung“ (Smith 1988 I, 8 §40).

Die Hoffnung von Marx, dass die *Arbeiterklasse* angesichts ihrer Verelendung das historische Subjekt sein würde, um die neue postkapitalistische Zivilisation des Kommunismus herbeizuführen, hat zwar zeitweise zu einer sozialen Abfederung des Kapitalismus geführt, aber noch nicht zu dessen Überwindung, die schon

aus ökologischen Gründen notwendig ist. Darum muss erneut gefragt werden: Wer sind die Subjekte, die die notwendige Transformation heute in die Wege leiten könnten?

Hier ist die Religionskritik von Marx umzukehren. Wenn Kapitalismus zur Religion geworden ist, was Marx mit seiner Fetischismuskritik selbst sagt, dann muss der Götze auch „geistlich“ geschlagen werden. Abgesehen davon, dass der Kapitalismus längst nicht nur die industriellen Lohnarbeitenden ausbeutet, sondern die Gesellschaft und das Leben als Ganzes schädigt, ist der Kampf gegen den Klassenkampf von oben von allen negativ Betroffenen zu führen, vor allem aber mit den Teilen der Glaubensgemeinschaften, die durch die Religionskritik hindurchgegangen sind und sich den offiziellen Beschlüssen der weltweiten Christenheit anschließen. Denn diese haben alle den imperialen Kapitalismus formell verworfen und zur Arbeit an Alternativen aufgerufen. Papst Franziskus (2013) bringt es auf den Punkt: „Diese Wirtschaft tötet! ... Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung ... Nein zur neuen Vergötterung des Geldes ... Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen: Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt.“

So ist das Neue im Alten gewachsen und wird weiter wachsen.

Literatur

- Duchrow, Ulrich (1994), 1997 2. Aufl.: Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft – Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie. Gütersloh/Mainz
- 2013: Gieriges Geld: Auswege aus der Kapitalismusfalle – Befreiungstheologische Perspektiven. München. (verfügbar: <http://ulrich-duchrow.de/wp-content/uploads/2017/02/0000-Buch-Gieriges-Geld-komplett-9783466370696.pdf>)
- 2017: Mit Luther, Marx und Papst den Kapitalismus überwinden. Hamburg u. Frankfurt a.M.
- Franziskus 2013: Evangelii Gaudium (http://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html)
- Kairos Europa (Hg.) 2005: Kirchen im ökumenischen Prozess für gerechte Globalisierung – Von Winnipeg 2003 über Accra 2004 nach Porto Alegre 2006. Heidelberg
- 2013, Von den Rändern her in Richtung globale Transformation! „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ – Hoffnung auf einen neuen kirchlichen Aufbruch für das Leben?. Heidelberg
- Marx, Karl 1969: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Karl Marx/ Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 23. Berlin
- Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band, Buch III: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion, Herausgegeben von Friedrich Engels, MEW, Bd. 25

- Scheidler, Fabian 2015: Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation. Wien
- Schellnhuber, Hans Joachim 2015: Selbstverbrennung Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff. München
- Smith, Adam (1978) 1988 4. Aufl.: Der Wohlstand der Nationen. eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. München
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von/WIJKMAN, Anders 2017: Wir sind dran. Club of Rome: Der große Bericht. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen. Eine neue Aufklärung für eine volle Welt. Münster

Ulrich Duchrow, Alfred-Jost-Str. 7, D-69124 Heidelberg
E-Mail: ulrich.duchrow@wts.uni-heidelberg.de



7. erweiterte Auflage

Michael Heinrich
Die Wissenschaft vom Wert
Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie
zwischen wissenschaftlicher Revolution und
klassischer Tradition
2017 – 422 Seiten – 35,00 € – ISBN 978-3-89691-454-5

Jens Grandt
Karl Marx, Friedrich Engels – neu ediert und neu erschlossen
Rezensionen und Reflexionen

2. Auflage

Brigitte Aulenbacher/ Birgit Riegraf/ Susanne Völker
Feministische Kapitalismuskritik
Einstiege in bedeutende Forschungsfelder
mit einem Interview mit Ariel Salleh
(Einstiege Band 23)
2018 – 179 Seiten – 15,90 € – ISBN 978-3-89691-679-2

Jens Grandt
Karl Marx, Friedrich Engels – neu ediert und neu erschlossen
Rezensionen und Reflexionen
2018 – 242 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-287-9

6. Auflage

John Holloway
Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen
übersetzt von Lars Stubbe
2018 – 255 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-514-6

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE 



Tove Soiland

Soziale Reproduktion und Neue Landnahme: ein feministischer Zugang

Einleitung

Seit Beginn des Millenniums¹ gibt es in der internationalen marxistischen Theoriebildung ein Wiederaufleben von Ansätzen, die in Anlehnung an Rosa Luxemburg das Fortdauern von Formen primitiver Akkumulation für die Analyse postfordistischer Akkumulationsregime fruchtbar machen.² Stellvertretend für viele formuliert David Harvey, dass marxistische Theorie heute vor der Herausforderung stehe, die große Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise trotz der dem Kapitalismus inhärenten Krisenneigung zu erklären (2005: 89). Während Marx mit der bürgerlichen Ökonomie die Annahme teilte, dass Formen der ursprünglichen Akkumulation nur am Beginn des Kapitalismus bei der Ablösung feudalistischer Produktionsweisen eine Rolle spielten, nach Abschluss dieses Prozesses die Kapitalakkumulation sich jedoch ausschließlich im Rahmen der von ihm so bezeichneten „erweiterten Reproduktion“ abspiele³, geht die heutige Diskussion um „Neue Landnahmen“ davon aus, dass es diese fortgesetzten Formen primitiver Akkumulation sind, die maßgeblich zum Überleben des Kapitalismus

-
- 1 Vorliegender Text ist die gekürzte Fassung des auf Englisch erschienen Beitrages: Soiland, Tove (2016): A feminist approach to primitive accumulation. In: Dellheim, Judith/Wolf, Otto Frieder (eds.): Rosa Luxemburg – a Permanent Challenge for Political Economy. On the History and the Present of Luxemburg's 'Accumulation of Capital'. London: Palgrave, 185-218.
 - 2 Im englischsprachigen Raum Perlman (2000), Harvey (2005), De Angelis (2007), Federici (2010), Ezquerro (2014) und die Diskussion um Commons, vgl. z.B. The Commoner <http://www.commoner.org.uk/>; für den deutschen Sprachraum Zeller (2004), Dörre (2009) und der Sammelband Backhouse et al. (2013).
 - 3 Die „erweiterte Reproduktion“ ist die Generierung und nachfolgende Reinvestition des Mehrwertes, also die vertraglich korrekte Form der Akkumulation, vgl. MEW 24: 485-518.

beitragen. Harvey selbst geht davon aus, dass seit der Krise des Fordismus Mitte der 1970er Jahre Formen der „Akkumulation durch Enteignung“ die Mehrwertakkumulation in ihrer Bedeutung für die gesamte Kapitalakkumulation abgelöst haben (ebd.: 151).

Dies ist insofern von Bedeutung, als damit andere Ausbeutungsformen als die Ausbeutung der klassischen Lohnarbeit ins Zentrum auch marxistischer Theoriebildung gelangen, was einer historischen Veränderung Rechnung trägt: Während das traditionelle Subjekt der Arbeiterpolitik: der Blue-Collar-Arbeiter in westlich-kapitalistischen Gesellschaften gerade während der Zeit des Fordismus eine weitgehende sozialpartnerschaftliche Integration in das kapitalistische System erfuhr, drangen spätestens seit '68 neue politische Subjekte und Kämpfe in den Vordergrund. Die Neuen sozialen Bewegungen ab '68 machten geltend, dass eine globale Perspektive andere Akteure und somit auch Ausbeutungsformen als die Ausbeutung der Lohnarbeit von relativ gut gestellten Arbeitern ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stellen müsse. Insofern ist das Theorem fortdauernder Formen primitiver Akkumulation nicht nur wichtig für die Theoretisierung der hierin angesprochenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen, die sich von den klassischen Themen des Marxismus unterscheiden. Vielmehr hat das Konzept selbst vermutlich genau durch diese Bewegungen seine Bedeutung erhalten. Das Theorem fortdauernder *Landnahmen* kann deshalb als das eigentliche Theorem der sozialen Bewegungen bezeichnet werden, die von Anbeginn beanspruchten, ihre Kämpfe mit einer globalen Perspektive zu verknüpfen. Es stellte damit auch den Versuch dar, das Gegeneinander von traditioneller marxistischer Theorie und Imperialismustheorie zu überbrücken (Harvey 2001, 263).

Was jedoch in dieser gegenwärtigen internationalen Diskussion um auch in weitentwickelten Gesellschaften fortdauernde Formen ursprünglicher Akkumulation weitgehend vergessen scheint, ist, dass es eine ältere feministische Rezeption der Thesen Rosa Luxemburgs gibt, die Ende der 1970er Jahre entstand: Feministische Theoretikerinnen der damaligen Hausarbeitsdebatte, und hier allen voran die Bielefelder Entwicklungssoziologinnen Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronica Bennholdt-Thomsen, machten für den Bereich des Haushaltes geltend, dass die darin meist von Frauen unentgeltlich verrichtete Arbeit einer solchen Form von primitiver Akkumulation ausgesetzt ist, insofern der Haushalt das wichtigste Element der kapitalistischen Produktion, die Ware Arbeitskraft, quasi kostenlos produziert.⁴

⁴ The commoner 15, Winter 2012 greift in einer Themennummer „Care Work and the commons“ auf diese älteren Debatte zurück. Darin sind auch wichtige Texte dieser Zeit wiederabgedruckt.

Mit der unbezahlten Frauenarbeit thematisierten sie damit eine Ausbeutungsform jenseits der Mehrwertausbeutung, die nicht nur inmitten der kapitalistischen Zentren stattfindet, sondern als eine Ausbeutungsform jenseits der Lohnarbeit laufend vom Kapitalismus selbst neu hervorgebracht wird.

Die These dieses Beitrages ist es, dass die damalige Rezeption eine Lesart von Rosa Luxemburgs Erweiterung der marxistischen Akkumulationstheorie vorschlägt, die nicht nur die heutige Diskussion um gegenwärtige Formen von Enteignungen vorwegnimmt, sondern diese teilweise auch anders theoretisiert. In ihrer Fokussierung auf einen bestimmten Aspekt von Rosa Luxemburgs Ausführungen analysierte diese feministische Rezeption die fortdauernden Landnahmen als Artikulation unterschiedlicher Produktionsweisen (Mies 2009, 259). Rückblickend betrachtet stellen sie damit ein wertvolles Instrumentarium bereit für die Analyse auch postfordistischer Akkumulationsregime, die sich gegenüber den fordistischen u.a. darin unterscheiden, dass ein Teil dieser vormals von Frauen unentgeltlich verrichteten Arbeit tatsächlich in die Lohnförmigkeit überführt wurde – ohne dass dies allerdings eine maßgebliche Besserstellung für Frauen resp. die Aufhebung ihrer Überausbeutung zur Folge hatte.

Rosa Luxemburg bezeichnete sich selbst bekanntlich nicht als Feministin. Sie war überzeugte Revolutionärin und folgerichtig wollte sie in ihren theoretischen Schriften zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie arbeiten. Hundert Jahre nach ihren Analysen, in einer global veränderten Welt, in der die Möglichkeit zu einer proletarischen Revolution in weite Ferne gerückt scheint und ein neoliberales Projekt auf eine Mischung von gewaltförmiger Durchsetzung und hegemonialer Zustimmung setzt, stellt sich die Frage nach den durchgreifenden Integrationsmechanismen des Kapitalismus nochmals anders. Gerade angesichts dieser Frage halten ihre theoretischen Analysen ein Instrumentarium bereits, das es erlaubt, die Ungreifbarkeit bestimmter Ausbeutungsformen im Bereich der Reproduktion, die heute vermutlich maßgeblich zur Integrationsfähigkeit kapitalistischer Produktionsweisen beitragen, zu analysieren. Auch wenn Rosa Luxemburg diese Verknüpfung nicht machte, ist die Frage, was gegenwärtig im Bereich der Reproduktion in den Metropolen des Kapitalismus selbst geschieht, für die von ihr aufgeworfenen Fragen von großer Bedeutung. Heute wissen wir nämlich auch, unter anderem Dank den wegweisenden Arbeiten der Bielefelder Soziologinnen, dass zwischen der internationalen politischen Ökonomie und der für einen feministischen Zugang zentralen Frage der Reproduktion ein größerer Zusammenhang besteht, als dies Rosa Luxemburg in ihrer Zeit annehmen konnte, sodass wir zwischen diesen beiden Perspektiven – der feministischen und der polit-ökonomischen – nicht wählen müssen.

Dieser Beitrag geht deshalb mit Silvia Federici davon aus, dass wir es gegenwärtig mit einer „Restrukturierung der (Re-)Produktion der Arbeitskraft in der globalen Ökonomie“ zu tun haben (Federici 2012, 91), die als eine neue Form primitiver Akkumulation aufgefasst werden muss. Neoliberalismus ist nicht einfach die Privatisierung von Bahn oder Luft. Er ist auch und vielleicht sogar vorrangig ein tiefer Eingriff in die Weisen, wie Menschen weltweit gezwungen sind, sich zu reproduzieren. So betrachtet muss es deshalb bei seiner Analyse auch darum gehen, die spezifischen Formen von primitiver Akkumulation, die heute im Bereich der Reproduktion am Werk sind, ins Blickfeld zu bekommen und theoretisch zu konzipieren.

Konkret verfolgt dieser Beitrag zweierlei: Zunächst einmal geht es mir darum, die heutige Diskussion um Akkumulation durch Enteignung um diesen wichtigen, spezifisch Frauen und ihr Arbeitsfeld betreffenden Aspekt zu erweitern und damit das Augenmerk auf einen Aspekt zu legen, der in der bisherigen Diskussion nicht vorkommt, für eine frauenspezifische Ausbeutungsform aber von besonderer Virulenz ist: das auch in weitentwickelten kapitalistischen Gesellschaften fortbestehende Nebeneinander der Existenz verschiedener Produktionsweisen und deren Artikulation. In diesem Sinn fokussieren die hier angestellten Überlegungen auf Dynamiken, die ihren Ausgangspunkt in weitentwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens selbst haben. Andererseits und damit in Zusammenhang stehend muss es aber folglich auch darum gehen, die ältere Hausarbeitsdebatte der 1970er Jahre für postfordistische Verhältnisse zu aktualisieren, indem dem gegenüber den 1970er Jahren veränderten Umstand Rechnung zu tragen ist, dass ein Teil dieser vormals von Frauen in Haushalten gratis verrichteten Arbeit tatsächlich in die Lohnförmigkeit übergegangen ist. Dazu werde ich auf Überlegungen der feministischen Ökonomie zurückgreifen.

Die frühe Rezeption Rosa Luxemburgs durch die Bielefelder Soziologinnen

Es war die eigentliche theoretische Leistung der Bielefelder Soziologinnen⁵, Rosa Luxemburgs These, dass der Kapitalismus auch in seinem fortgeschrittensten Stadium auf „nicht-kapitalistische Produktionsformen“ (GS 5: 313) angewiesen

5 Mies (2009, 260) macht darauf aufmerksam, dass der Begriff „Bielefelder Ansatz“ inkorrekt ist, da die Promotorinnen dieses Ansatzes in Bielefeld keine Anstellung bekamen, u.a. wegen dieser ihrer Grundannahmen. Ich verwende diese Bezeichnung trotzdem, da sie sich international durchgesetzt hat.

bleibt, auf die mehrheitlich unbezahlte Reproduktionsarbeit in den Zentren kapitalistischer Produktion anzuwenden und damit vorwegzunehmen, was heute unter dem Theorem einer Neuen Landnahme diskutiert wird.

In dieser Darstellung stützten sich die Bielefelder Soziologinnen auf Rosa Luxemburgs Überlegungen, dass der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife auf Formen der Akkumulation zurückgreift, in denen nicht der Vertrag, sondern „ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung“ als Formen der Aneignung vorherrschen (GS 5: 397). Rosa Luxemburg wieder sprach damit Marx' Annahme, dass „primitive“ Formen von Akkumulation (GS 5: 313/318) – die von ihm so bezeichnete „ursprüngliche Akkumulation“ (MEW 23: 741) – nur am Beginn der kapitalistischen Produktionsweise zu finden sei, Gewalt somit nur bei der Genesis, gewissermaßen als „Geburtshelfer“ des Kapitalismus als Mittel der Akkumulation eine Rolle spiele (MEW 23: 779). Angesichts des Ersten Weltkrieges kam Rosa Luxemburg demgegenüber zum Schluss, dass die Kolonien mit den darin vorherrschenden gewaltsamen Formen von Ausbeutung in ihrer *ökonomischen Funktion* für die kapitalistische Akkumulationsweise verstanden werden mussten. Ihre Kritik besteht folglich darin, dass Marx zwar „die Ausplünderung der Kolonialländer durch das europäische Kapital“ thematisierte, diese aber „nur unter dem Gesichtswinkel der sogenannten ‘primitiven Akkumulation’“ in Betracht zog: „Die angegebenen Prozesse illustrieren bei Marx nur die Genesis, die Geburtsstunden des Kapitals, sie bezeichnen die Geburtswehen bei dem Heraustreten der kapitalistischen Produktionsweise aus dem Schoße der feudalen Gesellschaft. Sobald er die theoretische Analyse des Kapitalprozesses gibt – Produktion wie Zirkulation – kehrt er ständig zu seiner Voraussetzung: allgemeine und ausschließlich Herrschaft der kapitalistischen Produktion zurück.“ (GW 5: 313) Demgegenüber beharrt Rosa Luxemburg darauf, Kolonialismus als Ausdruck dessen zu verstehen, dass „Gewalt (...) eine ständige Methode der Kapitalakkumulation als geschichtlicher Prozess ist“ (ebd.: 319). In diesem Zusammenhang formuliert sie ihre berühmte These einer fortgesetzten primitiven Akkumulation: „Hier haben wir es nicht mehr mit der primitiven Akkumulation zu tun, der Prozess dauert fort bis auf den heutigen Tag. Jede neue Kolonialerweiterung wird naturgemäß von diesem hartnäckigen Krieg des Kapitals gegen die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge der Eingeborenen begleitet sowie von dem gewaltsamen Raub ihrer Produktionsmittel und ihrer Arbeitskräfte.“ (ebd.: 318) Damit vollzieht Rosa Luxemburg in einem entscheidenden Punkt eine Verschiebung an Marx' theoretischer Analyse des Kapitalprozesses, nämlich, dass es keineswegs notwendig ist, dass der Kapitalismus alle seine Bestandteile der Akkumulation auch selber,

d.h. unter kapitalistischen Bedingungen, produziert – eine Annahme, die Marx mit der bürgerlichen Ökonomie teilte⁶:

„Die Hoffnung, den Kapitalismus ausschließlich auf den ‘friedlichen’ Wettbewerb’, d.h. auf den regelrechten Warenhandel, wie er zwischen kapitalistisch produzierenden Ländern geführt wird, als die einzige Grundlage seiner Akkumulation verweisen zu können, beruht auf der doktrinären Täuschung, als ob die Kapitalakkumulation ohne die Produktivkräfte und die Nachfrage primitiver Gebilde auskommen (...) könnte.“ (GW: 318)

Wenn Rosa Luxemburg in diesem Zusammenhang davon spricht, „dass der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist“ (ebd.: 313), so führt sie diese Überlegung zu ihrer entscheidenden Erweiterung der Marxschen Akkumulationstheorie: „Die Akkumulation ist nicht bloß ein inneres Verhältnis zwischen den Zweigen der kapitalistischen Wirtschaft, sondern vor allem ein Verhältnis zwischen Kapital und dem nichtkapitalistischen Milieu ...“ (ebd.: 364).

Es ist diese Außen-Innen-Dialektik und damit der Hinweis auf die zentrale Bedeutung von Verhältnissen, die „außerhalb der kapitalistischen Produktion und Akkumulation liegen“ (ebd.: 300), von der sich auch die heutige Diskussion um „Neue Landnahme“ resp. primitive Formen von Akkumulation inspirieren ließ. David Harvey, der diese Diskussion im Wesentlichen angestoßen hat, teilt einerseits mit Rosa Luxemburg die Einsicht, dass das kapitalistische System ein „Außerhalb“ braucht, um sich zu stabilisieren. Er kritisiert aber die darin implizit enthaltene Zusammenbruch-These, Rosa Luxemburgs Prognose also, dass es dem Kapitalismus nach Vollendung der stetigen Landnahmen früher oder später an einem „Außen“ und damit an äußeren Absatzmärkten fehlen würde (Harvey 2005: 137). Die Reduktion von Luxemburgs Thesen auf eine Frage der Erschließung von Absatzmärkten ist allerdings inkorrekt. Luxemburg widerspricht sogar explizit der Annahme, es handle sich bei den nichtkapitalistischen Schichten lediglich um eine Frage des Absatzmarktes, indem sie immer wieder betont, dass die „sachlichen Elemente“ (GW 5: 306/300) der Produktion unter Umständen

⁶ Es ist wichtig zu sehen, dass es Luxemburg in ihrer Kritik an Marx um ein ökonomisches Problem geht, indem sie seine Grundannahme: die Möglichkeit einer „Alleinherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise“ in Frage stellt: „Das Schema der erweiterten Reproduktion weist bei näherem Zusehen selbst in allen seinen Beziehungen über sich hinaus auf Verhältnisse, die außerhalb der kapitalistischen Produktion und Akkumulation liegen.“ (GW 5: 300)

ebenfalls diesem Milieu entstammen, indem diese vom Kapital weit unter ihrem tatsächlichen Wert gekauft oder gar geraubt werden können: „Äußerer Markt für das Kapital ist die nichtkapitalistische soziale Umgebung, die seine Produkte absorbiert und ihm Produktionselemente und Arbeitskräfte liefert.“ (Ebd.: 315)

Es ist diese Form einer Subsumtion, die auf Ressourcen der Subsistenz einer anderen Produktionsweise – der von Rosa Luxemburg so bezeichneten „nichtkapitalistische(n) soziale(n) Umgebung“ (ebd.: 315) – zielt, die die Bielefelder Soziologinnen Ende der 1970er Jahre dazu inspiriert hatte, in Anlehnung an Rosa Luxemburg die Hausarbeit in westlich-kapitalistischen Gesellschaften als eine solche „Subsistenzproduktion“ zu verstehen (Bennholdt-Thomsen 1981, Mies 1983). Sie haben damit lange vor Harveys Überlegung, dass es sich bei den „Kolonien“ nicht zwangsläufig um ein geographisches Außen handeln muss, die häusliche Produktion als ein solches „Äußeres“ der kapitalistischen Produktionsweise konzipiert, das sich nicht nur in dessen Innerem befindet, sondern von diesem selbst laufend neu hervorgebracht wird: Die häusliche Produktion ist keine geographisch äußere Kolonie, sondern, wie Maria Mies in der Präzisierung der „Außen-Innen-Dialektik“ formuliert, eine „innere Kolonie“, die entsprechend in Land genommen werden kann (1988: 138; 1983: 117). Damit formulierten die Bielefelder Soziologinnen bereits zu Beginn der 1980er Jahre die die heutige Diskussion leitende Vorstellung⁷, dass der Kapitalismus in seinem Innern nicht-kapitalistische Inseln, die er später in Land nehmen kann, laufend selber hervorbringt, nämlich in Form einer gerade in Folge der kapitalistischen Produktionsweise sich laufend erweiternden Subsistenzproduktion.

Rückblickend fasst Mies das, was sie und ihre Kolleginnen damals theoretisch zu fassen suchten, in das Bild einer „Unterwasser-Ökonomie“, in der die Lohnarbeit und damit die normale Form der Ausbeutung nur die „Spitze des Eisbergs“ ist, der auf einem unsichtbaren Sockel unbezahlter Subsistenzarbeit fußt, der ganz andern Formen von Enteignung ausgesetzt ist (Mies 2009: 275). Damit sagen die Bielefelder Soziologinnen nicht nur, dass es eine Ausbeutung gibt, die von ihrem Umfang her die Lohnarbeit bei weitem übersteigt, was die zentrale These der heutigen Diskussion um „Akkumulation durch Enteignung“ ist (Bennholdt-Thomsen 1981: 38; Mies 2009: 264). Sie sahen es als Fehlwahrnehmung der damaligen Linken, davon auszugehen, dass der voranschreitende Kapitalismus schließlich alle Menschen in Normalarbeitsverhältnisse und damit in die „normale“ Form der Ausbeutung integrieren würde. Dessen Voranschreiten,

⁷ Vgl. dazu: Feministische Autorinnengruppe (2013).

so ihre damalige These, führt im Gegenteil dazu, dass ein immer größerer Teil der Bevölkerung sich mehrheitlich außerhalb von Lohnverhältnissen reproduziert.

Mit dem in diesem Zusammenhang geprägten Begriff einer „Hausfrauisierung der Lohnarbeit“ nahmen sie damit in gewisser Weise auch die heutige Diskussion um Prekarisierung vorweg. Dieser erstmals von Claudia von Werlhof verwendete Begriff (1983, ursprünglich 81/82) meint eine Lohnarbeit, die weder von der Organisation noch von der Entlohnung her existenzsichernd ist – die Arbeit wird, wie die der Hausfrau, als „Zuverdienst“ vorgestellt, obwohl sie es faktisch nicht ist. Mit diesem Begriff verbanden die Bielefelderinnen schon damals eine Tendenz der Globalisierung, die nicht nur Frauen betraf, sondern den generellen Übergang von – eben eigentlich nur für die kurze Zeit des Fordismus geltenden – Normalarbeitsverhältnissen in deregulierte Formen von Lohnarbeit für alle. Von „Hausfrauisierung“, so ihre damalige Prognose, würden im Zuge der Globalisierung alle Erwerbstätigen, also auch Männer, betroffen sein (Mies 2009: 268/271f). Allerdings verbanden die Bielefelderinnen damit die Frage, wie die Menschen sich trotzdem, und damit sozusagen „unterhalb“ ihres Reproduktionsniveaus, reproduzieren. Eben um diese Frage zu beantworten, fanden Mies und Bennholdt-Thomsen den Begriff der „Subsistenzproduktion“. Sie meinten damit eine Überlebensökonomie, die gerade nicht eine antikapitalistische Insel darstellt, sondern laufend den Kapitalinteressen subsumiert wird (Bennholdt-Thomsen 1981: 31f; Mies 1983: 117).⁸ Arbeit im Bereich der Reproduktion ist *Produktion*, aber eine, die kaum als solche erscheint und daher stillschweigend in Land genommen werden kann, weil die darin geleistete Arbeit – insofern Menschen immer versuchen werden zu überleben – scheinbar „wie Luft und Wasser“ gratis zur Verfügung steht. Mies betont deshalb, dass „Hausfrauisierung gleichbedeutend ist mit Externalisierung oder Exterritorialisierung der Kosten, die sonst von den Kapitalisten gedeckt werden müssten“ (Mies 1988: 138). Für die heutige Diskussion um Prekarisierung wäre es deshalb zentral zu sehen, dass es oftmals nicht primär der Prekarisierte selbst ist, der die Kosten der Prekarisierung trägt, sondern

8 Dieser Punkt ist zentral, da die Bielefelder Soziologinnen oft mit der „Subsistenzperspektive“ gleichgesetzt werden, die einige ihrer Promotorinnen später einnahmen, worin die Subsistenz eine Art Ausgang aus der kapitalistischen Produktionsweise darstellen sollte. In den frühen Schriften ist der Begriff der „Subsistenzproduktion“ aber eindeutig für eine vom Kapitalismus selbst hervorgebrachte Überlebensökonomie und der damit verbundenen Überausbeutung vorbehalten. In diesem Sinn lässt sich das Konzept tatsächlich für heutige Formen prekarierteter Lebensweisen in den Metropolen des Kapitalismus verwenden. Vgl. zu einer solch aktuellen Anwendung des Bielefelder Ansatzes z.B. Hürtgen (2014, 59-62).

diejenige(n), die seine Reproduktion trotzdem und weiterhin aufrechterhalten, meist in einer komplexen Kombination von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Um dieses Phänomen zu bezeichnen, prägte Bennholdt-Thomsen bereits zu Beginn der 1980er Jahre den Begriff der „marginalen Masse“ (1981: 43). „Masse“ meint, dass in weit entwickelten Kapitalismen wie den unsrigen eine Mehrheit der Bevölkerung so funktionieren muss. „Marginal“ meint, dass sie eine „Randexistenz“ führen, die jedoch zur „Normalität“ wird. Für die hier interessierende Frage der Enteignung im Bereich der Reproduktion ist zentral, dass Bennholdt-Thomsen von dieser marginalen Masse nicht primär deshalb spricht, weil sie den Lohn drückt – der „Reservearmee-Mechanismus“, von dem Marx ausging. Die Bedeutung der „marginalen Masse“ liegt für Bennholdt-Thomsen vielmehr darin, dass diese sich aus der Perspektive des Kapitals kostenlos reproduziert, ihm aber, je nach Bedarf, dennoch wieder zur Verfügung steht. Ihre Reproduktionskosten sind damit, obwohl sie Lohnerwerbstätige sind, in keiner Weise vom Kapital entschädigt, ein Umstand, den Marx kaum vorsah.⁹ Bennholdt-Thomsen führt dazu aus: „Da ein Teil der Bevölkerung die notwendige Subsistenzarbeit übernimmt, ohne dem Kapital Kosten zu verursachen, erhöht sich dadurch die Möglichkeit der Aneignung von Mehrarbeit für das Kapital enorm. (...) Die marginale Masse befindet sich nicht außerhalb oder am Rande, sie bildet vielmehr einen integralen Bestandteil des kapitalistischen Systems.“ Diese unterordnende Integration bezeichnet Bennholdt-Thomsen deshalb als „marginale Subsumption“. „Marginale Subsumption“ bedeutet also, „dass nur ein minimaler Teil der für ihre Reproduktion notwendigen Arbeit auf der Kapitalseite als Kosten erscheint“, d.h. ihre „Reproduktion letztlich [den Arbeitenden] selbst aufgelastet wird“, gerade insofern sie teilweise Lohnerwerbsarbeitende sind (Bennholdt-Thomsen 1981: 44).

Mit dieser These, dass dem Kapital die Möglichkeit zur Exterritorialisierung von Kosten eignet, lehnten sich die Bielefelderinnen also an Rosa Luxemburg an. Gleichzeitig erweiterten sie ihre These einer fortwährenden ursprünglichen Akkumulation um den Begriff der „Subsistenzproduktion“. Mit Rosa Luxemburgs Hilfe stellten sie damit ins Zentrum ihrer eigenen Analyse der Kapitalakkumulation das Wechselverhältnis von bezahlter Erwerbsarbeit und von mit dieser Bezahlung

9 Marx ging davon aus, dass der Lohn zumindest alle Güter, die zur Reproduktion des Arbeiters und seiner Kinder notwendig sind, enthalten müsse. Er bestimmt so den Wert der Ware Arbeitskraft. Marx theoretisierte damit aber nicht den Umstand, dass viele Arbeiter nicht ununterbrochen in Lohnarbeit tätig sind, sich aber auch in dieser Zwischenzeit reproduzieren. In dieser so verstandenen Reproduktion ist die Arbeit von familiären Netzwerken zentral.

nicht gedeckter Reproduktionsarbeit und erarbeiteten damit ein Verständnis der zentralen Funktion der Hausarbeit für den spätkapitalistische Akkumulationsregime charakterisierenden Prozess einer zunehmenden „Hausfrauisierung der Lohnarbeit“. Seit ihrer Zeit jedoch hat sich genau in diesem Bereich – der von ihnen thematisierten unbezahlten Hausarbeit, Entscheidendes verändert, indem ein Teil dieser Arbeit tatsächlich in die Lohnförmigkeit übergegangen ist. Die damalige Diskussion thematisierte mit andern Worten zwar die Hausfrauisierung der Lohnarbeit. Was sie jedoch nicht thematisierte und was in den 1970er Jahren auch noch nicht diese Virulenz hatte, ist, dass heute der bezahlte Care-Sektor selbst zum privilegierten Ort von hausfrauisierten Arbeitsverhältnissen geworden ist.

Um dies und damit in gewisser Weise die Verdoppelung der von den Bielefelder Soziologinnen aufgeworfenen Problematik zu verstehen, möchte ich auf Überlegungen der feministischen Ökonomie zurückgreifen. Denn nicht zufällig hat sich diese Ende der 1980er Jahre zu formieren begonnen, indem sie anders als die Hausarbeitsdebatte, in deren Tradition die feministische Ökonomie auch nur teilweise steht¹⁰, mit dem ihr eigenen Begriff der Care-Ökonomie sowohl die bezahlte wie die unbezahlte Arbeit zusammenfasst.¹¹ Der Care-Begriff bildet so betrachtet auch eine historische Verschiebung ab. Die feministische Ökonomie mit dieser neuen Begrifflichkeit erklärt, warum die auch von einem Teil der Frauenbewegung als Weg der Emanzipation angestrebte Überführung der vormals von Frauen gratis verrichteten Hausarbeit in die Lohnförmigkeit nicht in jedem Fall greift, das heißt, nicht in jedem Fall zu einer tatsächlichen Besserstellung von Frauen führt. Gegenüber der älteren Hausarbeitsdebatte, die auf eine Zeit reagierte, in der die bezahlte Care-Arbeit noch nicht diesen Umfang und damit dieselbe volkswirtschaftliche Bedeutung hatte wie heute, geht die feministische

10 Zur teilweisen Kontinuität zwischen der älteren Hausarbeitsdebatte und der sich seit Ende der 1989er Jahre bildenden feministischen Ökonomie vgl. Çağlar (2009: 230-235). Es ist aber zentral zu sehen, dass die feministische Ökonomie einen anderen theoretischen Hintergrund hat, insofern sie in einer Auseinandersetzung mit der Neoklassik entstanden ist und teilweise dem Institutionenansatz folgt, vgl. dazu Heck (2010, 45-63).

11 Vgl. zu diesem Punkt S. Donaths Begriff *The other economy*, die sich um „die direkte Produktion und Erhaltung von Menschen“ kümmert (2001: 115; dt. 2014: 167). Vgl. dazu die Würdigung von Madörin (2014: 179f). Care-Ökonomie umfasst in Anlehnung an Madörin das tägliche Versorgen von Menschen, was u.a. bedeutet, dass Produktion und 'Konsum' nicht getrennt werden können (2007: 142f; 2006: 277-286). Zum bezahlten Care-Sektor gehören: Bildung, Gesundheit, Sozialwesen und Erziehung.

Ökonomie davon aus, dass gerade mit der Lohnförmigkeit der Care-Arbeit unter bestimmten Bedingungen neue ökonomische Dynamiken ins Spiel kommen, die zwangsläufig dazu führen, dass der Care-Sektor ein Niedriglohnsektor bleibt.

Eine historisch neue Situation: Die Ausdehnung des wertschöpfungsschwachen Sektors

Um zu verstehen, warum es gerade der Care-Sektor ist, der heute einer weitgehenden Prekarisierung ausgesetzt ist, sind gewisse wirtschaftstheoretische Überlegungen notwendig. Dazu ist zunächst an eine Überlegung der Regulationsschule anzuknüpfen, die Mitte der 1970er Jahre in Paris entstand mit dem Anliegen, jenen historischen Umbruch in der kapitalistischen Akkumulationsweise theoretisch zu erfassen, der heute als Übergang vom Fordismus zum Postfordismus bezeichnet wird.¹² Die Regulationsschule geht davon aus, dass man nicht ahistorisch von *dem* Kapitalismus sprechen kann, sondern dass es historisch gesehen verschiedene Formen kapitalistischer Produktionsweisen zu unterscheiden gilt, die sich nach den je unterschiedlichen Akkumulationsregimen unterscheiden. Akkumulationsregime sind im Wesentlichen die Weisen, wie unter historischen je unterschiedlichen Bedingungen privatwirtschaftliche Profite zu erzielen sind. Aus einer feministischen Perspektive wäre hier mit Silke Chorus zu ergänzen, dass diese je unterschiedlichen Akkumulationsregime offenbar jeweils auch mit historisch je anderen „Reproduktionsweisen“ einhergehen.¹³

Um die Bedeutung der Fordismuskrise in ihrer Auswirkung auf den reproduktiven Bereich zu verstehen, müssen wir uns in einem wirtschaftsgeschichtlichen Rückblick zunächst nochmals die ökonomischen Gründe für die Fordismuskrise in Erinnerung rufen, die aus der Sicht privater Kapitalverwertungsinteressen Restrukturierungen auch im Bereich der Reproduktion notwendig erscheinen ließen. Worauf reagierten diese? Was waren mit andern Worten die ökonomischen Gründe, die aus der Perspektive der Kapitaleigner die fordistische Produktionsweise unter Druck geraten ließen und offenbar auch nach neuen Reproduktionsweisen verlangten?

Historisch gesehen, das heißt, seit der beginnenden Industrialisierung, hat der Kapitalismus seine Profite mit den Mitteln der Produktivitätssteigerung erzielt. Das ist im Wesentlichen auch der Grund dafür, warum die kapitalisti-

12 Vgl. dazu Hirsch/Roth (1986: 10-45) und Hirsch (1995: 75-100).

13 Vgl. zu dieser Erweiterung der Regulationsschule die wichtigen Arbeiten von Silke Chorus: 2007b, 2011, 393f, 2007a: 44-100; 2013: 60-99.

sche Produktionsweise tatsächlich den Lebensstandard für einen Großteil der Bevölkerung anheben konnte. Produktivitätssteigerung heißt im Prinzip nichts anderes, als dass mittels technischer Innovationen oder der Rationalisierung von Arbeitsabläufen die Produktion der Stückzahl pro Zeiteinheit erhöht wird. So ist die Prosperitätsphase des Fordismus, also der Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg, im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass durch die Arbeitsinnovation des Taylorismus und weiterer technischer Innovationen die Güter des täglichen Bedarfs immer billiger wurden. Die damit einhergehende immense Ausdehnung des Produktionsvolumens stand am Beginn jenes historischen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeiterschaft, die der Fordismus prägte: Steigende Profitraten ermöglichten es den Unternehmen, gute Löhne zu zahlen, was wiederum die Arbeiterschaft dazu befähigte, die Güter, die so produziert wurden, auch tatsächlich zu kaufen und damit die Nachfrage zu sichern (Dörre 2009: 46-54). Man spricht deshalb in diesem Zusammenhang auch von der „Durchkapitalisierung der Lebenswelt“ (Hirsch/Roth 1986: 50ff), womit gemeint ist, dass immer mehr Güter des täglichen Bedarfs im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise und nicht mehr außerhalb von ihr – z.B. in Formen subsistenzwirtschaftlicher Produktion – produziert wurden.

Genau diese historische Gleichung ist in der Krise des Fordismus Mitte der 1970er Jahre zusammengebrochen. Ein Hauptgrund dafür war die seit den 1960er Jahren sich verlangsamenden Produktivitätszuwächse und in der Folge das Sinken der Profitraten, was im Wesentlichen darauf zurückzuführen war, dass die Arbeitsintensivierung mittels der Taylorisierung von Arbeitsabläufen an eine Grenze stieß (Hirsch/Roth 1986: 78-82). Neoliberale Restrukturierungsprogramme setzten deshalb zunächst hier an, indem von Unternehmerseite her versucht wurde, Produktivitätszuwächse und damit die Profite mit andern Mitteln wieder herzustellen. Zu diesen Mitteln zählten unter anderem ein generelles Absenken des Lohnniveaus, die Brechung der Macht der Gewerkschaften (Boltanski/Chiapello 2003: 310-328) und im Gegenzug dazu das Angebot neuer Formen der Arbeitsorganisation, die weniger auf Hierarchie denn auf Selbstorganisation beruhen (Dörre 2009: 57-68). Für den hier interessierenden Zusammenhang zentral ist, dass mit diesen Restrukturierungen in erster Linie auch ein Abkommen vom Modell des männlichen Ernährers verbunden war. Was aus Sicht privater Kapitalverwertung eine ökonomische Notwendigkeit war, verband sich aber gleichzeitig auch mit einer Forderung der Frauenbewegung, die dieses Modell des männlichen Ernährers als paternalistisch ablehnte, die Reduktion weiblicher Tätigkeiten auf ein Hausfrauendasein kritisierte und stattdessen den freien Zugang zum Arbeitsmarkt auch für Frauen forderte.

Ein Effekt dieser so gewollten, gleichzeitig aber auch erzwungenen Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen war, dass damit ein Teil der von ihnen vormals gratis verrichteten Arbeit in die Lohnförmigkeit überführt wurde. Dieser Umstand ist deshalb so zentral, weil dies eine ganz neue ökonomische Dynamik ins Spiel bringt: Mit der immensen Ausweitung bezahlter Care-Arbeit und damit der Entstehung eines bedeutsamen Care-Sektors wächst heute jener Anteil an der Lohnarbeit laufend, der für das Bestreben der Kapitaleigner, Profite mittels Produktivitätssteigerung zu generieren, wenig interessant ist. Denn genau diese Möglichkeit zur Produktivitätssteigerung ist allen Arbeiten des Care-Sektors nur sehr begrenzt gegeben: Weder wachsen und entwickeln sich Kinder mittels technischer Innovationen schneller oder ist es möglich, ihnen das Alphabet in kürzerer Zeit in den Kopf zu trichtern, noch kann das Pflegen von Erkrankten oder gar die umfassende Betreuung von Betagten mit solchen Mitteln wesentlich effizienter gestaltet werden. Was für die Güter der Güterproduktion und der allgemeinen Dienstleistung stimmt, gilt, wie die feministische Ökonomin Mascha Madörin immer wieder betont, aufgrund der Eigenlogik personenorientierter Dienstleistungen für die Dienstleistungen des Care-Sektors nicht (Madörin 2006: 291-293; 2007: 148-153; 2011: 57-63). Rasante Gewinne werden hier, obwohl auch dies heute versucht wird, wegen der diesen Dienstleistungen anhaftenden Eigenart, als Produkt keine technisch herzustellende Ware, sondern ein Element von Intersubjektivität oder Beziehung anzubieten, nie zu erzielen sein (Madörin 2007: 153f; 2010: 89).¹⁴

Rückblickend betrachtet lässt sich deshalb sagen, dass das fordistische Arrangement des Ernährermodells mit der Hausfrau diese sogenannten wertschöpfungsschwachen Arbeiten¹⁵ aus dem Bereich der Produktion und Lohnarbeit fernhalten konnte, wie dies Silke Chorus zu Recht herausstellt (2007a: 49/54/57f). Die fordistische Produktionsweise war *deshalb* eine Prosperitätsphase, weil die Produktion hier zu einem wesentlichen Teil *Industrie*produktion war, die lange Zeit dem Segen der Produktivitätssteigerung zugänglich war. So betrachtet hat

¹⁴ Wo mit personenorientierten Dienstleistungen trotzdem Gewinne erzielt werden wie beispielsweise in privatisierten Pflegediensten oder Krankenhäusern, ist dies nur möglich aufgrund eines massiven Lohndrucks, der meist zu Löhnen unterhalb des Reproduktionsniveaus der Care-WorkerInnen führt. Vgl. dazu z.B. Chorus (2013: 199-235).

¹⁵ Wertschöpfungsschwach heißen in der Ökonomie all jene Arbeiten, die mittels Produktivitätssteigerung kaum schneller produziert werden können. Fast alle personenorientierten Dienstleistungen sind demnach wertschöpfungsschwach.

sich aber das Problem, zu dessen Lösung der neoliberale Umbau beitragen wollte, durch diese 'Lösung' weiter zugespitzt: Durch die Ausweitung jenes Sektors, der nur wenig Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung hat, verschärft sich genau jenes Problem der sinkenden Produktivitätsraten gesamtwirtschaftlich, das am Ursprung der Fordismuskrise stand. Chorus spricht deshalb in diesem Zusammenhang von einem „doppelten Produktivitätsdilemma“ (2007b: 209ff; 2007a: 64-68).

Wir sind damit heute in einer für die kapitalistische Produktionsweise historisch völlig neuen Situation: Der Anteil jener Arbeiten, mittels derer die private Kapitalverwertung gute Profite erzielen kann, schrumpft im Verhältnis zum jenem Teil, in dem dies nicht wirklich funktioniert, laufend. Linda McDowell und Mascha Madörin berechnen für England und die Schweiz, dass dieser Anteil heute ca. 30% des Bruttoinlandproduktes ausmacht (Madörin 2007: 146f, McDowell 2009: 37). Verschärft wird diese Tendenz dadurch, dass der Care-Sektor gegenwärtig in weitentwickelten westlichen Gesellschaften neben den Finanz- und allgemeinen Dienstleistungen der Sektor ist, der das größte Wirtschaftswachstum aufweist, wenn er infolge der Finanzkrise nicht überhaupt der einzige noch verbleibende Wachstumssektor ist.¹⁶ Neoliberale Restrukturierungen müssen deshalb im Wesentlichen als Antworten auf dieses Dilemma verstanden werden. Denn es ist nicht zufällig so, dass neoliberale Programme heute vorrangig in diesem Bereich, das heißt, im wertschöpfungsschwachen Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen intervenieren. Der ganze Care-Sektor ist deshalb zu einem ökonomisch hochbrisanten *battleground* geworden, weil er es ist, der am zentralsten die privatwirtschaftlichen Profitinteressen tangiert.¹⁷

Jedenfalls kann hier und damit genau in jenem Bereich, wo heute mehrheitlich Frauen erwerbstätig sind, die goldene Regel des historischen Klassenkompromisses: die Gleichzeitigkeit von steigenden Profiten *und* guten Löhnen – nicht länger greifen. Woran es uns heute fehlt, sind nicht Handys und Kühlschränke, die mit

16 Diese Entwicklung findet sich sowohl für das eher konservative Care-Regime der Schweiz (Madörin 2010: 100f; 2007: 159) wie auch im weitgehend neoliberalisierten Care-Regime in England (McDowell: 2009: 36-38); eindruckliche Zahlen zum Verhältnis von Beschäftigten im Care-Sektor gegenüber dem übrigen Teil der Wirtschaft finden sich für die Metropole New York bei Chorus (2013: 199-211).

17 Die Wertschöpfungsschwäche dieses Sektors, der unter anderem deshalb der staatlichen Wohlfahrt überlassen blieb, würde aufgrund der beschriebenen ökonomischen Dynamik eigentlich eine kontinuierliche Erhöhung der Staatsquote erfordern, was bekanntlich gegenwärtig nicht stattfindet. Vgl. zu diesem Punkt Madörin 2011, 57 und 2010.

den Mitteln der Produktivitätssteigerung billiger hergestellt werden können. Woran es uns fehlt, sind die Zeit und das Geld, um in umfassendem Sinn für die Pflege und das Umsorgen bedürftiger Angehöriger, aber auch für die Betreuung von Kindern, die selbst durch eine im Idealfall schulische Ganztagesstruktur keinesfalls abgedeckt ist. An Zeit fehlt es, weil zunehmend alle erwachsenen Erwerbsfähigen, inklusive der Großeltern, in eine Erwerbsarbeit eingebunden sind, die von ihnen nicht nur verlangt, dem Arbeitsplatz vollumfänglich zur Verfügung stehen, sondern oftmals mit Flexibilitätsanforderungen einhergehen, die mit Reproduktionsverpflichtungen kaum zu vereinbaren sind. Es fehlt aber auch das Geld, sich diese, relativ gesehen, teuren Dienste am Markt zu kaufen¹⁸, wenn wir nicht länger über die Zeit verfügen, dies selber zu tun. Der Mangel liegt heute also, anders als in der Zeit des Fordismus, nicht mehr im Bereich der Güter des täglichen Bedarfs, sondern im Bereich jener Dienstleistungen, die mit den Mitteln der Produktivitätssteigerung nur sehr bedingt profitabler oder billiger gemacht werden können. Dies führt zu ganz neuen Verteilungskämpfen und wie Silvia Federici zu Recht feststellt, auch zu neuen Klassenverhältnissen (2010: 2; 2012: 22).

Die hier beschriebene ökonomische Dynamik ist, wie der liberale Ökonom William Baumol bereits in den 1960er Jahren festgestellt hat, ein Phänomen, das in allen weitentwickelten kapitalistischen Gesellschaften zwangsläufig auftritt (Baumol 2012: xvii-xix). Diese von Baumol so genannten „divergierenden Produktivitäten“ (ebd.: 21, vgl. Madörin 2017: 50-57) zwischen wertschöpfungsstarken und wertschöpfungsschwachen Sektoren wären an sich noch kein Problem. Sie werden es jedoch im Rahmen privater Kapitalverwertungsinteressen. Wie sich dieses Problem bemerkbar macht und welche Konsequenzen es für die einzelnen Individuen, für Männer und Frauen und das Geschlechterverhältnis hat, ist deshalb im Wesentlichen durch die politischen Lösungen bestimmt, die für dieses Problem gefunden werden. Bekanntlich ist diese Lösung gegenwärtig wirtschaftsfreundlich. Offensichtlich gelingt es der Privatwirtschaft, die Kosten des „doppelten Produktivitätsdilemmas“ nicht selbst zu tragen. Ihre Antwort auf dieses Dilemma liegt vielmehr im Versuch, sich der relativ gesehen immer teurer werdenden Reproduktionskosten weitestgehend zu entledigen. Sie tut dies, indem sie entweder verlangt, dass diese Dienstleistungen der marktwirtschaftlichen

18 Es ist wichtig zu betonen, dass es sich dabei um eine *relative* Kostenzunahme dieser Dienste im Vergleich zu den Gütern der Güterproduktion handelt, die sich daraus ergibt, dass die Produktionskosten der Güterproduktion infolge technischer Innovationen abnehmen. Vgl. dazu Madörin 2007, 150f.

Logik unterworfen werden. Wo das nicht geht und der Staat diese wertschöpfungsschwachen Leistungen weiterhin übernimmt, übt sie einen massiven Spardruck auf diesen aus, was letztlich zu demselben Ergebnis führt: In beiden Fällen entsteht ein massiver Druck auf die Löhne der in diesem Sektor Beschäftigten und damit Reproduktionsverhältnisse, die, wie Linda McDowell feststellt, teilweise eher an frühkapitalistische Ausbeutung denn an eine fordistische Sozialpartnerschaft erinnern (McDowell 2009: 37).

Insgesamt lässt sich deshalb sagen, dass wir heute nicht mehr von einem generellen Widerspruch oder Interessenskonflikt zwischen Kapital und Arbeit ausgehen können, wie das noch zu Marx' Zeiten der Fall war. Nicht alle Lohnerwerbstätigen geraten heute unter Druck, sondern vorrangig diejenigen, die in irgendeiner Weise in Reproduktionsarbeit, bezahlte wie unbezahlte, involviert, d.h. im Care-Sektor tätig sind. So betrachtet verläuft der neue Widerspruch heute vielmehr zwischen dem wertschöpfungsschwachen und dem wertschöpfungsstarken Sektor resp. zwischen den Personengruppen, die jeweils darin beschäftigt sind. Dabei ist zu bedenken, dass Frauen – wie Madörin für die Schweiz berechnet –, die bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammengerechnet ca. vier Fünftel ihrer Lebensarbeitszeit im Care-Sektor zubringen (2017: 47). Was in diesem Sektor geschieht, ist deshalb für ihre Stellung in der Gesellschaft absolut zentral. Und dies wiederum ist letztlich davon abhängig, mit welchem wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss auf dieses „doppelte Produktivitätsdilemma“ reagiert oder eben nicht reagiert werden kann.

Landnahme: in Lohnarbeit integriert

Selbstverständlich hatte das Kapital schon immer das Bestreben, die Reproduktionskosten möglichst gering zu halten. Während es jedoch historisch gesehen dem Kapital möglich war, die Reproduktionskosten dadurch zu senken, dass mittels technischer Innovationen die Güter des täglichen Bedarfs immer billiger produziert werden konnten, ist genau dies heute nicht mehr möglich, weil ein zunehmend größerer Teil der Reproduktionskosten aus personenbezogenen Dienstleistungen besteht, die im Verhältnis zu den Gütern der Güterproduktion relativ gesehen laufend teurer werden (Baumol 2012, 25-32).¹⁹ Wenn Marxisten

¹⁹ Dasselbe trifft für die Verlagerbarkeit der 'Produktion' zu: Die meisten personenbezogenen Dienstleistungen können nicht in ein Billiglohnland verschoben werden. Allerdings gibt es das Phänomen der Care-Migration in den Westen und auch die umgekehrte Bewegung, dass Pflegebedürftige in eigens dafür errichteten Alterssiedlungen in einem Niedriglohnland angesiedelt werden.

sagen, das Kapital hätte die Tendenz, die Reproduktionskosten zu senken, so haben sie dabei die Güter des täglichen Bedarfs vor Augen, die mit den Mitteln der Produktivitätssteigerung tatsächlich billiger werden. Sie denken dabei aber nicht an die Arbeit, die es braucht, um diese Güter zu verarbeiten. Sie sehen deshalb auch nicht, dass die Care-Arbeit mittels Produktivitätssteigerung nicht weniger wird und dass es dieser zentrale Unterschied ist, der in Betracht gezogen werden muss, wenn man verstehen will, wie das Kapital *heute* die Reproduktionskosten senkt: nämlich, indem es den Haushalten die Zeit einer für Care-Arbeit freigestellten Person nicht mehr zahlt, ihnen gleichzeitig aber weitere Lohnbestandteile vorenthält, die es ihnen ermöglichen würde, diese Leistungen mit ihrem Lohn am Markt einzukaufen. Wenn die Kosten dieser Dienstleistungen steigen resp. einen immer größeren Teil der Haushaltsbudgets beanspruchen, müsste sich dies eigentlich in generell steigenden Löhnen niederschlagen, was bekanntlich nicht der Fall ist.

Zum einen handelt es sich hier also um eine Auslagerung eines Teils der Reproduktionskosten aus den Lohnbestandteilen. Zum andern werden aber auch Staaten unter Druck gesetzt, sich aus ihren Investitionen in die soziale und individuelle Reproduktion zurückzuziehen, z.B. im Zuge der von Finanzkrisen verursachten Staatsverschuldungen und den sich daran anschließenden Strukturanpassungsmaßnahmen.²⁰ Beides zusammen genommen ist eine Form von Enteignung und damit von primitiver Akkumulation, die primär auf die Ressourcen der Reproduktion zielt.²¹

Betrachtet man unter diesem Aspekt die Reformen westlicher Wohlfahrtsstaaten, wie sie die meisten westlichen Gesellschaften in den letzten dreißig Jahren vollzogen haben, so wird deutlich, dass es sich bei dem im Zuge dieser Reformen eingesetzten *Adult-Worker*-Modell und seiner Ausrichtung an der individuellen Existenzsicherung auch um eine Senkung des Anteils der Reproduktionskosten an den Lohnkosten handelt. So betrachtet ist das *Adult-Worker*-Modell mit seiner Norm der individuellen Existenzsicherung eine ideologische Bemäntelung einer neuartigen Form von Landnahme, die unter dem Deckmantel der Emanzipation Reproduktionskosten an die Haushalte externalisiert. Dies ist der Grund, warum Federici von einer weltweit vor sich gehenden „Restrukturierung der (Re-)produktion der Arbeitskraft“ (2012:99-102; 2014: 101ff) spricht: Die Weise, wie Menschen sich reproduzieren (müssen), ist heute einem tiefgreifenden Wandel

²⁰ Federici spricht in diesem Zusammenhang von einer „staatlichen De-Investition in die Reproduktion der Arbeitskraft“ (2010: 12/2012: 77f.).

²¹ Für Spanien zeigt dies sehr klar Ezquerro (2014, 1), die von *New Enclosure of the Reproductive Commons* spricht.

unterworfen, der, mehrheitlich durch äußere Rahmenbedingungen erzwungen, letztlich den Haushalten massiv Ressourcen an Zeit und Geld entzieht, die diese für ihre eigene Reproduktion benötigen. Allerdings ist dies ein Prozess, der mehrheitlich stillschweigend und damit auch für die Betroffenen selbst kaum greifbar vor sich geht – eine Art heimliches Strukturanpassungsprogramm, für das es scheinbar keine offiziellen Papiere gibt.

An dieser Stelle mag es deshalb sinnvoll sein, nochmals einen Vergleich zur gegenwärtigen Diskussion um neue Landnahmen anzustellen, wie sie in internationalen marxistischen Kontexten geführt wird. Was David Harvey mit der feministischen Diskussion teilt, ist die Aussage, dass es sich bei Landnahmen nicht zwangsläufig um ein geographisches Außen handeln muss, insofern der Kapitalismus in dialektischer Weise dieses Außen in seinem Innern selbst laufend neu hervorbringt. Doch während diese im Anschluss an David Harvey geführte Diskussion auf die spektakulären Formen der Enteignung von *Commons* wie die Privatisierung von Wasser, Luft oder öffentlicher Infrastruktur zielt und entsprechend auch im öffentlichen Bewusstsein ist, hat die Enteignung im Bereich der Reproduktion keine spektakuläre Form. Sie bleibt vielmehr weitgehend unsichtbar.

Nicht greifbar ist dieser Modus von Landnahme vor allem deshalb, weil er in spezifischer Weise in Lohnerwerbsarbeit integriert ist. Während Marx davon ausging, dass im Bereich der Lohnarbeit zwar eine Ausbeutung stattfindet, die bezahlten Löhne jedoch gleichwohl so hoch sein müssen, dass sie zumindest den Wert der Ware Arbeitskraft, d.h. die elementaren Kosten ihrer Reproduktion abdecken, ist genau dies heute im Bereich der bezahlten Care-Arbeit nicht mehr der Fall. Da der Care-Sektor als wertschöpfungsschwacher Sektor im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise zwangsläufig ein Niedriglohnsektor bleibt, in dem es kaum möglich ist, ein existenzsicherndes Einkommen zu generieren, bleiben die darin Tätigen, meist Frauen, für ihre eigene Reproduktion in großem Umfang auf unbezahlte Arbeit angewiesen. Was so entsteht, ist ein komplexes Ineinandergreifen von bezahlter prekarierteter Care-Arbeit und unbezahlter Care-Arbeit: Personen, meist Frauen, die unter ihrem Reproduktionsniveau im Care-Sektor arbeiten, müssen sich selbst und ihre Kinder – da sie oftmals selbst Haushaltsvorständinnen sind²² – durch unbezahlte Reproduktionsarbeit erhalten, die wiederum meist von Frauen erbracht diese demselben Mechanismus aussetzen: Da sie dem Arbeitsmarkt nur teilweise zur Verfügung stehen, sind auch sie dafür prädestiniert, im prekarierten Care-Sektor zu arbeiten, in dem sie wiederum

22 Diesen Umstand betont auch Ezquerro (2014, 7) für Spanien,

kein existenzsicherndes Einkommen erwerben, was sie auf die unbezahlte Arbeit anderer Frauen verweist – ein Kreislauf, der sich unendlich fortsetzt. D.h. die Überführung vormals von Frauen unentgeltlich verrichteter Arbeit in die Lohnförmigkeit führt unter kapitalistischen Verhältnissen paradoxerweise dazu, dass auch die Anforderungen an die unbezahlte Arbeit wachsen, für die aber im Zuge des *Adult-Worker*-Modells niemand mehr zur Verfügung steht.

Die Reproduktionssphäre wird gegenwärtig also in doppelter Weise, sowohl in der bezahlten wie in der unbezahlten Care-Arbeit, in Land genommen resp. Formen der Enteignung ausgesetzt, wobei beide Formen in einem komplexen Wechselverhältnis miteinander interferieren. Die „Akkumulation durch Enteignung“ im Bereich der Reproduktion hat damit eine spezifische Form, die der in der Diskussion um Neue Landnahme vorherrschenden Annahme widerspricht, dass es sich bei der „fortwährenden ursprünglichen Akkumulation“ um Enteignungsformen außerhalb der Lohnform handle.

Genau in diesem Punkt aber erweist sich Rosa Luxemburgs Analyse, dass die kapitalistische Produktionsweise „in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist“ (GS 5: 314), als so fruchtbar. In ihrer Formulierung, „dass die kapitalistische Akkumulation zu ihrer Bewegung nichtkapitalistischer sozialer Formationen aus ihrer Umgebung bedarf, in ständigem Stoffwechsel mit ihnen vorwärts schreitet und nur so lange existieren kann, als sie dieses Milieu vorfindet“ (ebd.: 313f), macht sie deutlich, dass sie sich dieses Verhältnis als *Artikulation* unterschiedlicher Produktionsweisen denkt. In ihrem Beharren darauf, dass sich die kapitalistische Produktionsweise sowohl „nichtkapitalistisch produzierte Produktionsmittel“ (ebd.: 306) aneignet, wie diese nichtkapitalistischen Schichten als „Reservoir der Arbeitskräfte“ (ebd.: 317) nutzt, macht sie nicht nur deutlich, dass diese Artikulation eine eigene Form von Landnahme darstellt. Sie gibt darüber hinaus wichtige Hinweise darauf, wie diese Artikulation theoretisch überhaupt zu konzipieren wäre, nämlich als eine Form von Subsumtion, in welcher die Subsistenzproduktion der einen Produktionsweise unter die kapitalistische Produktionsweise subsumiert wird. Obwohl Rosa Luxemburg selbst den Begriff der Subsistenzproduktion nicht verwendet, hat sie von ihrer Wortwahl her bei den von ihr so bezeichneten „nichtkapitalistischen Produktionsformen“ deren Ressourcen der Subsistenz vor Augen. In diesem Sinn könnte man sagen, dass Rosa Luxemburg letztlich von einer Subsumtion der Subsistenzproduktion „nichtkapitalistische(r) Milieu(s)“ (314) unter die kapitalistische Produktionsweise spricht (Bennholdt-Thomsen 1981, 38).

Artikulation von Produktionsweisen

Es ist dieser Aspekt einer Artikulation unterschiedlicher Produktionsweisen, der Luxemburgs Werk für einen feministischen Standpunkt, der zwangsläufig ein Standpunkt „aus dem Blickwinkel der sozialen Reproduktion“ sein muss (Federici 2010: 9), so fruchtbar macht. Denn es war diese Vorstellung einer Artikulation unterschiedlicher Produktionsweisen, die die Bielefelder Soziologinnen schon damals zu dem über ihre Zeit hinaus relevanten und so in keiner linken Analyse vorkommenden Schluss kommen ließ, dass mit der Ausdehnung des Kapitalismus und der damit verbundenen Verbreitung der Lohnform zwangsläufig auch immer eine Ausdehnung der Subsistenzproduktion einhergeht.²³ Gerade dieser Aspekt ist für die wichtigste, seit der Krise des Fordismus vor sich gehende Veränderung im Bereich der Reproduktion, nämlich dass ein Teil der vormals von Frauen gratis verrichteten Hausarbeit in die Lohnförmigkeit übergang, besonders wahr: Anders als zu erwarten und von der damaligen Frauenbewegung erhofft²⁴, führte dieser Formwandel nicht zu einem markanten Rückgang der unbezahlten in Hausarbeit (Chorus 2007b: 208). Es scheint, zumindest für den Bereich der Reproduktion, eben nicht nur so, dass der Kapitalismus sein eigenes „Außen“ hervorbringt. Er hat darüber hinaus auch ein großes Interesse daran, sich dieses Außen zu erhalten, um weiterhin von seinen Ressourcen zu leben. Diesen Aspekt gibt das Konzept der Artikulation – anders als das Bild der Landnahme oder gar der Enteignung – sehr viel präziser wieder: Um ein laufender Zulieferer von unsichtbaren Ressourcen zu sein, muss das „Außen“ nicht nur enteignet, sondern im Gegenteil auch erhalten werden.

Mit Hilfe von Bennholdt-Thomsens Konzept der „marginalen Masse“ kann dieser Ressourcentransfer dahingehend beschrieben werden, dass mit dem Vorschreiten kapitalistischer Produktionsweisen die Menschen sich zunehmend außerhalb der Lohnverhältnisse reproduzieren. Die in weitentwickelten Kapitalismen zu beobachtende Zunahme prekarierteter Lohnarbeit lebt integral von den Ressourcen der Subsistenzproduktion. Dabei ist zu bedenken, dass jede prekarierte Lohnarbeit in spezifischer Weise Arbeits-Ressourcen der Reproduktion und somit „Mehrarbeit“ anzapft, die zwar außerhalb der Lohnarbeit stehen, gleichwohl als Mehrarbeit aber in diese zurückfließen:

23 Für postfordistische Gesellschaften des Westens analysiert dies auch Hürtgen (2015: 59ff) ebenfalls im Rückgriff auf die Bielefelder Soziologinnen.

24 Wobei auch dies nicht unumstritten war, vgl. Frauen in der Offensive (1974).

„Die grundlegende Gemeinsamkeit aller Subsistenzproduktion innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise“, schreibt Bennholdt-Thomsen, „besteht darin, dass das Kapital die Verantwortung für die Arbeitszeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft und der Familie notwendig ist, gerade nicht übernimmt. (...) Diese Mehrarbeit unterscheidet sich von jener Mehrarbeit innerhalb des Lohnverhältnisses dadurch, dass sie in einem Arbeitsprozess verausgabt wird, der vom Kapital nicht direkt kontrolliert wird, (...)“ (1981, 34f)

Es geht deshalb bei der von Bennholdt-Thomsen so bezeichneten „marginalen Subsumtion“ nicht um die Frage des Formwandels von unbezahlter in bezahlte Arbeit²⁵, sondern gerade um die für das postfordistische Akkumulationsregime notwendige Erhaltung der unbezahlten Arbeit resp. noch genauer, um das für postfordistische Verhältnisse konstitutive Wechselverhältnis von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit, die beide *zusammen* die „normale“ Lohnarbeit subventionieren. So berechnet Madörin für die Schweiz, dass die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit zusammen rund zwei Drittel des um die unbezahlte Arbeit erweiterten Bruttoinlandsproduktes ausmacht²⁶, d.h. diese zwei Drittel des Wirtschaftens sind im Wesentlichen die ökonomische Grundlage, auf der der – so berechnet – tatsächliche „Rest“ des Wirtschaftens aufruft (Madörin 2017: 39-47).

Die Vorstellung einer Subsumtion resp. Artikulation einer anderen Produktionsweise wird somit in gewisser Weise auch von der feministischen Ökonomie weitergeführt, die mit ihrem Begriff der Care-Ökonomie bewusst die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit unter einen Begriff fasst und damit deren zentrales Merkmal: der „Produktion und Reproduktion der materiellen Bedingungen des Lebens“ (Madörin 2011: 59) zu dienen, als Anlass nimmt, diese Produktion als eine eigene Produktionsweise aufzufassen, die aber – unter kapitalistischen Verhältnissen –, dem Rest der Lohnarbeit subsumiert wird. Mit der Betonung einer Interferenz zwischen beiden Formen von Care, die beispielsweise Susan Donath dazu geführt hat, den Care-Sektor als die „andere Ökonomie“ zu bezeichnen (2001), geht eine solche Analyse über die gängige Kritik am Neoliberalismus hinaus, die in einer

25 Vgl. zu diesem Punkt auch Ezquerra (2014: 7), die argumentiert, dass die Frage der Landnahme im Bereich der Reproduktion nicht auf die Kommodifizierung von Care-Arbeit reduzieren werden könne, insofern der unbezahlte Care-Sektor zentral bleibe als möglicher Ort der unsichtbaren Absorption von Kosten.

26 Für die Schweiz wird das Erweiterte BIP vom Bundesamt für Statistik seit 2000 mittels Zeitbudgetanalysen der privaten Haushalte erhoben. In den meisten EU-Staaten gibt es heute solche Berechnungen, vgl. für Deutschland https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/2016/02/UnbezahlteArbeit_022016.pdf?__blob=publicationFile.

einseitigen Fokussierung auf die Lohnarbeit mit „Privatisierung“ meist lediglich den Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften in der Erwerbsarbeit verbindet (Dörre 2009: 63-67; 2013: 102-105; Dörre/Haubner 2012: 80-90). Privatisierung geht jedoch immer auch mit einer Strategie des Umbaus der Reproduktionsarbeit einher, ohne sich deshalb ausschließlich in einen oder andern Bereich, der bezahlten oder unbezahlten Arbeit abzuspielen, die sie vielmehr in bestimmter Weise miteinander in Verhältnis setzt. Mit der Kanadischen Politologin Janine Brodie müsste man deshalb bei Privatisierung immer von einem doppelten Prozess sprechen (1994: 56/1997: 235-237), insofern die Überführung in die Warenförmigkeit zwangsläufig mit einer Privatisierung sozialer Kosten einhergeht. Folglich stellt, wie Brodie festhält, „Privatisierung zwei unterschiedliche, aber sehr oft miteinander verbundene Strategien des Regierens dar – entweder die Unterwerfung unter die Warenform (die Umwandlung öffentlicher Güter in private Güter, die käuflich erworben werden können) oder die Familiarisierung/ Individualisierung (die Verschiebung von Verantwortung aus dem Öffentlichen und Kollektiven zur Familie und den Individuen).“ (2004: 23)

Dieser doppelte Aspekt der Privatisierung, der Umstand also, dass die Verlagerung vormals öffentlicher Dienste und Güter in den „privaten Sektor“ mit einer Kehrseite: der Externalisierung von Kosten in die „private Sphäre“ einhergeht (Brodie 2004: 23) und damit mit einer Restrukturierung, die letztlich immer auf die Ressourcen der Reproduktion der Haushalte zielt, ermöglicht es auch, auf ein in der Rezeption des Bielefelder Ansatzes weit verbreitetes Missverständnis einzugehen: Es ist wichtig, zwischen der „Subsistenzperspektive“, die einige der Autorinnen dieser Gruppe später einschlugen (Mies 2009: 282-289), und ihrer Analyse der „Subsistenzproduktion“ zu unterscheiden. Während man ersterer vorwerfen kann, eine vielleicht etwas zu einfache Vorstellung der Überwindbarkeit bestehender Verhältnisse zu vertreten, indem eine Art Rückkehr zu lokaler, gemeinwesenorientierter Produktion vorgeschlagen wird (Mies 2005: 273-275, Federici 2012: 111), handelt es sich beim Begriff der Subsistenzproduktion tatsächlich um ein stringentes theoretisches Instrumentarium zur Analyse der unter kapitalistischen Verhältnissen sich ausweitenden Form einer anderen Produktionsweise, die eben nicht vorkapitalistisch ist, sondern einen spezifischen Effekt kapitalistischer Landnahmen darstellt.²⁷ Insofern kommt den Bielefelderinnen

²⁷ So kritisiert Bennholdt-Thomsen an der marxistischen Ignoranz gegenüber dieser Produktionsweise und der Verweigerung der Anerkennung von deren Bedeutung für die Kapitalakkumulation (1981, 38): „Obwohl scheinbar damit befasst, wird die Realanalyse der Subsistenzproduktion dadurch umgangen, dass ihre Produktionsver-

das große Verdienst zu, sich tatsächlich für die Spezifik der häuslichen Produktionsweisen interessiert zu haben, was die Voraussetzung dafür ist, überhaupt verstehen zu können, wie der Haushalt als Einheit einer Subsistenzproduktion Ressourcen zur Verfügung stellen kann, die in den Kapitalkreislauf eingehen, ohne dass dies als solches sichtbar wird.

Der Fokus auf die spektakulären Formen der Enteignung, wie er die gegenwärtige Diskussion um neue Landnahmen dominiert, verstellt deshalb teilweise den Blick auf diesen schwerer greifbaren und daher stillschweigend vor sich gehenden Ressourcentransfer, der eben nicht einfacher Raub ist, sondern eine Form von Artikulation unterschiedlicher Produktionsweisen, für die es bisher in der linken Theoriebildung keine eigene Konzeptualisierung gibt. Neoliberalismus ist mehr als Privatisierung von Commons. Er scheint vielmehr eine Art „Stoffwechsel“ (Luxemburg GS 5: 313) mit einem sorglich von ihm selbst gehegten Außen zu unterhalten, von dem er nimmt, was er braucht, und an das er abgibt, was er nicht brauchen kann. Privatisierung betrifft somit auch jenes angeblich Private, das der Kapitalismus eigens dafür geschaffen hat, um sich – mehr oder weniger stillschweigend oder jedenfalls unbemerkt von linker Theoriebildung – daran gütlich zu tun. Dieser Abzug von Ressourcen aus den Haushalten und damit aus dem Care-Sektor geht deshalb auch heute noch weitgehend unbemerkt von linker Theoriebildung vor sich.

Rosa Luxemburgs Denken erweist sich für einen feministischen Zugang genau darin als fruchtbar, als es auch ihr darum ging, jene von der marxistischen Theoriebildung vernachlässigten und damit weitgehend unsichtbar gemachten Ausbeutungsformen theoretisch zu erfassen und damit sichtbar zu machen. Auch wenn sie selbst die brutalsten Formen der Kolonialkriege vor Augen hatte, deren Bedeutung für die Kapitalakkumulation sie verstehen wollte, und wir es, zumindest in den westlichen Zentren der kapitalistischen Produktion, nicht mehr mit dieser Form von Gewalt zu tun haben, gibt es heute einen stillschweigenden Krieg, der wiederum nicht die politischen Hauptakteure betrifft. Vielleicht jedoch lässt sich auch sagen, dass es in beiden Fällen um dasselbe geht: dem mehr oder weniger offenkundigen Anzapfen von Mitteln der Subsistenz einer Mehrheit der Bevölkerung, um sie einem anderen Zweck, nämlich der Selbstverwertung des Wertes unterzuordnen.

Rosa Luxemburgs Überlegungen bieten jedenfalls eine Lesart der fortgesetzten Ursprünglichen Akkumulation, die es als Artikulation unterschiedlicher

hältnisse per Definition aus der kapitalistischen Produktionsweise verbannt werden, indem sie als präkapitalistisch oder nicht-kapitalistisch gekennzeichnet werden.“

Produktionsweisen erlaubt, der Situation des expandierenden Care-Sektors im Postfordismus und damit den veränderten Bedingungen der Hausarbeit im postfordistischen Akkumulationsregime Rechnung zu tragen. Das Konzept der Artikulation ist deshalb so zentral, weil es erlaubt, die Reproduktion in ihrer bezahlten wie unbezahlten Form zusammen als eigene Produktionsweise zu denken, die einer anderen Produktionsweise subsumiert wird.

Literatur

- Backhouse, Maria/Gerlach, Olaf/Kalming, Stefan/Nowak, Andreas (Hrsg.) 2013: Die globale Einhegung – Krise ursprünglicher Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster
- Baumol, William J. 2012: The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't. Yale
- Bennholdt-Thomsen, Veronika 1981: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisediskussion. In: Gesellschaft: Beiträge zur Marxschen Theorie 14 (hrsg. H.G. Backhaus et al.). Frankfurt a.M., 30-51
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz
- Brodie, Janine 1994: Shifting the Boundaries: Gender and the Politics of Restructuring. In: Bakker, Isabella (Ed.): The Strategic Silence. Gender and Economic Polity. London, 46-60
- 1997: Meso-Discourses, State Forms and the Gendering of Liberal-Democratic Citizenship. In: Citizenship Studies, vol. 1, no 2, 223-242
- 2004: Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen. In: Widerspruch 46, Jg. 24, Nr. 1, 19-32
- Cağlar, Gülay 2009: Transnationale Wissensnetzwerke und Geschlechterpolitik im Feld der internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik. In: Cağlar, Gülay (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden, 278-303
- Chorus, Silke 2007a: Ökonomie und Geschlecht? Regulationstheorie und Geschlechterverhältnisse im Fordismus und Postfordismus. Saarbrücken
- 2007b: Who Cares? Kapitalismus, Geschlechterverhältnisse und Frauenarbeit. Regulationstheoretische Sekorrekturen. In: Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 25, Nr. 2, 202- 216
- 2011: Care-Seiten in der politischen Ökonomie. In: Das Argument 292 (Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie), Jg. 53, Heft 3, 392-401
- 2013: Care-Ökonomie im Postfordismus. Perspektiven einer integralen Ökonomie-theorie. Münster
- De Angelis, Massimo 2007: The beginning of History. Value Struggles and Global Capital. London
- Donath, Susan 2001: The Other Economy. A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics. In: Feminist Economics, vol. 6, no. 1, 115-123, (dt. Übersetzung in: Bi-

- schel, Iris et al., 2014: Kritik des kritischen Denkens (= Denknetz Jahrbuch 2014). Zürich, 167-177)
- Dörre, Klaus 2009: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a.M., 21-86
- 2013: Landnahme und die Grenzen sozialer Reproduktion. Zur gesellschaftstheoretischen Bedeutung Rosa Luxemburgs. In: Schmidt, Ingo (Hg.): Rosa Luxemburgs 'Akkumulation des Kapitals'. Die Aktualität von ökonomischer Theorie, Imperialismuserklärung und Klassenanalyse. Hamburg, 82-116
- Dörre, Klaus/Haubner, Tine 2012: Landnahme durch Bewährungsproben – Ein Konzept für die Arbeitssoziologie. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt a.M.
- Ezquerro, Sandra 2014: Spain, Economic Crisis, and the New Enclosure of the Reproductive Commons. In: Montly Review, vol. 65, issue 11 (April)
- Federici, Silvia 2014: The reproduction of labour power in the global economy and the unfinished feminist revolution. In: Atzeni, Maurizio (ed.): Workers and Labour in a globalised capitalism. Contemporary themes and theoretical issues. New York, 85-107
- 2012: The reproduction of labor power in the global economy and the unfinished revolution (2008): In: Federici, Silvia: Revolution at point zero. Housework, Reproduction, and Feminist struggle. Oakland, 91-111
- 2010: The reproduction of labour-power in the global economy, Marxist theory and the unfinished feminist revolution. Reading for Jan. 27, 2009, UC Santa Cruz seminar „The Crisis of Social Reproduction and Feminist Struggle“ <https://caringlabor.wordpress.com/2010/10/25/silvia-federici-the-reproduction-of-labour-power-in-the-global-economy-marxist-theory-and-the-unfinished-feminist-revolution/> (Juli 2018)
- Feministische Autorinnengruppe 2013: Das Theorem der neuen Landnahme: eine feministische Rückeroberung. In: Baumann, Hans/Bischel, Iris et al. (Hg.): Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus. (= Denknetz Jahrbuch 2013). Zürich, 99-118
- Frauen in der Offensive 1974: Lohn für Hausarbeit oder: Auch Berufstätigkeit macht nicht frei. München
- Harvey, David 2001: Saces of Capital. Towards a Critical Geography. Edinburgh
- 2005: Der Neue Imperialismus. Hamburg
- Hürtgen, Stefanie 2015: Das Konzept der strukturellen Heterogenität und die Analyse fragmentierter Wachstumsgesellschaften in Europa. Universität Jena, unveröffentlichtes Manuskript
- Heck, Stefanie 2010: Von 'Reproduktion' zu 'Care'. Analysen feministischer Ökonomie (1960er bis 1990er Jahre). Nichtpublizierte Magister der Universität Hannover.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg

- Luxemburg, Rosa 1978, erst. 1912: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke Band 5, Ökonomische Schriften. Ostberlin (zit. als GW Bd. 5)
- Madörin, Mascha 2006: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, Torsten/Tullney, Marco (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg, 277-297
- Madörin, Mascha 2007: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung. Jahrbuch 2007. Zürich, 141-162
- 2010: Care-Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Bauhardt, Christine/Cağlar, Gülay (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden, 81-103
- 2011: Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht. In: Denknetz (Hg.): Gesellschaftliche Produktivität jenseits der Warenform. Jahrbuch 2011. Zürich, 56-70
- 2017: Überlegungen zur Zukunft der Care-Arbeit. In: Diefenbacher, Hans/Held, Benjamin/Rodenhäuser, Dorothee (Hrsg.): Das Ende des Wachstums – Arbeit ohne Ende. Arbeiten in einer Postwachstumsgesellschaft. Marburg, 35-67
- Marx, Karl 1962: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin (MEW 23)
- 1966: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band. Berlin (MEW 24)
- McDowell, Linda 2009: The Rise of the Service Economy. In: dies: Working Bodies. Interactive Service Employment and Workplace Identities. Wiley-Blackwell, 25-48
- Mies, Maria 1983: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10, Jg. 6, 115-124
- 1988: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich
- 2007: Patriarchy and accumulation on a world scale – revisited. (Keynote lecture at the Green Economics Institute, Reading, 29 October 2005) : In : Grenn Economics, Vol. I, Nos. ¾, 268-275
- 2009: Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzproduktion. In: Linden, Marcel von der/Roth, Karl Heinz: Über Marx hinaus. Hamburg, 255-290
- Perlmann, Michael 2000: The invention of capitalism: classical political economy and the secret history of primitiv accumulation. Durham, NC
- Werlhof, Claudia von 1983: Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau. In: Werlhof, Claudia v./Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.) Frauen, die letzte Kolonie. 'Die Zukunft der Arbeit' 4. Hamburg, 113-136
- The Commoner 2012: „Care Work“ and the Commons. Issue 15, Winter 2012.
- Zeller, Christian (Hg.), 2004: Die globale Enteignungsökonomie. Münster

Tove Soiland

E-Mail: tove.soiland@bluewin.ch

VSA: Marx für das 21. Jahrhundert

Karl Marx
Das Kapital
Kritik der politischen Ökonomie | Erster Band
Neue Textausgabe, bearbeitet und herausgegeben von Thomas Kuczynski



800 Seiten | Hardcover mit USB-Card | € 19,80
ISBN 978-3-89965-777-7

David Harvey
Marx' 2. Band des »Kapital« lesen
Ein Begleiter zum Verständnis der Kreisläufe des Kapitals. Aus dem Amerikanischen von Christian Frings



440 Seiten | € 26,80
ISBN 978-3-89965-716-6

Marcello Musto
Der späte Marx
Eine intellektuelle Biografie der Jahre 1881 bis 1883
Aus dem Englischen von Michael Brie und Andreas Förster



152 Seiten | € 14,80
ISBN 978-3-89965-796-8

Sozialismus für jeden Monat ...



★ gedruckt
★ & täglich im Netz

facebook.com
Zeitschrift.Sozialismus
twitter.com
ZsSozialismus

Jetzt Probelesen!
3 Hefte zum Kennenlern-Preis von 14,- Euro

www.sozialismus.de

spw

Nachhaltige Industriepolitik und Transformation

Heft 228
Ausgabe 5 • 2018 | 7,00 Euro

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“

Ernst Ulrich von Weizsäcker
Ist der Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt zu schlichten?

Matthias Jobelius
Sozialdemokratie in der Heißezeit – Warum die sozial-ökologische Transformation zum Kern programmatischer Erneuerung gehört

Svenja Schulze
Nachhaltige Industriepolitik aus umweltpolitischer Perspektive

Joe Guinan, Martin O'Neill
Die Institutionen der Wende: Labours neue politische Ökonomie



www.spw.de



Bianca Lenz, Thomas Verlage & Christian Kolbe
Perspektiven auf eine Jugendberufsagentur:
„mehr“ als nur das Jobcenter?

Die Geschichte der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit nimmt sich in Deutschland wie ein Märchen aus. Während anderswo in der EU und in den USA das Niveau von Jugendarbeitslosigkeit stetig steigt, weisen die Zahlen im Jobwunderland Deutschland aus, dass sich hier die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen weiter verringert. Die Wirtschaftskammern klagen sogar über zu viele offene Stellen und den fehlenden Nachwuchs in vielen Gewerken im Bereich beruflich Qualifizierter.¹

Konjunkturelle Rahmenbedingungen mögen nicht ganz unerheblich zu diesem Umstand beigetragen haben, die Optimierung des Abbaus von Arbeitslosigkeit Jugendlicher wird jedoch in der Fachcommunity durchaus auch auf die systematische Zusammenarbeit zwischen den für arbeitslose Jugendliche zuständigen Behörden zurückgeführt (vgl. Borrs 2016). In Jugendberufsagenturen (JBA) treffen sich die Träger der drei relevanten Rechtskreise (Sozialgesetzbuch (SGB) II, III und VIII) auf kommunaler Ebene und bearbeiten die verschiedenen schwierigen Lebenssituationen der sie aufsuchenden Jugendlichen. Der Fokus liegt insbesondere bei Hilfen in Problemlagen, die sich als für „die Vermittlung hemmend“ erweisen. Jugendberufsagenturen verfolgen durch ihre breite Palette von Unterstützungsmöglichkeiten das Ziel, „die intensive und an der individuellen Problemlage ausgerichtete Betreuung und Förderung Jugendlicher/junger Erwachsener unter 25 Jahren effektiv umzusetzen“ (Agentur für Arbeit Balingen u.a. 2015: 2). Die Unterschiedlichkeit der Zielausrichtungen, so die Verheißung, mache es möglich, Jugendlichen nicht nur klassische Vermittlungsangebote der Beschäftigungsförderung angedeihen zu lassen, sondern biete die Chance, die

¹ Vgl. u.a. Fachkräftereport 2017 IHK-Frankfurt: https://www.frankfurt-main.ihk.de/images/broschueren/2017_Fachkräftereport.pdf [Zugriff am 20.9.2018]

schwierigen sozialen Umstände – besonders durch die Jugendberufshilfe des Rechtskreises SGB VIII – mit ihnen zu bearbeiten.

Das Bestreben nach einer Optimierung sozialer Dienste durch deren Vernetzung ist kein Einzelfall. Ob gesetzlich eingeführt (Bsp. „Frühe Hilfen“), ob von Ausschreibungslogiken forciert (Bsp. „Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“) oder aufgrund von im Fachdiskurs gewonnenen Einsichten implementiert (Bsp. Kinder- und Familienzentren) – das Versprechen eines höheren Wirkungsgrades ist allgegenwärtig. Die Wirkung setzt sich dabei jeweils aus der spezifischen Zielsetzung in den Handlungsfeldern zusammen. Als Erfolg gilt hier vor allem die sogenannte Einmündungsquote (Borrs 2016: 3ff.) der Jugendlichen. Es gilt die normative Maxime, dass keine_r verloren gehe. Netzwerken innewohnende Machtverhältnisse werden in der Euphorie allerdings häufig ignoriert (vgl. Kolbe/Reis 2018), wenngleich nicht selten divergierende Zielvorstellungen, Klient_innenkonzepte und Ideen von wirksamer Hilfe vorliegen.

Durch diese enge Kooperation im Bereich Übergang Schule/Beruf wird eine nicht ganz typische Koalition sichtbar. Einerseits folgt gerade dieses Zusammenarbeiten der Strukturlogik des aktivierenden Staates, indem die Einmündung in Lohnarbeit den Maßstab bildet, ob erfolgreich gearbeitet wird oder nicht. Gerade angesichts der günstigen Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt muss es schon, so die Annahme, in der Konstitution der Jugendlichen liegen oder aber dem (Un-)Willen der Kundschaft geschuldet sein („mad or bad“), wenn die Einmündung scheitert. Die Betroffenen seien „entweder nicht aktiv genug, oder aber [...] zu aktiv bzw. auf falsche Weise“ (Lessenich 2018: 25). Die Berücksichtigung vieler Perspektiven auf die Jugendlichen und die Vorstellung einer ganzheitlich, allen („keine_r geht verloren“) zu Gute kommenden, Integrationsidee bilden andererseits jedoch einen Gegenpol dazu. Die integrative Vorstellung verweigert sich zunächst der Selektionsidee des aktivierenden Sozialstaates. Folgt man Helga Cremer-Schäfers Gedanken des „soziale Probleme“-Wissens, so bilden die beiden Pole gleichwohl eine plausible „Legitimationslegende“ (Rommelspacher 2009: 26) für das weitere Vorgehen. Mit dem „Integration in Arbeit/Ausbildung für alle“-Gedanken verbindet sich eine Vielheit von Unterstützungsangeboten (aus den Rechtskreisen SGB III, II und VIII), die ein strukturelles Scheitern, wenn doch nun der Lebenssituation der jungen Leute nachgegangen wird, ausschließen. Die Verantwortung für das Scheitern kann so erst recht den Jugendlichen zugesprochen werden. Mit Helga Cremer-Schäfer kann davon ausgegangen werden, dass, wenn mit einem breiteren Repertoire von Disziplinierung und sozialen Hilfen an Vernünftigkeit und Nützlichkeit appelliert wird, im Fall des Misslingens „Ausschließung besonders nachdrücklich“ legitimiert werden kann (vgl. Cremer-Schäfer 2018: 46).

Angesichts vieler Beobachtungen erweist sich diese Analyse als hoch plausibel. Mit Blick auf den Eigensinn von Leuten und von Organisationen jedoch lohnt das genaue Hinsehen, denn unterhalb der Programmatik des aktivierenden Staates findet allerlei Unterleben statt.² Gerade in einem Feld wie den JBA, das einerseits jung und andererseits von ambigen Anforderungen durchsetzt ist, erscheint das Zusammenspiel aus einer gesellschaftlichen Anrufung an die Notwendigkeit und das Versprechen der Integration aller, die strukturellen Rahmenbedingungen, die durch die gesetzlichen Grundlagen und ihre Zielperspektiven perforiert sind, und nicht zuletzt die Entfaltung und Ausdifferenzierung von (pädagogischen) Praktiken und Routinen als eine sehr eigenwillige „Agentur-Kultur“³, die es zu untersuchen gilt. Im Folgenden wollen wir auf der Grundlage empirischer Daten darstellen, wie die an der unmittelbaren Interaktion Beteiligten die widersprüchlichen Anforderungen und Erwartungen bearbeiten und wahrnehmen. Zunächst aber gilt es, sich die Entstehung der Jugendberufsagenturen zu vergegenwärtigen.

Genese der Jugendberufsagenturen

In der Retrospektive lässt sich der Ausgangspunkt für die Idee der Jugendberufsagenturen bereits in der Neuordnung von Arbeitsverwaltung und sozialer Sicherung in den Jahren 2002 bis 2005 ausmachen. Mit den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII sind seitdem drei Sozialleistungsträger für die Unterstützung und Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt betraut. Die Kooperation der entsprechenden Organisationen (Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit und Jugendamt) schien angesichts zunehmend unsicherer Übergänge in Arbeit (Stauber

2 In den frühen Untersuchungen sozialbehördlicher Arbeit auf Ebene der „street-level-bureaucracy“ in den USA wurden vielfältige Formen „eigenwilliger“ Bearbeitungsweisen beobachtet (vgl. u.a. Lipsky 1980).

3 Wenn an dieser Stelle über das Spannungsverhältnis in den Jugendberufsagenturen als „Kultur“ diskutiert wird, so erscheint uns Werner Helsepers Rede über Schulkulturen (2008) analog zu seinen Schuluntersuchungen für unseren Untersuchungsgegenstand ebenfalls als ausgesprochen instruktiv. Helseper unterscheidet drei Ebenen, die in Spannung zueinander stehen. Auf der *imaginären* Ebene von Leitvorstellungen und normativen Anrufungen wird bezogen auf die JBAs die Versprechung ausgesprochen angemessener, umfangreicher und vor allem den Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechender zu unterstützen. Auf der *realen* Ebene finden sich widerstreitende Zielperspektiven, die in die verschiedenen gesetzlichen Grundlagen (bes. SGB II und SGB VIII) eingelassen sind. Der Umgang mit diesen konfligierenden Anrufungen auf realer und imaginärer Ebene wird von uns schließlich auf der *symbolischen* Ebene ausgewählter Wahrnehmungen und Praktiken im Folgenden beobachtet.

u.a. 2007) notwendig und naheliegend sowie auch rechtlich geboten (§95 SGB X). An Stelle von Kooperation und der Hoffnung auf Synergien trat jedoch vielmehr die Substitution kommunaler Jugendberufshilfe durch SGB II Leistungen (DV 2005; Münder 2013), die in Teilen bis heute anhält (Münder/Hofmann 2017). Neben dem „positiven“ Effekt für die Stadtkämmerei dürfte auch ein Grund in dem verkürzten Verständnis der sogenannten Nachrangigkeit des § 13 SGB VIII (also der Nachrangigkeit der Jugendberufshilfe gegenüber dem Jobcenter) gelegen haben. Die Situation war unübersichtlich und gekennzeichnet durch unterschiedliche Rechtsauffassungen der neu geordneten Gesetze (Schruth 2005; Kunkel 2005). So wurde stellenweise die Auffassung vertreten, Jugendberufshilfe habe sich mit Inkrafttreten des SGB II (mit wenigen Ausnahmen) nur noch mit den unter 15-Jährigen sowie den 25- und 26-Jährigen zu befassen (bspw. bei Kunkel 2005). Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge warnte bereits 2005, also im Jahr des Inkrafttretens des SGB II, dass etablierte Förderungen beendet würden:

„Im Deutschen Verein mehren sich die Hinweise darauf, [dass mit der Gesetzesnovellierung] [...] verschiedentlich die Beendigung der – kommunal finanzierten – Leistungen zur Förderung der schulischen und beruflichen Ausbildung und der Eingliederung der Jugendlichen in die Arbeitswelt begründet wird.“ (DV 2005: 2)

Offensichtlich blieb auch das Werben des Deutschen Vereins dafür, „die Leistungen der berufsbezogenen Jugendhilfe zwar der neuen gesetzlichen Aufgabenverteilung anzupassen, sie aber im Rahmen der verbleibenden Aufgaben aufrechtzuerhalten und damit die bewährten Strukturen der Jugendsozialarbeit im Grundsatz zu bewahren“ (DV 2005: 2), häufig erfolglos. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit stellte fest, dass bis 2010, bezogen auf die berufs- bzw. arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit, „mindestens rund 60 % der Jugendämter nicht (mehr)“ fördern (Pingel 2010: 36f.). Vielmehr hätten „viele Kommunen ihre Förderung vor allem im Bereich des § 13 (2) [kurz: die Jugendberufshilfe] ganz eingestellt“ (ebd. 2010: 37).

Nur wenige Kommunen beherzigten die Erkenntnis, dass am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf viele unterschiedliche Akteure beteiligt sind und dass ihr Zusammenwirken sinnvoll wäre. Dazu gehörte die Stadt Bielefeld, wo bereits 2007 mit dem sog. Jugendhaus eine Vorstufe einer Jugendberufsagentur geschaffen wurde, in der die Rechtskreise SGB II und VIII unter einem Dach organisiert wurden.⁴

⁴ <http://www.familie-in-nrw.de/beispieleguterpraxis-bielefeld-jugendhaus.html>

Mit dem Modellprojekt „Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf“ reagierte die Bundesagentur für Arbeit 2010 auf die Folgen der Gesetzesnovellierungen. Im Beirat saßen neben Vertreter_innen der BA und verschiedener Ministerien, Vertretungen des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistags und des Deutschen Verein für private und öffentliche Fürsorge. Beklagt wurden mangelnde Koordination, die zu Brüchen im Integrationsprozess führen, sowie fehlende Transparenz für förderbedürftige Jugendliche und Anbieter von Dienstleistungen (BA 2013: 8). Die Reduzierung der kommunalen Angebote der Jugendberufshilfe wird hingegen nicht als Grund angeführt. Dennoch zielen die Arbeitsbündnisse darauf ab, die Jugendberufshilfe systematisch in die Unterstützung junger Menschen am Übergang in den Beruf zu re-integrieren. Insofern erlebt die Jugendberufshilfe durch die Einführung von Jugendberufsagenturen zumindest auf programmatischer Ebene eine Art Renaissance. Die in den Arbeitsbündnissen erprobten und eingeübten Modellverfahren der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit von SGB II, III und VIII sind die Vorläufer der heutigen Jugendberufsagenturen. Sie wurden zunächst an sechs, später (2011) an insgesamt 20 Standorten als Pilotprojekte eingerichtet. Im Jahr 2012 wurden die Überlegungen erstmals in die Fläche getragen. Mit dem Koalitionsvertrag (2013) wurde die „flächendeckende“ Einführung von Jugendberufsagenturen beschlossen, ohne dass zusätzliche finanzielle Mittel dafür zur Verfügung gestellt wurden (BT-Drs. 2014a). Bis September 2014 gab es bereits 186 von derlei Kooperationsformen (BT-Drs. 2014b) und ihre Anzahl steigt bis heute weiter an. Mit Verweis auf die unterschiedlichen (Kooperations-) Traditionen und Bedarfe vor Ort wurde davon abgesehen, die Ausgestaltung der Kooperation gesetzlich zu regeln, so dass davon auszugehen ist, dass keine Jugendberufsagentur der anderen gleicht. Neben unterschiedlichen Kombinationen von teilnehmenden Akteuren an einer Jugendberufsagentur dürfte die Heterogenität in der Ausgestaltung der internen Prozesse und Abläufe noch erheblich höher sein. Bereits 2013 weisen das Diakonische Werk und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (Münder 2013: 3) darauf hin, dass das Fehlen gesetzlicher Regelungen jede Kooperation erneut vor rechtliche Anforderungen bei Planung, Beschaffung und Durchführung stellt. Dies bedeutet auch, dass man von Standort zu Standort zu unterschiedlichen Auffassungen darüber kommt, was möglich ist und was nicht.

Die Jugendberufsagenturen lassen sich als Versuch verstehen, die Folgen der Gesetzesnovellierungen Anfang der 2000er Jahre einzufangen. Die Genese der Jugendberufsagenturen verdeutlicht, wie auf gesetzgeberischer Ebene entstandene Schnittstellenproblematiken auf die handlungspraktische Ebene verlagert werden und vor Ort bearbeitet werden müssen/können. Die Geschichte der Jugendbe-

rufsagenturen wird somit zu einem weiteren Beispiel, wie sozialstaatliche Verantwortung den Akteuren vor Ort auferlegt wird und der Bund sich auf die Rolle als Moderator der Prozesse zurückzieht. Wie auch in anderen Handlungsfeldern wächst damit die Bedeutung des „lokalen“ Sozialstaats. Diesem Entwicklungstrend folgend lohnt es sich, den Blick auf ebendiese lokale Ebene zu richten.

Perspektiven auf eine Jugendberufsagentur

In den nachfolgenden Ausführungen werden wir ausgewählte Aspekte der Kooperation in einer Jugendberufsagentur betrachten. Das Material wurde im Rahmen zweier Promotionsvorhaben zwischen 2013 und 2017 im sog. Jugendjobcenter Frankfurt am Main erhoben (Beschreibung des Jugendjobcenters siehe auch Verlage/Lenz/Kolbe 2018). Insgesamt setzen sich die Erhebungen aus ethnographischen Beobachtungen, Experteninterviews und Gruppendiskussionen mit Fachkräften aus den Bereichen SGB II, III und VIII sowie biographisch-narrativen Interviews mit jungen Erwachsenen, die in der Jugendberufsagentur betreut werden, zusammen.⁵

Perspektive der jungen Erwachsenen: Erwartungen und Annahmen

Das Sample der jungen Erwachsenen besteht aus insgesamt 17 Personen zwischen 16 und 24 Jahren, die SGB II-Leistungen beziehen und deshalb die JBA besuchen müssen. Elf der Jugendlichen wurden innerhalb der Jugendberufsagentur ausschließlich vom Jobcenter und teilweise punktuell von der Berufsberatung der Agentur für Arbeit betreut. Sechs der Jugendlichen kamen darüber hinaus mit der Jugendberufshilfe innerhalb der JBA in Kontakt und waren temporär dort in Betreuung. Der geringere Anteil von jungen Erwachsenen mit Kontakt zur JBH im Sample spiegelt wider, dass der weitaus größte Teil der Jugendlichen in der JBA nicht in Kontakt zur Jugendberufshilfe tritt. Dies ist weniger den Bedarfen der Jugendlichen geschuldet als vielmehr durch die konzeptionelle Ausgestaltung bedingt. Während die Jugendberufshilfe mit vier Fachkräften vertreten ist, stellt das Jobcenter rund 40 persönliche Ansprechpersonen (pAps), zzgl. Sachbearbeitungen in der Leistungsabteilung. Die Berufsberatung der AA ist mit einer Person vertreten.

⁵ Die Auswertungen sind noch nicht abgeschlossen, weshalb im Folgenden erste Beobachtungen und Befunde geschildert werden.

(Keine) Wahrnehmung der Jugendberufsagentur als neuartige Organisationsform

„Nee nicht wirklich (2) nicht wirklich es war dieselbe Sachbearbeiterin aber ähm war halt nur das Gebäude anders“ (Olaf⁶)

Olaf erläuterte, dass er keine Unterschiede zum Jobcenter, das er vor Gründung der Jugendberufsagentur besuchen musste, und der neugegründeten JBA erkennen kann, und das, obwohl er auch mit der Jugendberufshilfe innerhalb der JBA in Kontakt kam. Für ihn persönlich ergab sich trotz Einführung der JBA eine personelle Kontinuität in der Betreuung. Änderungen im (pädagogischen) Umgang mit ihm oder sonstige Neuerungen abseits des Gebäudes konnte er nicht feststellen.

Für die interviewten jungen Erwachsenen ist die Jugendberufsagentur insgesamt kein erkennbar besonderes Konstrukt. Es ist der Ort, an dem sie Leistungen beantragen müssen, wenn sie die Grundsicherung im Rahmen des SGB II erhalten wollen. Dass die JBA ein besonderer Zusammenschluss ist, entzieht sich der Kenntnis der Jugendlichen. Eine junge Frau schilderte gleichwohl, dass in der Jugendberufsagentur ihrem Empfinden nach weniger Hektik und mehr Privatsphäre herrsche als in einem „normalen“ Jobcenter, in dem die Mitarbeitenden für unter und über 25-jährige SGB II-Beziehende gemeinsam tätig sind.

Erwartung an die Jugendberufsagentur: anerkennender Umgang

„wie das Gespräch beginnt, sie holt mich immer vom Wartezimmer ab, sie sagt meinen Namen, und läuft schon vor [...] wenn ich ins Zimmer reingehe sagt sie nicht ‘Hallo’ oder so sagt auch nicht ‘Setz dich’, da- (die einzige?) ist immer die Frage was ich stelle ‘Soll ich die Tür zumachen oder auflassen?’, dann sagt sie immer ‘Lass sie auf’, das war’s dann setz ich mich hin dann beginnt das Gespräch mit sie meint zu mir ‘Was machst du jetzt?’, und heute hat’s halt begonnen ‘Warum wurdest du gekündigt?’ [...] sonst beginnt’s immer eigentlich unterschiedlich, aber nie in höfliche Form sondern immer in dieser abgefuckten Form (1) ‘Was machst du wieder hier?’“ (Chahida)

Chahida schilderte eine drastische Begrüßungssituation im Jobcenter der JBA. Sie vermisst einen freundlichen und wertschätzenden Umgang. Dieses Extrem findet sich so in keinem anderen Interview. Das Zitat veranschaulicht jedoch gut die Erwartungen der jungen Erwachsenen an die Jugendberufsagentur und ihre Mitarbeitenden jenseits der finanziellen Unterstützungsleistungen. Sie beziehen

⁶ Die Namen der Interviewpartner_innen sind alle geändert. Die Zahlen in Klammern verweisen auf Sprechpausen in Sekunden. Kommas signalisieren ein kurzes Absetzen und werden nicht nach grammatikalischen Regeln verwendet.

sich auf grundlegende Aspekte und Normen der Höflichkeit in der Kommunikation und im Umgang miteinander. Die Jugendlichen erwarten Zuverlässigkeit, Zeit sowie einen freundlichen und wertschätzenden Umgang.⁷

Unter Zuverlässigkeit verstehen sie die Verlässlichkeit von erhaltenen Informationen und der Berechnung der Leistungen. So berichtete eine junge Frau, dass sie wiederholt zu hohe Geldleistungen erhalten habe. Beim ersten Mal hatte sie es nicht bemerkt und das Geld ausgegeben. Sie musste das zu viel Gezahlte, nachdem die JBA die falsche Berechnung registriert hatte, zurückzahlen, was sie in finanzielle Schwierigkeiten brachte.

Die Erwartung bzw. der Wunsch nach zur Verfügung stehender Zeit geht einher mit einem freundlichen und anerkennenden Umgang. Die jungen Menschen wünschen sich bspw., dass die Mitarbeitenden die Höflichkeit sowie die Zeit aufbringen, ihnen Abläufe und Verfahren zu erklären, Fragen zu beantworten, ggf. auch Hilfestellung beim Ausfüllen der Formulare für die JBA bzw. das Jobcenter zu geben sowie insgesamt stärker auf sie persönlich einzugehen.

Aus den Interviews mit den Jugendlichen lassen sich keine unterschiedlichen Erwartungen an die drei unter dem Dach der Jugendberufsagentur verzahnten Institutionen erkennen. Wie beschrieben kommen die meisten jungen Erwachsenen in der JBA vorrangig mit den Mitarbeitenden des Jobcenters in Kontakt. Sie wissen nicht, dass sich die Jugendberufshilfe oder Berufsberatung der Agentur für Arbeit im Haus der JBA befindet. Dass ihnen die institutionellen Unterschiede der verschiedenen Organisationen nicht geläufig sind, verwundert angesichts der komplexen Thematik nicht.

7 Grimm/Plambeck (2013: 51) verweisen in ihrer Studie über das Hamburger Jobcenter darauf, dass oftmals Mitarbeitende „ohne ausreichende Qualifizierung“ eingestellt würden. Im Beratungsbereich würden Mitarbeitende häufig mangelnde Qualifizierungen aufweisen, die dazu führen könnten, dass sie den „Leistungsberechtigten nicht die angemessene Höflichkeit und Professionalität entgegenbrächten“. Auch eine Interviewpartnerin beschreibt, welche Bedeutung es für sie hat, wer sie betreut: „[...] die einen sind so die anderen sind so und das ist immer (1) ähm ein Lotto-Spiel an wen man da gerät, und deswegen hab ich immer so nen bisschen, Herzrasen wenn wir wieder zum Jobcenter müssen und, irgendwas klären müssen“ (Imani).

Beratung (nicht) als Teil der Hilfeleistungen?

„Schutz vor der Armutsgrenze vielleicht“ (Anton)

Zentrale Leistung der Jugendberufsagentur ist aus Sicht der Jugendlichen die materielle Grundsicherung, die hier beantragt und über die hier entschieden wird. Sie verbinden mit der JBA den Ort, an dem eine gewisse finanzielle Absicherung ihres Lebens organisiert wird. Sie benennen damit deutlich die Aufgabe des Jobcenters nach § 1 Absatz 3 Nr. 3 SGB II „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes“ zu gewähren. Die darin an erster Stelle genannte Leistung „Beratung“ (§ 1 Absatz 3 Nr. 2 SGB II) verbinden die Jugendlichen in dieser expliziten Form hingegen selten und wenn doch, dann nachrangig mit dem Jobcenter bzw. der JBA.

So formulierten sie auch nicht die Erwartung, Beratungen zu ihrem Übergang von der Schule in den Beruf und ihrer beruflichen Zukunft zu erhalten. Wenn Interviewpartner_innen betonten, dass die JBA für den Bereich Ausbildung und Arbeitsmarkt zuständig sei, taten sie dies in Abgrenzung zur Zuständigkeit für andere Lebensbereiche und Themen wie z.B. psychische Erkrankungen. Demzufolge wird wohl die grundsätzliche Zuständigkeit gesehen und anerkannt, die Vorstellung, Hilfe in Form von Beratung zu bekommen, scheint jedoch damit nicht verbunden zu sein.

Wie lässt sich diese „Nichtadressierung“ der JBA als beratende Organisation deuten? Truschkat und Stauber (2013: 230f.) fragen, „[...] ob es hier nicht auch widerständige Praktiken gegen Formen der „Beratung“ gibt, die eigentlich gar keine Beratung sind, sondern Formen der Instruktion, Formen der Begutachtung (und latent: Formen der Entwertung und Beschämung).“ Sie äußern die Annahme, dass Subjekte Beratungssettings mitgestalten können müssen, damit „eine tragfähige Basis für eine gelingende Beratungsinteraktion“ entstehen kann (Truschkat/Stauber 2013: 231). Formen und Möglichkeiten, die Inhalte und das Setting von „Terminen“ in der JBA mitzugestalten, gibt es für die jungen Menschen kaum.⁸ Konzeptionell gesehen, müsste es in der Jugendberufshilfe für die jungen Erwachsenen mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben – die Interviews mit den Fachkräften der Jugendberufshilfe deuten darauf hin. Inwieweit die Jugendlichen dies auch so wahrnehmen, müsste noch näher untersucht werden. Die Erzählungen weisen aber schon jetzt darauf hin, dass es die Bedingungen erschweren, das mögliche „mehr“ an Gestaltungsspielraum wahrzunehmen und zu nutzen.

8 Ähnliches ergab auch eine Untersuchung von Gesprächen mit jungen Menschen in Jobcentern, die Böhringer u.a. (2012) durchgeführt haben.

„ähm ich bin um einiges angespannter weil es im Jobcenter-Büro ist also äh im Jobcenter-Haus es ist derselbe Weg es ist dasselbe Gebäude es ist bedrückend es ist äh von mir aus ein bisschen angespannt von ihm [Mitarbeiter der JBH, Anm. d. A.] aus jetzt nicht weil er arbeitet dort er kann da nix für ist klar ähm aber ähm ich bin ungern in diesem Gebäude weil ich schon seit äh 6 Jahren hingehge fast ich kenne diese Leute dort ich kenne diese Security-Leute (lacht) ich will dort nicht mehr hingehen“ (Olaf)

So schilderte Olaf, der zum Zeitpunkt des Interviews von der JBH betreut wurde, dass ihm das gesamte Gebäude der JBA verhasst sei, da er es schon jahrelang mit dem Jobcenter verbinde, das er wiederum ablehnt. Dass die Jugendberufshilfe auf einem separaten Flur innerhalb des Gebäudes angesiedelt und durch andere Mitarbeitende vertreten ist, war für ihn zu dem Zeitpunkt, er hatte bislang zwei Treffen in der JBH gehabt, nachrangig.

Die Schaffung einer Beratungssituation kann auch durch den Zwangskontext mit punitivem Repertoire (Sanktionsmöglichkeiten), in welchem die Gespräche im SGB II unweigerlich stattfinden, erschwert werden. Daran ändert sich im Grunde auch nichts, wenn Jugendliche von der Jugendberufshilfe innerhalb der JBA betreut werden. Mittelbar bleibt der Zwangskontext bestehen: Die jungen Erwachsenen sind unverändert auf die finanziellen Leistungen des SGB II zur Deckung ihres Lebensunterhaltes angewiesen. Zudem ist die Betreuung in der Jugendberufshilfe begrenzt auf sechs Monate und kann von den JBH-Mitarbeitenden auch früher beendet werden, wenn aus ihrer Sicht keine Arbeitsbeziehung aufgebaut werden kann. Die jungen Erwachsenen haben keine rechtlichen Ansprüche, die den Zwangskontext auflösen würden.

Die JBA als Stressfaktor: Machtverhältnisse und Aspekte des Kümmerns

Jenseits der finanziellen Hilfe, wird die Jugendberufsagentur bzw. das Jobcenter in unterschiedlichem Maße als Belastung empfunden. Es verursacht Stress und zum Teil auch Angst. Dies gilt insbesondere für zwei junge Mütter im Sample – also Personen, die Schutzbedürftige versorgen müssen – die beide berichteten, dass sie vor den Terminen in der JBA nervös seien – zum Teil bereits am davorliegenden Tag. Die eine Mutter beschrieb, wie sie sich dem Jobcenter ausgeliefert fühlte. Sie benannte das ungleiche Machtgefüge zwischen ihr und den Fachkräften deutlich:

„es ist eben auch so dass ich mich dem Jugendjobcenter gegenüber ziemlich machtlos fühle weil letztendlich bin ich in der Position *ich* will was von *denen*, und die können entscheiden ob sie es mir geben oder nicht und wenn sie es mir nicht geben dann hab ich das Gefühl ich kann mich gar nicht wehren, gegen die“ (Imani)

„Stress“ bedeutet aber nicht für alle junge Menschen etwas durchweg Negatives. „[...] die stressen [...]“

(Lina) kann auch die Komponente umfassen, dass sich jemand kümmert und nicht lockerlässt. Aufgrund der vorgegebenen „Kontaktdichte“ sind die Mitarbeitenden der Jugendberufsagentur dazu angehalten, regelmäßig mit ihren sogenannten Kund_innen in Kontakt zu bleiben, Termine zu vereinbaren und die vorliegende Situation im Sinne der Ziele des SGB II verändern zu wollen. Dieses „Dranbleiben“ kann von Jugendlichen positiv empfunden werden. Gleichermäßen lässt sich erkennen, dass sich die Aktivierungslogik in den Jugendlichen eingeschrieben hat (vgl. Eversberg 2012).

„weil wenn das Jobcenter nicht da wär das dich unterstützt, und sagt ‘mach das mach das mach das’ (1) machst du nichts, das ist wirklich so [...] dann bleibst du einfach stehen [...] es ist eigentlich schon gut dass es gibt“ (Lina)

„es ist ne Angebundenheit da, das es kümmert sich darum du stehst nicht alleine da das Arbeitsamt hilft dir“ (Elisa)

Es ist anzunehmen, dass die Art, wie das „Dranbleiben“ empfunden und angenommen wird, wesentlich davon bestimmt ist, welche Qualität die Beziehung zwischen den Fachkräften und den jungen Menschen hat. Walter und Hirschfeld (2013: 131) haben die Bedeutung von „Beziehungen zwischen professionellen AkteurInnen und den AdressatInnen der Übergangsberatung“ herausgearbeitet. Bei den Personen in der Untersuchung handelt es sich um Jugendliche in einem tendenziell prekären Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit. Die Beratenden können demnach zu bedeutungsvollen Unterstützenden werden, wenn sie sensibel mit Dynamiken in der Beziehung umgehen, relevante „Andere“ einbeziehen, Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des Beratungssettings schaffen sowie sensibel mit den Zukunftsplänen der Jugendlichen umgehen. Walter und Hirschfeld (2013: 117) verweisen auch auf die Fachliteratur, die „[...] Beziehung zwischen Ratsuchenden und professionellen BeraterInnen als zentrale Dimension für die Wirksamkeit von Beratung elaboriert“.

Perspektiven der Fachkräfte: Erfolgsdruck und Kolonialisierungseffekte

Die komplexen Herausforderungen, die an Mitarbeitende in rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit gestellt werden, und deren Umgangsweisen, die in erster Linie einer „they do what they can“ Logik folgen, wurde bereits an anderer Stelle diskutiert (Kolbe et al. 2014). Dieser Abschnitt widmet sich der Perspektive der Fachkräfte und gibt Einblicke in den Umgang mit den hohen Erwartungen, die von Politik und Gesellschaft an die neugeschaffene Institution herangetragen werden. In einem zweiten Schritt wird der Blick auf ausgewählte Unterschiede

der beteiligten Organisationen und mögliche Auswirkungen ihres Aufeinandertreffens „unter einem Dach“ gerichtet.

Erfolgsdruck

Neben den Erwartungen der Jugendlichen und der Mitarbeitenden untereinander haben auch die Erwartungen, die von außen an die JBA herangetragen werden, erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit vor Ort. Spätestens nachdem die Jugendberufsagenturen bundespolitischen Rückhalt bekommen haben, wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, Jugendberufsagenturen flächendeckend einzuführen, und das, noch ehe die Konsequenzen durchdacht, geschweige denn evaluiert wurden. Dies führt zu einem großen Erfolgsdruck der Jugendberufsagenturen, sich zu bewähren.

Folgendes Zitat eines persönlichen Ansprechpartners zeigt, unter welchem Erfolgsdruck die JBA steht und dass dieser Druck über die Mitarbeitenden bis zu den jungen Erwachsenen durchschlägt.

„Jetzt durch dieses Jugendjobcenter. Wir müssen uns abheben. Wir müssen beweisen, warum wir hier was Besonderes sind. Daher werden teils diese Sachen [automatisierte Einladungen an „Kunden“ ohne Rücksprachen mit pAp und JBH] initiiert und die müssen jetzt immer schnell gehen. Und werden über Listen, weil, erfahrungsgemäß wenn aufgerufen wird, bitte schaut doch mal, wie viele Kunden ihr dafür habt, es nicht so üppig ausfällt, insofern wird uns das sozusagen abgenommen und dann wird einfach mal drüber gekehrt und dann wird einfach eingeladen.“ (pAp)

Das Zitat zeigt exemplarisch, dass alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um zu zeigen, dass das Modell JBA einen zumindest quantitativ besseren Beitrag zur Integration junger Erwachsener in Arbeit leistet. Damit lassen sich zumindest in Teilen auch die bereits oben angesprochenen besseren Zahlen in Agenturbezirken mit JBA erklären (siehe Borrs 2016). Es zeigt gleichzeitig, dass dabei „Nebenwirkungen“ in Form von gestörten Arbeitsbündnissen zwischen Fachkräften und jungen Erwachsenen sowie die Vermittlung in unabgesprochene und damit möglicherweise unpassende, weil nicht individuell zugeschnittene Maßnahmen, Weiterbildungen und Informationsveranstaltungen entweder nicht reflektiert oder in Kauf genommen werden. In jedem Fall wird der originäre Anspruch der JBA, der passgenauen, abgestimmten Hilfen damit konterkariert.

Das Zitat zeigt weiter, wie Prozesse der Jobcenter in die Arbeit der Jugendberufshilfe eingreifen können. Durch die Zusammenarbeit betreffen automatisierte Auswahlprozesse, die anhand von standardisiert eingepflegten Datenbankeinträgen geschehen, nun auch Klient_innen der Jugendberufshilfe. Ein Vorgehen, das

gerade nicht der individuellen Fallarbeit entspricht, wie sie die Jugendberufshilfe idealtypisch anstrebt. Wenn automatisierte Prozesse dann noch, wie obiges Zitat nahelegt, an pAp und JBH-Mitarbeitenden vorbei laufen, droht unkoordiniertes und im schlechtesten Fall widersprüchliches Handeln der an der JBA beteiligten Organisationen.

Kolonialisierungseffekte unter einem Dach

Ein weiteres Beispiel dafür, dass die enge Zusammenarbeit Problematiken der Jobcenter in die Jugendberufshilfe kolonialisieren lässt, zeigt die Betrachtung der unterschiedlichen Organisationskulturen.

Im Jahr 2002 (Ausgabe 26, S. 28) erschien ein Spiegel-Artikel mit dem Titel „Empfangspersonal statt Panzerglas – Das Arbeitsamt als effizienter Dienstleister?“. Dass sich der darin zum Ausdruck gebrachte Wunsch, dass den Arbeitssuchenden in einer modernen kundenorientierten Behörde der rote Teppich ausgerollt wird und dieser nicht länger als paternalistisch bevormundeter Leistungsempfänger anonym verwaltet wird, mit Einführung der Jobcenter erfüllt hat, darf bezweifelt werden. Dagegen spricht die Feststellung, dass das „Empfangspersonal“ in Jobcentern zunehmend von Sicherheitsfirmen gestellt wird, die den Zugang in das Gebäude regeln. Durch die räumliche Zusammenlegung der beteiligten Partner rücken nun auch bis dato frei zugänglichen Anlaufstellen wie die Jugendberufshilfe hinter die Zugangsbarriere „Security“. Oben erwähnt Olaf bereits, dass er die „Security-Leute“ kennt und wie ungern er in das Gebäude geht. Auch die Mitarbeitenden der Jugendberufshilfe äußern sich skeptisch über diese Barriere. Nachdem in der JBA Frankfurt zunächst tagesaktuelle Listen mit Namen von erwarteten Jugendlichen von der Jugendberufshilfe an den „Empfangsbereich“ (gemeint ist die Security) gegeben wurde, wurde dieses aufwendige und ineffektive Verfahren folgendermaßen geändert: „Sie bekommen von uns ein grünes Terminkärtchen von der Stadt, mit dem sie dann unten auch an der Security vorbeikommen.“ (Mitarbeiter_in JBH)

Angesichts unterschiedlicher Organisationskulturen, gesetzlicher Vorgaben und den unterschiedlichen Instrumenten der Zielerreichung, zeigen sich derlei Kolonialisierungseffekte nicht nur beim Zugang ins Gebäude für die jungen Menschen. Betrachtet man die pädagogische Ausrichtung der beteiligten Organisationen, hat man auf der einen Seite die sanktionsbewehrten Jobcenter, die durch sie festgestelltes Fehlverhalten bestrafen können bzw. müssen und so auf Verhaltensänderungen ihrer Kund_innen hinwirken wollen. Auf der anderen Seite gibt es die Jugendberufshilfe, die stets die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme

der Hilfeleistungen betont und damit ein weniger punitives als vielmehr ermächtigendes pädagogisches Konzept verfolgt. Zwei Fachkräfte der JBA bringen diese unterschiedlichen Konzepte folgendermaßen auf den Punkt:

„Das einzige Mittel, was wirklich auch hilft bei den Jugendlichen, sind Sanktionen.“
(pAp)

„Ich finde das auch ne ganz schwierige Geschichte, diese bescheuerten Sanktionen.“
(Mitarbeiter_in JBH)

Dennoch gibt es innerhalb des Jobcenters auch Stimmen, die zu der Erkenntnis gelangt sind, dass zumindest in manchen Konstellationen Sanktionen bei der Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft kontraproduktiv sein können. Sie werden von manchen Fachkräften bezogen auf Jugendliche daher auch abgelehnt (Götz/Ludwig-Mayerhofer/Schreyer 2010). Durch die Kooperation unter einem Dach und die Übergabe von Kund_innen an die Jugendberufshilfe werden diese quasi einem sanktionsfreien Raum zugeführt, so dass multiple „Vermittlungshemmnisse“ bearbeitet werden können, ohne dass Sanktionen die Stabilisierung des Jugendlichen zusätzlich erschweren. Gleichzeitig eröffnen sich für die Jugendberufshilfe, die zunächst über keinerlei Sanktionspotenzial verfügt, neue Möglichkeiten, Jugendliche zur Zusammenarbeit „zu bewegen“, wie das Zitat einer Fachkraft der Jugendberufshilfe zeigt:

„Naja, Vorteile sind die, dass [...] wenn zum Beispiel, ich denjenigen nicht erreichen kann, man das Instrument pAp mit Rechtsfolgebelehrung auch noch mal nutzen kann, um jemanden an den Tisch zu bekommen.“

Durch die Zusammenarbeit mit den pAps können sich auf diese Weise Sanktionen in das Repertoire der Jugendberufshilfe einschleichen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Wechselwirkungen zwischen den Organisationen vielfältig und dicht sind und die Zusammenarbeit unter einem Dach weit über die Gründung einer bloßen Bürogemeinschaft und die Etablierung „kurzer Wege“ hinausgeht.

Das SGB II schlägt durch: erste Schlussfolgerungen

Angesichts der Anstrengungen, die zur flächendeckenden Etablierung von JBAs auf regionaler und lokaler Ebene unternommen werden, überraschen die empirischen Befunde auf Seiten der jungen Erwachsenen, die nur kleine Unterschiede zwischen der Betreuung im Jobcenter und der Jugendberufsagentur artikulieren. In ihrer Wahrnehmung bleibt der punitive und sozialtechnokratische Charakter dieser Unterstützungseinrichtung dominant.

Der Blick auf die Erwartungen, denen sich die Fachkräfte gegenübersehen, zeigt den immensen Erfolgsdruck, der auf den Konstrukten JBA lastet und der bis zu den Arbeitsbeziehungen von Mitarbeitenden und jungen Erwachsenen durchschlägt. Daneben zeigen sich unterschiedliche professionelle und organisatorische Kulturen bei den beteiligten Partnern. In der Kooperation unter einem Dach müssen diese notwendigerweise miteinander in Konflikt geraten. Das ist deshalb der Fall, weil Zwangskontext und Zielperspektive Arbeitsmarkt auf der einen Seite und Freiwilligkeit, Offenheit und die Etablierung von Vertrauensbeziehungen mit Ziel auf Selbstbestimmung und Gemeinschaftsfähigkeit auf der anderen Seite prägende Perspektiven in der Begegnung mit den Adressat_innen sind. Wie diese Konflikte aufgelöst werden, ist nicht zuletzt eine Frage der Machtverhältnisse innerhalb der jeweiligen JBA. Angesichts der zugrundeliegenden Empirie zeigt sich deutlich eine Dominanz des SGB II sowohl in der Wahrnehmung der jungen Erwachsenen als auch in der Praxis der beteiligten Fachkräfte. Dies trifft auch dann zu, wenn auf Leitungsebene systematisch versucht wurde, eine abgestimmte Leistung zu organisieren und obwohl die sozialpolitischen Akteure in Frankfurt ihren politischen Willen u.a. auch darin ausgedrückt haben, Ressourcen in ein lokales Arbeitsmarktprogramm (FRAP) in einer durchaus relevanten Größenordnung zu investieren.

Dadurch steht in Frage, wie eine in die JBA integrierte Jugendberufshilfe in der Lage ist, den identifizierten Rückzug kommunaler berufsbezogener Jugendsozialarbeit zu kompensieren und wie vom deutschen Verein gefordert „bewährte Strukturen [...] im Grundsatz zu bewahren“ sind. Insgesamt ergibt sich das Bild einer neuen Kooperation, die angesichts der vielfältigen Wechselwirkungen mehr ist als die Summe der einzelnen Teile. Die mit dem Titel aufgeworfene (rhetorische) Frage, ob die JBA mehr ist als das Jobcenter, muss daher klar bejaht werden, ohne dass sich zum jetzigen Zeitpunkt die emergierenden Phänomene den Beteiligten wie den Beobachtern vollständig erschließen.

Aber schon zum jetzigen Zeitpunkt verdeutlicht die Analyse der empirischen Materialien, dass der Blick auf die Kräfte-/Machtverhältnisse lohnt. Das SGB II schlägt durch. In vielfältiger Weise zeigen sich hegemoniale Muster: SGB II-Logiken setzen sich gegenüber denjenigen des SGB VIII durch.

Neben den Strukturmerkmalen der Arbeitsteilung (erster Zugang in der Regel über den Rechtskreis SGB II – Vorrang der SGB II-Akteure und Entscheidungsbefugnis bei der Verweisung an die Jugendberufshilfe) und den personellen Ausstattungen (Verhältnis: eine SGB VIII-Fachkraft zu zehn SGB II-Fachkräften/pAps), sind es zusätzlich die für das SGB II stehenden Parameter des aktivierenden Sozialstaats, die, folgt man den Äußerungen von jungen Erwachsenen und Fachkräften, ins Gewicht fallen.

Der Erwartungshorizont der jungen Erwachsenen verweist darauf, dass „das Andere“ mit Hinzukommen der Jugendberufshilfe in der JBA für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen kaum erkennbar ist. Es dominiert die Wahrnehmung, sich in der Grundsicherungsstelle als Ort der materiellen Grundversorgung zu befinden, und damit, sich im Rechtskreis des SGB II zu bewegen. Diese Wahrnehmung mag dem grundlegenden Bedürfnis nach materieller Absicherung geschuldet sein. Allein erklären kann diese Annahme die Dominanz des SGB II nicht. Auch Fachkräfte artikulieren dieselbe Hegemonie. Dass Beratung im Sinne eines dialogischen Prozesses mit Blick auf die komplexe Lebenssituation junger Erwachsener von diesen selten genannt und wenig wahrgenommen wird, verstärkt diesen Eindruck. Nicht zuletzt die Anerkennung der Forderlogik verweist darauf, dass sich auch die handlungsleitenden Maximen wesentlich an den programmatischen Regeln des SGB II orientieren.

Im Grunde findet sich hier auch bei den Fachkräften ein Äquivalent. Die Anerkennung und teilweise Nutzung des punitiven Repertoires des SGB II verweist in ähnlicher Weise auf die Anerkennung der strafenden Elemente, wie dies Tilman Lutz in Bezug auf Soziale Arbeit in Hilfen zur Erziehung bereits analysierte (Lutz 2013; vgl. auch Kessl 2011). Es lassen sich darüber hinaus Ähnlichkeiten zu den Häusern des Jugendrechts ausmachen, in denen ebenfalls die Jugendgerichtshilfe, die Hegemonie der anderen Akteure anerkennend, auf strafende Mittel bei der Arbeit mit den Jugendlichen zurückgreift (Dollinger 2013). Damit wird deutlich, dass wesentliche fachliche und normative Grundlagen aus der Jugendhilfe zumindest in Teilen zur Disposition stehen. Verstärkt wird diese Neujustierung darüber, dass sich die Fachkräfte gewahr sind, unter Beobachtung zu stehen. Was jedoch interessanterweise ebenfalls darin einmündet, dass sich der Blick nicht etwa darauf richtet, nun verstärkt entlang den Bedürfnissen der Jugendlichen und ihren vielfältigen Lebenssituationen zu handeln, sondern stattdessen das „Besondere“ und den Erfolg in der möglichst reibungslosen internen Ablaufplanung zu beschreiben. Auch dies erinnert mehr an sozialtechnokratische Steuerungsvorstellungen aus dem SGB II als an eine, genau dies zur Disposition stellende Praxis seitens des neu hinzugekommenen Akteurs.

Die empirischen Befunde verweisen mit der Dominanz des SGB II auf eine spezifische „Kulturvariante“ in der Anlage der JBAen. In der Wahrnehmung der Beteiligten wird der Konflikt im Spannungsverhältnis zwischen dem imaginären Anspruch, geweitet durch die zusätzlichen Perspektiven des SGB VIII, Jugendliche stärker entlang ihren Bedürfnissen zu unterstützen, konterkariert durch die dominante Logik des SGB II auf der realen Ebene. Dies verweist auf eine nach einer Seite hin aufgelöste Bearbeitung des Zielkonfliktes. Dies findet sich auch zumindest in

den Wahrnehmungen und Erwartungen auf der symbolischen Ebene wieder. In der Wahrnehmung der jungen Erwachsenen fristen Bestandteile sozialarbeiterischer Professionalität eher ein Nischendasein oder sind unsichtbar. Unter diesen Umständen bedeutet das Credo des „keine_r geht verloren“ weniger eine Chance auf bedürfnisorientierte Unterstützung als vielmehr eine programmatische Eingemeindung bei gleichzeitiger Entwertung der Perspektive der Jugendberufshilfe.

Streit ist in der Grundkonstellation angelegt, ob er nun ausgetragen wird oder nicht. Soll dies nicht das Ende der Geschichte sein – und dies ist angesichts der noch jungen Organisation zu hoffen – muss der Streit um die Frage danach, was angemessene Hilfe ist (weiter) geführt werden. Andernfalls beschränkt sich der Effekt darauf, durch die programmatische Formel der Zusammenlegung nach außen die Verantwortung für das Misslingen nachdrücklich – im Sinne Cremer-Schäfers – in die Betroffenen zu verlagern. (Auch) Dagegen gilt es zu streiten.

Literatur

- Agentur für Arbeit Balingen, Jobcenter Landkreis Sigmaringen, Landkreis Sigmaringen 2015: Jugendberufsagentur. Kooperationsvereinbarung Arbeitsbündnis Jugend und Beruf. URL: <https://fragdenstaat.de/files/foi/59504/Jugendberufsagentur.pdf> (Stand 12.09.2018)
- BA (Bundesagentur für Arbeit) 2013: Chancen ergreifen im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf. Sozialleistungsträger kooperieren – junge Menschen profitieren. Ostbevern
- Böhringer, D./Karl, U./Wolff, S./Müller, H./Schröer, W. 2012: Den Fall bearbeitbar halten – Gespräche in Jobcentern U 25. Reihe Rekonstruktive Forschung in der Sozialen Arbeit. Opladen
- Borrs, L. 2016: Jugendberufsagenturen und die Vermittlung von jungen Erwachsenen in Ausbildung und Arbeit. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.). Aktuelle Berichte, 15/2016. Nürnberg
- BT-Drs. 2014a: Bundestagsdrucksache 18/3223 – Kleine Anfrage: Jugendberufsagenturen – Aufgaben, Finanzierung, Unterstützung
- 2014b: Bundestagsdrucksache 18/3396 – Kleine Anfrage: Jugendberufsagenturen – Aufgaben, Finanzierung, Unterstützung
- Cremer-Schäfer, H. 2018: Soziale Ausschließung als Voraussetzung und Folge Sozialer Arbeit, in: Roland Anhorn et al. (Hrsg.), Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens, Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit. Springer, Wiesbaden, 35-50
- Dollinger, B. 2013: Jugendkriminalität im Netzwerk. In: Fischer, J. (Hrsg.) Netzwerke und Soziale Arbeit. Weinheim, 472-493
- DV (Deutscher Verein) 2005: SGB II und Jugendsozialarbeit: Empfehlung des Deutschen Vereins zur Zuständigkeit und Kooperation zwischen den Trägern der Jugendhilfe und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende. URL: <https://www.lwl>

- org/lja-download/datei-download/LJA/qcut/hartz/1103713110/1132564104_0/DV_28-05_SGB_II_und_Jugendsozialarbeit_1.pdf (Stand 16.07.2018)
- Eversberg, Dennis 2012: Dispositive und Dispositionen der Arbeitskraft. Aktivierende Arbeitsmarktpolitik als Praxis der Erzeugung von Feldakteuren. In: Bernhard S./Schmidt-Wellenburg C. (Hers.) Feldanalyse als Forschungsprogramm 2. Wiesbaden, 109-136
- Götz, S./Ludwig-Mayerhofer, W./Schreyer, F. 2010: Sanktionen im SGB II: Unter dem Existenzminimum. IAB-Kurzbericht, 10/2010. Nürnberg
- Grimm, N./Plambeck, J. 2013: Projektbericht: Zwischen Vermessen und Ermessen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hamburger Jobcenters als wohlfahrtsstaatliche Akteure. Diakonisches Werk Hamburg/Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.). URL: https://www.diakonie-hamburg.de/export/sites/default/.content/downloads/Fachbereiche/ME/Zwischen-Vermessen-und-Ermessen_web.pdf (Stand 05.06.2017)
- Helsper, W. 2008: Schulkulturen als symbolische Sinnordnungen und ihre Bedeutung für die pädagogische Professionalität. In: Helsper, W./Busse, S./Humrich, M./Kramer, R.: Pädagogische Professionalität in Organisationen. Wiesbaden, 115-145
- Jugendjobcenter (FFM) Frankfurt am Main 2013: Konzept zur Umsetzung des Jugendjobcenters Frankfurt am Main (Stand: 08.11.2013). Unveröffentlichtes Dokument
- Kessl, F. 2011: Punitivität in der Sozialen Arbeit – von der Normalisierungs- zur Kontrollgesellschaft. In: Bernd Dollinger, Henning Schmidt-Semisch (Hrsg.), Gerechte Ausgrenzung? Wiesbaden, 131-143
- Koalitionsvertrag 2013: Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode
- Kolbe, C./Hofsümmer, S./Verlage, T. 2014: Herausforderung-Überforderung? Ansprüche an Fachkräfte im SGB II. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. 4/2014. Berlin, 20-31
- Kolbe, C./Reis, C. (im Erscheinen) Machtfreie Netzwerke? Von Machtverhältnissen und ihrer De-Thematisierung, in: Jörg Fischer (Hg.) Netzwerke und Soziale Arbeit. Juventa, Weinheim
- Kunkel, P. 2005: Was bleibt von § 13 SGB VIII neben SGB II und III? URL: <http://www.SGBVIII.de/S156.pdf> (Stand 13.07.2018)
- Lessenich, S. 2018: Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aktivierung, in: Roland Anhorn et al. (Hg.), Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens, Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit, 21-33
- Lipsky, M. 1980: Street-Level Bureaucracy: Dilemmas of the Individual in Public Services. Russell Sage Foundation. New York
- Lutz, T. 2013: Kontrollorientierungen in der Sozialen Arbeit. In: Sozial Extra H. 9/10. 25-28
- Münder, J. 2013: Finanzierungsmöglichkeiten von Leistungen nach SGB VIII und SGB II (SGB III) für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr. Berlin
- Münder, J./Hofmann, A. 2017: Jugendberufshilfe zwischen SGB II, SGB II und SGB VIII. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf

- Pingel, A. 2010: Jugendsozialarbeit § 13 SGB VIII als Aufgabe der Jugendhilfe?! – Informationen zur aktuellen Datenlage, bundesweiten Entwicklungen und fachlichem Hintergrund der Diskussion um die Umsetzung der Jugendsozialarbeit durch die (kommunale) Jugendhilfe. Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.). Berlin. Arbeitspapier
- Schruth, P. 2005: Zur Leistungskonkurrenz zwischen SGB II und § 13 SGB VIII. Magdeburg-Stendal. Expertise
- Spiegel 2002: Empfangspersonal statt Panzerglas – Das Arbeitsamt als effizienter Dienstleister? In: Der Spiegel: Radikal-Kur gegen Arbeitslosigkeit. Ausgabe 26, 28-29
- Stadt Frankfurt (2018): Jugendjobcenter (JJC). [https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=703665&_ffmpar\[_id_inhalt\]=9056391](https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=703665&_ffmpar[_id_inhalt]=9056391) (Stand: 21.09.2018)
- Stauber, B./Pohl, A./Walther, A. 2007: Subjektorientierte Übergangsforschung. Rekonstruktion und Unterstützung biographischer Übergänge junger Erwachsener. Weinheim/München
- Truschkat, I./Stauber, B. 2013: Beratung im Übergang: organisations- und subjektorientierte Perspektiven. In: Walther, A./Weinhardt, M. (Hrsg.): Beratung im Übergang. Zur sozialpädagogischen Herstellung von biographischer Reflexivität. Reihe Übergangs- und Bewältigungsforschung. Studien zur Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung. Weinheim, 220-235
- Rommelspacher, B. 2009: Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, C./Mecheril, P. (Hrsg.) Rassismuskritik. Bd. 1. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts, 25-38
- Verlage, T./Lenz, B./Kolbe, C. 2018: Jugendberufsagenturen – Die „richtige“ Hilfe? Perspektiven auf die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit. In: Stehr, J./Anhorn, R./Rathgeb, K. (Hrsg.): Konflikt als Verhältnis – Konflikt als Verhalten – Konflikt als Widerstand. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit zwischen Alltag und Institution. Wiesbaden, 331- 345
- Walter, S./Hirschfeld, H. 2013: Relevanz von Beziehungen als Grundlage der Übergangsbearbeitung. In: Walther, A./Weinhardt, M. (Hrsg.): Beratung im Übergang. Zur sozialpädagogischen Herstellung von biographischer Reflexivität. Weinheim/Basel, 115-134

*Christian Kolbe, Frankfurt University of Applied Sciences, Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main
E-Mail: cmkolbe@fb4.fra-uas.de*

*Thomas Verlage, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Arbeitsbereich Qualitative Sozial- und Bildungsforschung der FU Berlin
E-Mail: thomas.verlage@fu-berlin.de*

*Bianca Lenz, Doktorandin im DFG-Graduiertenkolleg „Doing Transitions – Formen der Gestaltung von Übergängen im Lebenslauf“ an der Goethe Universität Frankfurt am Main
E-Mail: B.Lenz@em.uni-frankfurt.de*

Lebendige Dialektik

Über: *Richard Sorg: Dialektisch Denken, Köln: PapyRosssa Verlag, 2018, ISBN: 978-3-89438-660-3, 312 Seiten, 22 €*



Die „Große Methode“ nannte Berthold Brecht einst das dialektische Denken in seinem „Buch der Wendungen“. Und er lässt darin seinen Me-ti sagen, es sei von Vorteil, diese Methode nicht nur für das Denken zu nutzen, sondern auch zur Gestaltung des eigenen Daseins. Richard Sorg eröffnet mit seiner Publikation Einblicke in die bis heute umstrittene Frage, was unter Dialektik zu verstehen oder wie diese zu betreiben ist. Sorg will mit seinem Werk indes „keine Philosophiegeschichte“ (113) vorlegen. Es geht ihm vielmehr darum, der sukzessiven Marginalisierung dialektischen Denkens in der Gegenwart etwas entgegenzusetzen und dabei zugleich dessen Potentiale aufzuzeigen. Denn nachdem die Dialektik im Verlauf des 20. Jahrhunderts einige Hochphasen erlebte (etwa im Rahmen des sogenannten Positivismusstreits oder im Gefolge der '68er-Bewegung) konstatiert Richard Sorg einen aktuell stark rückläufigen Einfluss (27f). Und tatsächlich scheint die Gegenwart eher von schlichten Entgegensetzungen als von dialektischem Zusammenhangsdenken geprägt: Privat vs. Staat, Individuum vs. Kollektiv, Global vs. National, Fördern vs. Fordern usw. Solche Dichotomien und analytischen Verengungen prägen allenthalben die Debatten, wo es um die Vermittlungen zwischen Verhalten und Verhältnissen, zwischen Struktur und Handlung, Theorie und Praxis gehen müsste, um den gedanklichen Blick auf das Ganze eines gegenwärtig offenkundig

äußerst krisenhaften Weltgeschehens zu öffnen und emanzipatorische Perspektiven zu erschließen. Denken zählt für Sorg dabei zu den (kognitiven) Grundfähigkeiten, die die Menschen im Laufe der Evolution ausgebildet haben, um in der Welt zurechtzukommen (16). Bei der Dialektik geht es sowohl um „eine bestimmte Auffassung der Wirklichkeit wie auch [...] eine Methode die Wirklichkeit zu begreifen“ (11). Sie steht in einem Spannungsverhältnis zur formalen Logik. Während letztere eher auf die Eliminierung von Widersprüchen im Denken orientiert ist, stellen Widersprüche im dialektischen Denken die eigentliche Quelle von Erkenntnissen über das Wesen von Verhältnissen dar. Widersprüche werden nicht als störende Faktoren verstanden, „sondern als Ausdruck von Lebendigkeit“ (298).

Nach einer kurzen Einleitung, in der sich der Autor vor allem auf die Fragestellung des Buches und seine Vorgehensweise konzentriert, werden im zweiten Kapitel zunächst verschiedene Zugänge zum Thema dargestellt. Im umfangreichen dritten Kapitel werden sowohl Klassiker der Dialektik (Hegel, Marx und Engels) als auch zeitgenössische Konzepte (Holz, Haug, Losurdo, Arndt) anhand ausgewählter Werks- oder Gegenstandsbezüge exemplarisch veranschaulicht und in ihrem jeweiligen Kontext diskutiert. Entsprechend zurückhaltend und im Verhältnis eher knapp, fällt das abschließende Resümee des Autors im vierten Kapitel aus, der dadurch unterstreicht, dass es ihm nicht um eine historische Bilanz im Methodenstreit, sondern um den Gebrauchswert dialektischen Denkens geht.

Hinsichtlich der Zugänge zur Dialektik betont Sorg vor allem zwei Aspekte: Erstens, die historisch-transformative Perspektive,

im Sinne einer (diachronen) Geschichte des Bestehenden, bzw. die Suche nach „Denkformen für die sich vollziehende permanente Veränderung“ (21). Zweitens, die immer wiederkehrende Notwendigkeit, Einzelercheinungen in ihrem (synchronen) systemischen Gesamtzusammenhang zu sehen. Beide Aspekte verbinden sich in der „*realen Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit*“ (25, Herv. i. Orig.), die zu begreifen, so Sorg, wiederum dialektisches Denken erfordert. Er unterscheidet dabei eine objektive und eine subjektive Dialektik. Bei der objektiven Dialektik geht es um den „unabhängig von unserer Wahrnehmung und unserem Denken sich vollziehenden Prozess“ (25). Die subjektive Dialektik hingegen ist der Versuch der Subjekte, die „realen Gegensätze in ihrer Zusammengehörigkeit“ (25) zu denken.

Als erster Philosoph nach der Aufklärung und der damit gewachsenen Bedeutung der Wissenschaften erkannte Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831) im Anschluss und in der Kritik an Kant die Potentiale des dialektischen Denkens. Diese herausgehobene Stellung Hegels ist für Sorg der Anlass, in dessen Werk sehr umfangreich einzuführen und ihm immerhin mehr als ein Viertel des Buchumfangs zu widmen. Er arbeitet heraus, dass Hegel die Methode der Dialektik nicht als schablonenhaftes Erkenntnisinstrument entwickelte, um dieses auf beliebige Sachverhalte anzuwenden. Vielmehr gelte umgekehrt: „Aus den Sachen selbst entwickelt er die dialektische Methode“ (32). Verstand und Vernunft übernehmen dabei unterschiedliche Rollen im Erkenntnisprozess. Während der Verstand „bestimmt und festhält“ (34), so fasst Sorg die Hegelsche Deutung zusammen, hat die Vernunft zwei Funktio-

nen: Eine negative, die zum Tragen kommt, indem sie „die fixierten Bestimmungen des Verstands auflöst; ihre positive, dass sie das Allgemeine erzeugt, worin das Besondere inbegriffen ist“ (43). Obgleich scheinbar gegensätzlich, ist für das Erkennen beides essentiell und insofern untrennbar: „Die Methode muss dem zu erkennenden Inhalt gemäß sein“ (35). Dem erkenntnistheoretischen Gehalt dieser Folgerung kommt angesichts überbordender Methodenlehren eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Denn wofür wir keine Begriffe haben, das können wir auch nicht denken.

Sprache formt das Denken, sie enthält „Kategorien als die allgemeinen Formen, in denen die Gedanken (Inhalte) erscheinen“ (35). Die Entwicklung des Denkens vollzieht sich nach Hegel in einer bestimmten Stufenfolge, „vom *Ansich* (Seinslogik) über das *Fürsichsein*, die *Reflexion* (Wesenslogik) bis zum *Sichwissen* (Begriffslogik)“ (39). In diesem Sinne bedeutet Begreifen das Formen von Begriffen. Die Logik hat demgegenüber eine ordnende und klärende Funktion, ist dabei aber „weit mehr als etwas bloß Formelles“ (40). Sie ist immer auf das Ganze, auf die Wahrheit bezogen, die, wie Sorg konstatiert, für die erkennenden Subjekte wohl „ein notwendig anzustrebendes Ziel“ (39) darstellt, wenngleich im Rahmen einer Bewegung, die an sich nicht abschließbar, tendenziell unendlich ist:

„Der Ausgang von einem scheinbar unmittelbaren, abstrakten, weil unbestimmten Anfang, der dann über je bestimmte Negationen zunehmend vermittelt und konkretisiert wird, indem jeweilige ‘Zwischenlösungen’ als Bewegungsformen der auftretenden Widersprüche gesucht werden, ‘ruhige Zwischenstationen’, von denen dann der Prozess des Begreifens in Richtung auf das ‘Ganze’ weiter getrieben wird“ (112).

Die bekannte Kurzformel der Marx’schen Kritik an Hegel lautet, dass aber letztlich nicht das Bewusstsein prägend für das menschliche Sein ist, sondern vielmehr letzteres für das Bewusstsein. Das Ideelle, so zitiert Sorg aus dem ‘Kapital’, sei lediglich die Übersetzung des materiellen, also der Seinsverhältnisse, im menschlichen Kopf, weshalb die Methode der Dialektik umgestülpt – d.h. aus Marx’ Sicht auf die Füße gestellt – werden müsse, um ihr Potential zu entfalten (116). Am Beispiel von Passagen aus den Werken von Marx und Engels (hierzu gehören u.a. die Feuerbachthesen, der erste und dritte Band des ‘Kapital, der ‘Anti-Dühring’ und die ‘Dialektik der Natur’), versucht Sorg nachzuzeichnen, welche Bedeutung jeweils der Methode der Dialektik zukommt, worin genau dieses dialektische Denken seinen Ausdruck findet und wie es sich von der Dialektik Hegels unterscheidet. Sorg weist darauf, dass es Marx und Engels nicht bloß um eine Methode der Philosophie ging, sondern darum, „die konkrete ökonomische Realität der kapitalistischen Gesellschaft in ihren Gesetzmäßigkeiten zu analysieren, um nicht zuletzt auf der Basis dieser wissenschaftlichen Analyse angemessene Eingriffsstellen für das politische Handeln bestimmen zu können“ (207). Kennzeichnend für die Marx’sche Dialektik (insbesondere im Kapital) ist Sorg zufolge, dass die Untersuchung ökonomischer Zusammenhänge einhergeht mit der Untersuchung der Art und Weise, in der sich diese Verhältnisse im Bewusstsein der Subjekte widerspiegeln. „Seine Analyse der Ökonomie ist daher immer zugleich auch eine der geistig-begrifflichen ‘Übersetzung’ der objektiven Verhältnisse, in *die* und in *den* Kategorien“ (208), also der von ihm als

‘brauchbar’ eingestuften bürgerlichen Ökonomen (etwa Smith oder Ricardo) auf der einen und den von ihm als ‘Vulgärokonomen’ eingestuften (etwa Malthus) auf der anderen Seite. Engels hingegen attestiert Sorg, dass dieser vordergründig den vermeintlichen Idealismus Hegels verurteile, obgleich aus seinen Texten hervorgehe, dass er bei Hegel „mehr Realismus und ‘Materialismus’ erkennt als z.B. bei manchen empirisch arbeitenden Naturwissenschaftlern seiner Zeit“ (209).

Der Überblick über aktuelle Konzepte der Dialektik beginnt mit der Darstellung des Verständnisses einer materialistischen Dialektik bei Hans Heinz Holz. Dieser habe mit seinem Werk „die in neuerer Zeit bislang umfangreichste Konzeptualisierung der Dialektik vorgelegt“ (241). In dessen Zentrum steht nach Sorg das ‘Widerspiegelungstheorem’, vermittels dessen Holz den Zusammenhang von (objektivem) Sein und (subjektivem) Bewusstsein herstellt, wobei letzteres entsteht durch „das reflektierende Denken als Tätigkeit des menschlichen Subjekts“ (240). Der Begriff der Dialektik stehe bei ihm, wie bei Engels, für eine Wissenschaft *des* (statt: *vom*) Gesamtzusammenhang(s). Da dieses Unterfangen aber mit dem Problem konfrontiert ist, dass das Ganze an sich unendlich ist und daher begrifflich „für das endliche Erkennen“ (240) sowie empirischen nie als Ganzes erfahrbar sein kann, ist „das *Ganze* der Welt *nur im Denken*, nur als Idee, nur als hypothetisches Modell“ (240) konstruierbar. Und zwar in Abhängigkeit von dem konkreten Wissensstand der Zeit sowie der subjektiven „Perspektive des Konstruierenden“ (241).

Eine – zumindest im textlichen Aufbau – etwas eigentümliche Konkretion erfolgt im Anschluss dann durch die Inblicknahme

der Arbeit des Philosophen Wolfgang Fritz Haug, die Sorg am Beispiel von dessen Argumentation zum Thema 'Flüchtlingskrise' (241ff) vollzieht. Dabei attestiert er Haug eine „prinzipiell praxisorientierte Herangehensweise [...] an die Dialektik-Frage“ (241), skizziert ihn aber auch als akademisch-politischen Opponenten zu Holz, der gegen dessen Verständnis von Dialektik „zu Felde zieht, wo immer sich die Gelegenheit dazu ergibt“ (259). Haug erhebe dabei Vorwürfe, „die bereits in die Zeit vor der 'Wende' zurückreichen“ (250), ohne den Ansatz von Holz „wirklich nachgezeichnet und entsprechend präzise kritisiert“ (251) zu haben. Seine Perspektive auf Holz sei von „schwer nachvollziehbaren Blickverengungen“ (252) gekennzeichnet, so Sorg. Eine Prüfung, ob diese gravierenden Vorhaltungen gegenüber Haug gerechtfertigt sind, überstiege den Rahmen einer Rezension. Es wäre aber sicherlich hilfreicher, hätte der Autor es selbst besser gemacht, statt alte Grabenkämpfe über ihre Zeit zu retten. Denn warum beim Philosophen Haug „nicht möglich“ (252) sein soll, was beim Philosophen Holz offenbar geboten scheint, nämlich die Auseinandersetzung mit dem Gesamtwerk, hat sich dem Rezensenten nicht wirklich erschlossen. Umso mehr, da Sorg selbst konstatiert, die wirklichen Differenzen in den Theorien von Holz und Haug herauszuarbeiten, hätte die Befassung mit einigen größeren Werken von Haug verlangt (252). So liegt es nah zu fragen, warum er die Haug'sche Position lediglich unter Rückgriff auf einige wenige und eher kürzere Aufsätze skizziert? Diese Einschränkung wird auch nicht aufgehoben durch akademische Höflichkeit, die Haugs Verdienste um die marxistische Theorie in den zurückliegenden Jahrzehnten würdigt und ihm beschei-

nigt, mitunter „ein Glanzstück einer dialektischen Analyse“ (246) geliefert zu haben.

Als dritten Dialektiker der Gegenwart zitiert Sorg den italienischen Philosophen Domenico Losurdo. Er wird als Theoretiker vorgestellt, für dessen Arbeiten der 'Blick aufs Ganze' charakteristisch ist und der in diesem Sinne an die Hegelsche Dialektik anschließt. Für Losurdo habe dialektisches Denken die Funktion, den dominierenden „Schlüsselkategorien des philosophischen und politischen Diskurses ihre scheinbare Selbstverständlichkeit abzuspüren“ (257). Demgegenüber gelte es vielmehr, die realen Widersprüche herauszustellen, etwa dass der Aufstieg der Demokratie einherging mit der massenhaften Versklavung von Menschen oder die Ausweitung des Wahlrechts mit der Ausweitung des Kolonialismus etc. Die Dialektik helfe dabei, sich in der Welt zu orientieren und „die liberale Gesellschaft als eine widersprüchliche Totalität zu verstehen“ (258). Sorg würdigt darüber hinaus insbesondere Losurdos Verfahren dialektischer Textinterpretation. Dabei geht es um die zeitgeschichtliche Einbettung von Texten. Am Beispiel von Losurdos Arbeiten über Nietzsche und Stalin veranschaulicht er, dass „in der Geschichtsschreibung immer auch Interessenkonflikte eine Rolle spielen“ (283) und Theorie an sich nie schuldlos ist: „Für die Schandtaten des Kolonialismus, die sich unter ihren Augen abspielten (z.B. Tocqueville, Locke, Mill, bis zu Roosevelt und Churchill), tragen die Exponenten der liberalen Tradition eine viel direktere Verantwortung als sie Marx und Engels für die Schandtaten des Sowjetregimes und für den 'Stalinismus' zugeschrieben wird“ (282).

Die Darstellung aktueller Konzepte zur Dialektik schließt mit einer einordnenden Darstellung der Arbeiten zur Dialektik von

Andreas Arndt. Dieser gilt Sorg vor allem als Philosoph, der mit Bezug auf Hegel und in Abgrenzung zu Marx und Engels „die Suche nach dem innerphilosophischen Zusammenhang der Denkbestimmung, also eine Logik, für unverzichtbar [hält], statt sie nur als Mittel für die Darstellung empirischer Zusammenhänge zu nutzen“ (293). In seinem kurzen Resümee widmet sich Sorg am Ende der Frage nach der Differenz zwischen der (idealistischen) hegelschen Dialektik und der (materialistischen) Dialektik in der Tradition von Marx und Engels. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass beide methodischen Positionen mehr miteinander verbinde als voneinander trenne. Denn das Materielle und das Ideelle seien untrennbar miteinander verknüpft, „wiewohl das Materielle das letztlich Bestimmende ist, das den Ausgang- und den Endpunkt darstellt“ (301).

Dialektisch Denken stellt insofern eine Einladung dar, seinen Autor auf eine gedankliche Reise zu begleiten, bei der er sich der (historischen) Substanz der dialektischen Methode vergewissert und anhand exemplarischer Quellen deren anhaltende Bedeutung für die Gegenwart umreißt. Während er bei seiner Rezeption der Klassiker sehr eng an den ausgewählten Werken orientiert bleibt, sind die Abschnitte über aktuelle Konzepte dialektischen Denkens teilweise profunde Zusammenfassungen, die in die theoretischen Arbeiten der jeweiligen Autoren einführen (es sind tatsächlich nur männliche Philosophen, die hier vorgestellt werden). Sie bieten einen fundierten Überblick über die jeweils vertretenen Positionen und Perspektiven, mit zum Teil sehr ausführlicher Zitation. Zu empfehlen ist dieses Buch daher allen denjenigen, die sich mit den Arbeiten von Hans Heinz

Holz und Dominic Losurdo befassen oder einen Einstieg in die hegelsche Philosophie suchen. Auch die Auswahl der Texte aus den Werken von Marx und Engels zeugt von der Leidenschaft des Autors in der Sache, ist allerdings sehr voraussetzungsvoll im Hinblick auf die Kenntnis des Marx'schen Werks, da dieses zugleich ausschnittsweise (anhand ausgewählter Kapitel) dargestellt und aus einer (methodischen, ideologietheoretischen u.ä.) Metaebene interpretiert wird – „mit vier Augen lesen“ (129) nennt Sorg dieses Vorgehen. Insofern ist das Buch eine gehaltvolle Edition kommentierter Studientexte zur Dialektik. Neben einem Stichwortverzeichnis, das in Anbetracht der Fülle des verwendeten Materials die Arbeit mit dem Buch erleichtert hätte, wäre es aus Sicht des Rezensenten vielleicht auch spannend gewesen, wenn jemand, der wie Richard Sorg immerhin fast 30 Jahre in Studiengängen der Sozialen Arbeit unterrichtet hat, Zugänge zum dialektischen Denken – zumindest exemplarisch – auch an Gegenständen und Widersprüchen des eigenen Fachs entwickelt hätte. Der gewählte Abstraktionsgrad verstärkt hingegen – zumindest beim Verfasser dieser Rezension – den Eindruck, dass die Dialektik tendenziell verloren zu gehen droht, wo sie selbst zum Gegenstand gemacht wird. Dann läuft das Denken Gefahr, um noch einmal Brecht's Me-ti zu bemühen, solche Fragen aus dem Blick zu verlieren, welche Handeln ermöglichen.

Jörg Reitzig
Hochschule Ludwigshafen am Rhein
Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen
Ernst-Boehe-Str. 4
67059 Ludwigshafen
E-Mail: joerg.reitzig@hs-lu.de



Jugendzentrum Mannheim

45 Jahre JUZ – 45 Jahre extrem demokratisch!

Im Dezember 2017 unternahm die Gemeinderatsfraktion der CDU in Mannheim einen Versuch, das Jugendzentrum in Selbstverwaltung Friedrich Dürr in Mannheim (JUZ) schließen zu lassen. Der vorliegende Text ist eine stark gekürzte Version einer Reflexion auf diese Vorkommnisse, die eine Chronologie, eine Einschätzung zur politischen Lage und einen Dokumentationsteil umfasst. Passend zum 'G20-Jubiläum' wird diese Broschüre publiziert, online ist sie unter <http://juz-mannheim.de> abrufbar.

Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung Friedrich Dürr (JUZ) in Mannheim feierte in diesem Jahr seinen 45. Geburtstag. Als im Jahr 1972 eine große Anzahl Jugendlicher durch die Schließung des letzten innerstädtischen Jugendhauses auf der Straße landeten und sie nicht mehr länger der Willkür „der Stadtbürokratie“ ausgeliefert sein wollten, wurde von ihnen selbst jene in der Grundstruktur noch heute gültige Konzeption der Selbstverwaltung des JUZ (mit Vollversammlung und Trägerverein) erarbeitet, die eine Bevormundung durch „Stadtherren“ und Erwachsene bestmöglich ausschließen sollte. Als Widerstand gegen zahlreiche Kriminalisierungsversuche durch Schutzpolizei, Ordnungsamt, Stadtverwaltungen (inklusive des Jugendamts) und die Lokalpostille kam es in der ersten Jahreshälfte 1973 zu seiner Gründung. In diesen 45 Jahren hat sich das JUZ sukzessiv als politisches wie soziokulturelles Zentrum etabliert. Von der Stadt Mannheim wird das vielfältige Engagement im JUZ inzwischen anerkannt, indem es seit Jahren Träger der Jugendförderung ist und sie dem JUZ das Gebäude mietfrei überlässt sowie einen regelmäßigen Zuschuss, von dem unter anderem 1,5 Personalstellen finanziert werden, zur Verfügung stellt.

Diese stadtpolitische Anerkennung stand im Dezember 2017 ganz plötzlich massiv auf der Kippe. Die CDU-Gemeinderatsfraktion reichte zwei Anträge in die Etatberatungen des Doppelhaushalts 2018/19 ein, die dem JUZ die Zuschüsse streichen und die mietfreie Überlassung des Gebäudes aufkündigen sollten. Damit

versuchten der Vorsitzende Claudius Kranz und seine Fraktion, die verschobenen Verhältnisse im Gemeinderat, die durch den Übertritt eines Stadtrates von den GRÜNEN zur CDU zustande gekommen waren, und die politisch nach rechts verschobene gesellschaftliche Debatte unter explizitem Bezug auf den G20-Gipfel in Hamburg auszunutzen, um das JUZ im städtischen Diskurs zu diskreditieren und in seiner jetzigen Form zu schließen. Sie kalkulierte ganz offensichtlich mit den Stimmen von Rechtsaußen, also dem NPD-Stadtrat Christian Hehl, einem mehrfach verurteilten Neonazi-Schläger, und der BÜRGERFRAKTION (früher AfD/ALFA), was den Verlust jeglicher Berührungspunkte offenbart.

In der gegenwärtigen, postfordistischen Formation des Kapitalismus verschärft sich die gesellschaftliche Ausschließung erneut auf verschiedenen Ebenen. Dies zeigt sich auch in Mannheim; denn die Versuche, das JUZ schließen zu lassen, sind Teil dieser bundesweiten Tendenzen und sagen mehr über diejenigen aus, die die Anträge verfasst haben, als über uns: In historischer Perspektive wie aktuell bestehen Tendenzen zu autoritärem Denken, die in repressive Lösungen und den Versuch, nicht Gewolltes auszuschließen, münden.

Dies zeigt sich in den Anträgen in der Berufung auf das Konstrukt ‚Linksextremismus‘, der Instrumentalisierung der Ereignisse um G20 in Hamburg im Kontext erstarkender Sicherheitsdiskurse. Indem unter anderem auf Papiere des Inlandsgeheimdienstes, den „Verfassungsschutz“, verwiesen wird, nehmen die Anträge den Extremismusansatz zur Grundlage ihrer Argumentation und diffamieren damit das JUZ als ‚linksextrem‘. Dabei ist dieser ‚Ansatz‘ auf mehreren Ebenen höchst problematisch: Die Annahme von „Extremismus“ als Phänomen am Rand der Gesellschaft ist, abgesehen von einigen Wissenschaftlern, die häufig selbst wenig Distanz zu rechten Haltungen und Politiken aufweisen, in seriöser Forschung widerlegt und wird als ordnungspolitisches Herrschaftsinstrument benutzt. Doch nicht nur solch zweifelhafte Denkmodelle wie der Extremismusansatz wurden als Argumentationsschemata gegen das JUZ eingesetzt. Um gegen das JUZ vorzugehen, wurden in den Anträgen explizit die Ereignisse rund um den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg zum Anlass genommen, ohne dabei konkrete Zusammenhänge zum JUZ benennen zu können. Wenn die Mannheimer CDU schon auf externe Ereignisse wie die G20-Proteste referiert, dann fragen wir uns, ob denn die Hamburger, wie die vielen anderen dort zum Einsatz gekommenen, Polizeigruppen in irgendeinem Verfassungsschutzbericht auftauchen werden, da sie als staatliche Institutionen jede Menge offene Rechtsbrüche begangen haben, die die Grundfeste ihres viel beschworenen Verständnisses von Demokratie angreifen. Stattdessen beklagt die Mannheimer CDU in einem der Anträge, dass

das JUZ sich „zu keinem Zeitpunkt von der Gewalt in Hamburg distanziert oder Worte des Bedauerns für die verletzten Polizeibeamten, geschädigten Gewerbetreibenden, Besitzer angezündeter Autos usw. gefunden“ hat. Fernab der Frage, was es bringen soll, wenn sich irgendein Jugendzentrum in Baden-Württemberg von irgendwelchen fernen Ereignissen distanzieren soll, mit denen es in keinem Verhältnis steht, fragen wir uns zuletzt: Wer stoppt endlich diese Chaoten und ihre Rädelsführer*innen in Polizei und Politik? Oder, wie das Offene Antifaschistische Treffen in ihrer #JUZbleibt-Stellungnahme formuliert hat: „Wann hat sich die CDU jemals von Hetzer*innen wie Erika Steinbach oder von den rassistischen Äußerungen ihrer Schwesterpartei der CSU distanziert“? Stattdessen wurden einer ihrer größten Hetzer (‘Obergrenze‘; Grenzschließung, Orbán-Fan) nun ‘Innen- und Heimatminister’ und die Koryphäen des Ausnahmezustands, Hartmut Dudde und Olaf Scholz, nun Leiter der Hamburger Schutzpolizei und sogar Vize-Kanzler der BRD. Es liegt die Vermutung nahe, dass die ganze Angelegenheit nicht der Wahrheit oder der Information der Bürger*innen dient, sondern einzig ihrer Desinformation aus politischem Kalkül zu deren Verunsicherung – und das, indem politische Gegner*innen denunziert und zu Staatsfeind*innen obersten Ranges erklärt werden. Die Inszenierung des G20-Diskurses, die durch die CDU, aber mindestens auch von Teilen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien überhaupt erst geschaffen wird, dient dazu, Gegendiskurse zu verdrängen, politische Gegner zu diskreditieren und dadurch gesellschaftliche Widersprüche und Ausschließungsprozesse zu verdecken: Der Haushaltsüberschuss des deutschen Staates von rund 37 Milliarden Euro zum Ende des Jahres 2017, welcher u.a. nur mit Hilfe von Exportüberschüssen sowie einer rigiden Austeritätspolitik nach innen wie außen zustande kommen konnte, wird mit der deutschen Dominanz in Europa auch 2018 weiter anhalten. Demgegenüber finden sich auf der anderen Seite soziale und finanzielle Notlagen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und soziale Ausschließung, die mit gesellschaftlichem und institutionellem Rassismus zusammenkommen. Sie sind kein ‘Unfall’, persönliche Schuld oder unintendierter Nebeneffekt von Wirtschaftspolitik, sondern Resultat und Teil des Prozesses, der den ‘Standort Deutschland’ respektive ‘Standort Mannheim’ weltweit konkurrenzfähig halten soll. Der G20-Gipfel dient dabei als ordnungspolitischer Lösungsversuch für die Armutsprobleme auf der Welt, er scheitert jedoch schon daran, dass die viel stärker von Armut betroffenen Länder gar nicht an der Erarbeitung der Lösung beteiligt werden.

Diese gesellschaftlichen Widersprüche schüren systematisch Ängste, häufig gepaart mit Ressentiments und dem Wunsch nach autoritärem Durchgreifen. Diese

Angst ist nicht nur Paranoia, sondern Ausdruck teils real erlebter oder im nahen Umfeld erfahrbarer Deklassierung und Prekarisierung weiter Bevölkerungsteile. Dennoch trägt sie deutlich irrationale Züge und ist dabei auf das Falsche gerichtet: Auf das, was tatsächlich oder wahrgenommen 'fremd' ist oder eine scheinbare Ordnung durcheinanderbringt. Der G20-Diskurs, Modelle wie der 'Extremismusansatz' und Angstpolitiken mit dem Schüren rassistischer Ressentiments haben also einiges miteinander zu tun. Es spricht den hunderten Opfern rechter und rassistischer Gewalt Hohn, wenn nun, wie in der 'Berliner Erklärung der Innenminister der CDU und CSU' formuliert, „gegen den Linksextremismus mit gleicher Entschiedenheit wie gegen Rechtsextreme vorgegangen werden“ soll. Denn Betroffene rechter Gewalt sind häufig auch diejenigen, die durch Ausschließung, Marginalisierung oder verschiedenste Formen von strukturellen Gewaltverhältnissen an den Rand gedrängt oder sogar ermordet werden, diejenigen, die Ziel der autoritären Politik sind. Das ist die Gewalt, die von denjenigen, die ernsthaft an 'Linksextremismus' glauben, vorangetrieben und durch wirtschaftliche Not sowie chauvinistische Ressentiments aller Art befördert wird. Wir befinden uns in einer Zeit, in der ein neonazistisches Terrornetz, das von mindestens 40 V-Leuten des Verfassungsschutzes umgeben war und je nach Schätzung mindestens 150 Unterstützer*innen hat, sich selbst enttarnen muss; in der seit 1990 um die 200 Todesopfer rechter Gewalt zu beklagen sind. Es gibt tägliche An- und Übergriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, auf politische Gegner*innen, nicht nur 'Antifas', sondern auch nicht selten Leute aus anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen oder Bürgermeister*innen in Kleinstädten. Dass 500 offene Haftbefehle und regelmäßige Funde schwerer Waffen bei Neonazis und Reichsbürger*innen nicht dazu führen, dass diejenigen, auf die diese Waffen gerichtet sind – nämlich migrantische Menschen, People of Color, Obdachlose, LGBTIQ, Jüd*innen, antifaschistisch oder antirassistisch Engagierte, gesellschaftlichen Rückhalt bekommen, sondern diskriminiert, kriminalisiert, eingesperrt oder abgeschoben werden, ist der eigentliche Skandal.

Ersichtlich wird die irrationale Angst und die tief verankerte Sehnsucht nach Ordnung in Mannheim am Ende November 2017 erneut veröffentlichten 'Sicherheitsbarometer': „Die Kriminalitätsfurcht ist in Mannheim, wie in vielen anderen deutschen Städten auch, in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen“. Unter anderem die Kriminalstatistik, die im Mai 2018 vorgestellt wurde, lassen solche Schlüsse eigentlich nicht zu – auch bei aller Kritik, die an ihnen geäußert werden muss. Dennoch wird diese Angst immer wieder mit parteiübergreifendem Law-and-Order-Getöse sowie durch den Ausbau der Sicherheitstechnik und

-architektur (respektive Personal) geschürt. Auch in Mannheim gibt es dafür zahlreiche Beispiele. Der Kommunale Ordnungsdienst, der bereits über polizeiliche Befugnisse verfügt, wurde 2017 durch die Gründung eines „Besonderen Ordnungsdienstes“ erweitert. Mitarbeiter*innen des Kommunalen Ordnungsdienstes tragen seit einiger Zeit polizeiähnliche Uniformen und haben Fahrzeuge mit der Aufschrift 'Polizeibehörde'. Neben z.B. Verkehrsüberwachung sind sie auch für „Gefahrenabwehr“ zuständig und sollen das sogenannte subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger*innen verbessern. Dies ist nicht nur Symbolpolitik, sondern konkret gegen Menschen gerichtet, die als 'gefährlich' klassifiziert werden und damit ein Mittel sozialer Ausschließung durchzusetzen. Die Polizeistreifen am Fluss Neckar, die seit ca. zwei Jahren permanent Kontrollen von Menschen, die nicht nach weißen Deutschen aussehen, durchführen, sind nur ein Beispiel davon. Das Image des vielfältigen Mannheim ist angesichts des sozialen Ausschlusses inklusive des Rassismus in der Stadt eine Farce. Gruppen, die nicht in dieses Image passen, wird mit kommunaler Ordnungspolitik und repressiver Pädagogik begegnet. Es wurde ein ‚Hilferuf‘ des OB Peter Kurz (SPD), in der Presse als ‚Brandbrief‘ bezeichnet, an den Innenminister Baden-Württembergs, Thomas Strobl (CDU), aufgesetzt, um das vermeintliche Problem, die 'kriminellen' Minderjährigen mit Fluchtgeschichte, ordnungspolitisch mit der Forderung nach geschlossenen Unterbringungen zu 'lösen'. Dabei handelte es sich lediglich um 15 vermeintliche „jugendliche Straftäter aus Nordafrika“, die, glaubt man der Regionalpostille, von der Bevölkerung sogleich als „Staatsversagen“ wahrgenommen wurden. Genau diese autoritäre Politik ist die Strategie, um mit den selbst geschaffenen gesellschaftlichen Widersprüchen umzugehen. Dabei geraten, in Mannheim wie anderswo, diejenigen in den Fokus, die auch sonst als 'kriminell', 'gefährlich' oder auch nur 'anders' gelten. Am liebsten kein Alkohol und keine 'Asozialen' und am liebsten auch keine lärmenden Jugendlichen oder keine Jugendhäuser mehr in Innenstadtnähe. Wer die „Unwirtlichkeit der Städte“ (A. Mitscherlich) in gleichem Maße befördert wie Militarisierung und soziale Ausschließung, benötigt wahrlich keine Debatte mehr darum, wie die Städte fernab des Konsumzwangs wieder lebenswerter werden.

In solchem Fahrwasser kann schon mal ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zum „Anlaufpunkt des gewaltorientierten linksextremistischen Treibens“ stilisiert werden, dem schnellstens die Förderung entzogen werden müsse. Die CDU versuchte auf diesem Wege, ihr Kürzungsvorhaben im sozialen Bereich, das sie quasi durch die Hintertür vornahm, zu verschleiern, indem sie einem widerspenstigen Jugendzentrum die öffentliche Förderung entziehen wollte.

Die Rechte profitiert von der gegenwärtigen Stimmungsmache. Die Forderung aus verschiedenen Teilen des Mannheimer Gemeinderats im Nachgang der Haushaltsverhandlungen im Dezember 2017, sich vom 'Extremismus' zu distanzieren, steht exemplarisch einerseits dafür, dass die Verwendung solcher Floskeln sowie ihre Instrumentalisierung Früchte trägt. Andererseits bedeutet es für uns im JUZ ganz konkret, dass im Zuge dieses falschen Demokratieverständnisses zugleich auch die langfristige Weiterförderung alles andere als garantiert ist. Nicht erst seit dem Einzug der AfD in die Parlamente sehen sich im gesamten Bundesgebiet zivilgesellschaftliche Projekte, die sich gegen Diskriminierungen aller Art wenden, mit dem Versuch der Disziplinierung unter Androhung des Entzugs ihrer Förderung konfrontiert. Mit den immer gleichen Mitteln (kleine Anfragen, Anträge etc.) wird hierbei – vorwiegend seitens der AfD, wie hier am CDU-Antrag jedoch ersichtlich, auch anderer (national)konservativer Parteien – versucht, Feindbilder und Schreckensszenarien aufzubauen, politische Gegner*innen existentiell zu bedrohen und dabei zugleich vorwiegend im sozialen, kulturellen und erinnerungspolitischen Bereich Kürzungen vorzunehmen. In populistischen Eiszeiten kommt dies gut an.

Die Aktiven des Jugendzentrums in Selbstverwaltung Friedrich Dürr in Mannheim



Den Blick weiten:

www.blaetter.de

Blätter für deutsche und internationale Politik 12'18

Strahlen: Die Doppelkataloge
Aron Eichler, Malin Schmitt

Alles der Extreme
Ulrich Gellert

Der Kampf um die Stadt
Richard Sennett

Wo bleibt Europas Linke?
Jürgen Habermas

Alle Staaten haben ein Recht auf Demokratie
Ulrich Gellert

Intensivkulturen unter Brecht
Rita Knappl

Kein Klassen ohne Grenzverschiebung
Ulrich Gellert

Was ist, was eine veränderte
Ulrich Gellert



Intelligent, elegant und pointiert

Mittelweg 36

Konstrukt Südeuropa

Ulrich Gellert
Rainer Rother
Myriam Uggas, Udo Uggas
Ulrich Gellert
Gabriel Demetriou
Jan-Willem Duykers
Avrami Iliadis
Ulrich Gellert
Die Politik der Gegenwart Südeuropa
Ulrich Gellert
Sündenböcke und Lasten

Ulrich Gellert
Aus der Protest-Chronik:
45-48. August 1966, Chicago

- **Jahres-Abo Print**
(6 Ausgaben) **56 €**
- **Jahres-Abo Digital**
(6 PDF-Ausgaben) **40 €**
- **Nachwuchs-Abo Print**
(6 Ausgaben) **44 €**
- **Nachwuchs-Abo Digital**
(6 PDF-Ausgaben) **35 €**
- **Kombi-Abo** (6 Ausgaben Print + PDF) **80 €**

Alle Abos beginnen mit der aktuellen Ausgabe
Versandkostenfrei im Inland, zzgl. 10 € Versandkosten ins Ausland

Abstracts und Leseproben unter:
www.mittelweg36.de

Mittelweg 36
Zeitschrift des Hamburger
Instituts für Sozialforschung



Kronberger Kreis in Kooperation mit der Zeitschrift Widersprüche
Forum für dialogische Qualitätsentwicklung 2019
**Der neue Autoritarismus in Erziehung und Sozialer Arbeit
und die Chancen fachlicher Alternativen**

15.-17. Mai 2019

Leitung: Kira Gedik, MA / Prof. Dr. Timm
Kunstreich / Dr. Remi Stork /
Prof. Dr. Reinhart Wolff

Tagungsort: Kassel

Voraussichtliches Programm:

Mittwoch, den 15. Mai 2019

bis 17.30 Uhr

Anreise

18.00 Uhr

Begrüßung

18.15 Uhr

Neuer Autoritarismus weltweit – Gefährdungen sozialer Demokratie
Vortrag zur Einführung (Prof. Dr. Thomas Meyer)

ab ca. 20.00 Uhr

**Austausch und Begegnung in offener Runde mit einem kleinen Imbiss
und einem Glas Wein**

Donnerstag, den 16. Mai 2019

9.00–10.30 Uhr

(Un-)Kulturen in Bildung und Erziehung

Vortrag von Prof. Dr. Margret Dörr und Dialogrunden zur Vertiefung

Kleine Pause

11.00–12.30 h

Zieht eine neue ‘Schwarze Pädagogik’ auf? Ein kritisches Podium zur Punitivität in der Sicherheitsgesellschaft

(Podium: Prof. Dr. Zoe Clark / Prof. Dr. Bernd Dollinger / Prof. Dr. Timm Kunstreich / Prof. Dr. Nina Oelkers / Prof. Dr. Tilman Lutz / Prof. Dr. Holger Ziegler)

12.30–13.30 Uhr

Mittagessen

13.30–15.00 Uhr

Punitiv Konzepte des Ausschlusses, der gewaltsamen Konfrontation und Strafe in Erziehung und Sozialer Arbeit – empirische Berichte

1. aus der Heimerziehung: Prof. Dr. Fabian Kessl (Studie Graf-Recke-Stiftung)
2. aus der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe: Prof. Dr. Timo Ackermann
3. aus der Kita: N.N.

Kleine Pause

16.30–18.00 Uhr

Dialogrunden im offenen Raum: Reflexion der Forschungsberichte und Austausch über eigene Erfahrungen mit punitiven Tendenzen

18.00 Uhr

Abendessen

19.30 Uhr

Gemeinsames Abendprogramm mit Stadtführungen und Ausklang

Freitag, den 17. Mai 2019

9.00–10.30 Uhr

Fachliche Alternativen jenseits autoritärer Praxis: arbeitsfeldbezogene Workshops (Kita, stationäre und ambulante Hilfen, ASD)

Kleine Pause

11.00–12.30 Uhr

Strategische Impulse zur Förderung solidarischer Hilfepraxis

1. Partizipative Erziehung, Dr. Remi Stork
2. Demokratische Kindertageserziehung, Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker
3. Selbst denken und selbst mit Partnern handeln – Anleitung zum Widerstand, Kira Gedik, MA

12.30–13.30 Uhr

Mittagessen

13.30–16.00 Uhr

Offenes Podium: Anregungen und Ermutigung – anti-autoritäre Erfolgsgeschichten in Gesellschaft, Politik und Fachpraxis

Anmeldung

Sofort – spätestens bis zum 1. April 2019 per Mail an:

info@dialog-kronberg.de

oder

kira.gedik@yahoo.de

Kosten auf Anfrage und in Kürze unter

<https://dialog-kronberg.de/nachricht/save-the-date.html>



Kronberger Kreis für Dialogische Qualitätsentwicklung e.V.

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Leser und Leserinnen,

die Zeitschrift *Widersprüche* bietet seit Heft 133 den Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit und vergleichbaren Initiativen den Raum und die Möglichkeit, über ihre Positionen, Vorhaben, Publikationen, Kampagnen und andere wichtige Ereignisse zu berichten.

Kurze Texte, knappe Dokumentationen und Ähnliches können wir direkt in diese Rubrik aufnehmen. Längere Texte können mit einem kurzen Aufriss sowie einem entsprechenden Link vorgestellt werden, so dass Leserinnen einen leichten Zugang zum kompletten Dokument haben. Terminankündigungen sind dabei in einer Vierteljahrszeitschrift nur dann sinnvoll, wenn auf Ereignisse hingewiesen wird, die einen entsprechenden Vorlauf haben.

Koordiniert wird diese Rubrik von Timm Kunstreich, mit dem auch weitere Details besprochen werden können. Die Kontaktadresse zum Senden der Beiträge lautet: TimmKunstreich@aol.com

Die Beiträge werden zu den folgenden Redaktionsschlüssen für die nächsten Hefte entgegengenommen:

Heft 151: 10.01.2019

Heft 152: 10.04.2019

Heft 153: 10.07.2019

Die Redaktion

Jahresinhaltsverzeichnis Widersprüche, 38. Jahrgang 2018

147: Ihr seid das Volk!“ Neue populistische Kollektivitätsanrufungen von rechts und links

Helga Cremer-Schäfer

Populismus als normalisierte Politik-Form. Ein Versuch, Aufmerksamkeit dafür herzustellen. 11

Friedhelm Schütte

Populismus – oder die Erosion des Selbst- und Weltverständnisses der Subjekte. 25

Manfred Kappeler & Michael May

Versuch, Ernst Blochs Begriff des „Ungleichzeitigen“ für die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Populismus neu aufzugreifen. 37

Joachim Weber

Die Verachtung des Politischen. Überlegungen zur Rolle (rechts-)populistischer Emotionen. . 51

Rudolf Walther

Macrons „komplexes Denken“ – und seine sehr simple bonapartistische Regierungstechnik . . 63

Theo Rauch

„Hunger ist Mord“ – Populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik? 75

Oxana Ivanova-Chessex & Anja Steinbach

„Also wir haben hier auch letzten Sommer so ‘nen Spendenlauf gehabt“ – Postkoloniale Perspektiven auf Herstellungsprozesse gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse in der Schule . . 87

Rezensionen

Michael Wolf

Widerstand: zwischen Lehr- und Leerformel. Vom hilflos anmutenden Versuch, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie man vom ‘Widerstand’ zum ‘Widerstehen’ kommt
Über: Fritz Rebeis/Stefan Denzler/Michael Görtler/Johann Waas (Hrsg.): *Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe für die politische Bildung* 101

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen

Ludwigshafen gehört allen! 107

148: Umkämpfte Sexualitäten – Die Bearbeitung des Sexuellen im Spannungsfeld von Emanzipation und Reaktion

Christin Sager

Zur Pädagogisierung kindlicher Sexualität. Diskursivierungen über die „kindliche Unschuld“, die „Befreiung der kindlichen Sexualität“ und die „Frühsexualisierung der Kinder“ 11

Alexandra Klein & Jann Schweitzer

Besorgte Eltern, die Kinder und die Anderen: Leidenserfahrungen und Zumutungen in schulischer Sexualerziehung. 31

Stefanie Duttweiler

Sexualität und Wissen. Über den Zusammenhang von Medien, Expertise und der Einverleibung von Körperwissen. 57

Rebecca Mörgen

In-Beziehung-Treten: Praktiken des Zugangs als Element sozialpädagogischer Beziehungsgestaltung im Feld Prostitution 77

Arbeitskreis Armutforschung

Erklärung über den Armutsbegriff..... 91

Rezensionen

Wolfgang Völker

Arm, erwerbslos – aber nicht wehrlos

Über: Harald Rein: *Wenn arme Leute sich nicht mehr fügen...! Bemerkungen über den Zusammenhang von Alltag und Protest* 103

Tilman Lutz

Chance auf Renaissance oder retrospektive Hommage?

Über: Christina Schlepfer und Jan Wehrbeim (Hrsg.): *Schlüsselwerke der kritischen Kriminologie* 109

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Timm Kunstreich

Aufruf zur massenhaften Teilnahme am 10. Bundeskongress Soziale Arbeit vom 5. bis 7. September 2018 auf dem Campus in Bielefeld 113

Paolo Freire Kooperation e.V. in Kooperation mit der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg

Ankündigung und Einladung zum Kongress zur Freire-Pädagogik „Dialogisches Denken und Bildung als Praxis der Freiheit. Mit Freire den Herausforderungen einer inklusiven Gesellschaft begegnen“ 115

149: Bestärken und Einsperren. Kindeswohl als Kindeswohlgefährdung?

Hendrik Möller

Gefahr, Gefährdung, Risiko – Zur normativen und inhaltlichen Differenzierung der Gefährdungsbegriffe in § 8a SGB VIII und § 1666 BGB..... 17

Nina Kläsener & Holger Ziegler

Das Kindeswohl – eine 'abscheuliche Phrase' 29

Stephan Dahmen

Die neue Sorge um das Kindeswohl – Zu den praktischen Auswirkungen der präventionspolitischen Mobilmachung im Kinderschutz 45

Michael Lindenberg & Tilman Lutz

Bestärken durch Einsperren? Pädagogische Begründungen und organisatorische Zwänge..... 59

Zoë Clark, Moritz Schwerthelm & Laura-Aliki Vesper

Eine Abwehr von Kindeswohlgefährdung ist noch keine Herstellung des guten Lebens..... 73

Joachim Weber

Warum die sozialpädagogische Sorge um die Kindeswohlgefährdung die Kindeswürde gefährdet. Einige Gedanken im Anschluss an Janusz Korczak 89

Anna-Lena Preuß

„Da war eigentlich eher meine Exfrau zuständig!“ Wie die Soziale Arbeit tradierte (Rollen-)Zuschreibungen reproduziert 103

Rezensionen

Michael Brie

Praxisphilosophie trifft Transformationsforschung

Über: Horst Müller: *Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latente Systemalternative“* .. 117

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

AKS Leipzig

Soziale Arbeit und Emanzipation? – Aktuelle Grenzbestimmungen und

(Un-)Möglichkeiten ihrer Überwindung. Bundestreffen der Arbeitskreise Kritische Soziale Arbeit 2018 125

150: 200 Jahre Karl Marx – das Alte im Neuen; das Neue im Alten

Heinz Sünker

Karl Marx heute. Kapitalanalyse und politisch-gesellschaftliche Perspektiven..... 11

Friedhelm Schütte

Subjektivität im Zeitalter der digitalen Maschinerie – Marx revisited 25

Silvia Kontos

Herrschaftsverhältnisse: Zusammenhänge von Klassenherrschaft, Sexismus, Rassismus 43

Horst Müller

Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation..... 53

Ulrich Duchrow

Brauchen wir eine neue oder andere Aufklärung? Oder: Was der Club of Rome von Karl Marx hätte lernen können..... 71

Tove Soiland

Soziale Reproduktion und Neue Landnahme: ein feministischer Zugang..... 85

Bianca Lenz, Thomas Verlage & Christian Kolbe

Perspektiven auf eine Jugendberufsagentur: „mehr“ als nur das Jobcenter? 113

Rezensionen

Jörg Reitzig

Lebendige Dialektik

Über: Richard Sorg: *Dialektisch Denken*..... 133

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Jugendzentrum Mannheim

45 Jahre JUZ – 45 Jahre extrem demokratisch! 139

Kronberger Kreis in Kooperation mit der Zeitschrift *Widersprüche*

Forum für dialogische Qualitätsentwicklung 2019. Der neue Autoritarismus in Erziehung und Sozialer Arbeit und die Chancen fachlicher Alternativen 147

Alphabetisches Verzeichnis der AutorInnen

- Arbeitskreis Armutsforschung*
Erklärung über den Armutsbegriff. 148-91
- Zoë Clark, Moritz Schwerthelm & Laura-Aliki Vesper*
Eine Abwehr von Kindeswohlgefährdung ist noch keine Herstellung des guten Lebens. . . 149-73
- Helga Cremer-Schäfer*
Populismus als normalisierte Politik-Form. Ein Versuch, Aufmerksamkeit dafür herzustellen. 147-11
- Stephan Dahmen*
Die neue Sorge um das Kindeswohl – Zu den praktischen Auswirkungen der präventionspolitischen Mobilmachung im Kinderschutz. 149-45
- Ulrich Duchrow*
Brauchen wir eine neue oder andere Aufklärung? Oder: Was der Club of Rome von Karl Marx hätte lernen können. 150-71
- Stefanie Duttweiler*
Sexualität und Wissen. Über den Zusammenhang von Medien, Expertise und der Einverleibung von Körperwissen. 148-57
- Oxana Ivanova-Chessex & Anja Steinbach*
„Also wir haben hier auch letzten Sommer so ‘nen Spendenlauf gehabt“ – Postkoloniale Perspektiven auf Herstellungsprozesse gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse in der Schule. 147-87
- Manfred Kappeler & Michael May*
Versuch, Ernst Blochs Begriff des „Ungleichzeitigen“ für die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Populismus neu aufzugreifen. 147-37
- Nina Kläsener & Holger Ziegler*
Das Kindeswohl – eine ‘abscheuliche Phrase’. 149-29
- Alexandra Klein & Jann Schweitzer*
Besorgte Eltern, die Kinder und die Anderen: Leidenserfahrungen und Zumutungen in schulischer Sexualerziehung. 148-31
- Silvia Kontos*
Herrschaftsverhältnisse: Zusammenhänge von Klassenherrschaft, Sexismus, Rassismus. . . 150-43
- Bianca Lenz, Thomas Verlage & Christian Kolbe*
Perspektiven auf eine Jugendberufsagentur: „mehr“ als nur das Jobcenter? 150-113
- Michael Lindenberg & Tilman Lutz*
Bestärken durch Einsperren? Pädagogische Begründungen und organisatorische Zwänge. 149-59
- Hendrik Möller*
Gefahr, Gefährdung, Risiko – Zur normativen und inhaltlichen Differenzierung der Gefährdungsbegriffe in § 8a SGB VIII und § 1666 BGB. 149-17
- Rebecca Mörgen*
In-Beziehung-Treten: Praktiken des Zugangs als Element sozialpädagogischer Beziehungsgestaltung im Feld Prostitution. 148-77
- Horst Müller*
Die Besteuerung des Kapitals und die sozial-ökonomischen Infrastrukturen als Schlüssel einer Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. 150-53

- Anna-Lena Preuß*
„Da war eigentlich eher meine Exfrau zuständig!“ Wie die Soziale Arbeit tradierte (Rollen-)Zuschreibungen reproduziert. 149-103
- Theo Rauch*
„Hunger ist Mord“ – Populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik? 147-75
- Christin Sager*
Zur Pädagogisierung kindlicher Sexualität. Diskursivierungen über die „kindliche Unschuld“, die „Befreiung der kindlichen Sexualität“ und die „Frühsexualisierung der Kinder“. 148-11
- Friedhelm Schütte*
Populismus – oder die Erosion des Selbst- und Weltverständnisses der Subjekte. 147-25
- Friedhelm Schütte*
Subjektivität im Zeitalter der digitalen Maschinerie – Marx revisited. 150-25
- Tove Soiland*
Soziale Reproduktion und Neue Landnahme: ein feministischer Zugang. 150-85
- Heinz Sünker*
Karl Marx heute. Kapitalanalyse und politisch-gesellschaftliche Perspektiven. 150-11
- Rudolf Walther*
Macrons „komplexes Denken“ – und seine sehr simple bonapartistische Regierungstechnik. 147-63
- Joachim Weber*
Die Verachtung des Politischen. Überlegungen zur Rolle (rechts-)populistischer Emotionen. 147-51
- Joachim Weber*
Warum die sozialpädagogische Sorge um die Kindeswohlgefährdung die Kindeswürde gefährdet. Einige Gedanken im Anschluss an Janusz Korczak. 149-89

Alphabetisches Verzeichnis der Rezensionen

- Michael Brie*
Praxisphilosophie trifft Transformationsforschung. Über: *Horst Müller: Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latente Systemalternative*. 149-117
- Tilman Lutz*
Chance auf Renaissance oder retrospektive Hommage? Über: *Christina Schlepper und Jan Wehrheim (Hrsg.): Schlüsselwerke der kritischen Kriminologie*. 148-109
- Jörg Reitzig*
Lebendige Dialektik. Über: *Richard Sorg: Dialektisch Denken*. 150-133
- Wolfgang Völker*
Arm, erwerbslos – aber nicht wehrlos. Über: *Harald Rein: Wenn arme Leute sich nicht mehr fügen...! Bemerkungen über den Zusammenhang von Alltag und Protest*. 148-103
- Michael Wolf*
Widerstand: zwischen Lehr- und Leerformel. Vom hilflos anmutenden Versuch, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie man vom ‘Widerstand’ zum ‘Widerstehen’ kommt Über: *Fritz Rebeis/Stefan Denzler/Michael Görtler/Johann Waas (Hrsg.): Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe für die politische Bildung*. 147-101

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

AKS Leipzig

Soziale Arbeit und Emanzipation? – Aktuelle Grenzbestimmungen und (Un-)Möglichkeiten ihrer Überwindung. Bundestreffen der Arbeitskreise Kritische Soziale Arbeit 2018149-125

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Ludwigshafen

Ludwigshafen gehört allen!147-107

Jugendzentrum Mannheim

45 Jahre JUZ – 45 Jahre extrem demokratisch!150-139

Kronberger Kreis in Kooperation mit der Zeitschrift Widersprüche

Forum für dialogische Qualitätsentwicklung 2019. Der neue Autoritarismus in Erziehung und Sozialer Arbeit und die Chancen fachlicher Alternativen150-147

Timm Kunstreich

Aufruf zur massenhaften Teilnahme am 10. Bundeskongress Soziale Arbeit vom 5. bis 7. September 2018 auf dem Campus in Bielefeld148-113

Paolo Freire Kooperation e.V. in Kooperation mit der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg

Ankündigung und Einladung zum Kongress zur Freire-Pädagogik „Dialogisches Denken und Bildung als Praxis der Freiheit. Mit Freire den Herausforderungen einer inklusiven Gesellschaft begegnen“148-115

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses, nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.
Niko Diemer (1952 – 1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift Widersprüche. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest).

Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.